Historische Tatsachen Nr. 35

Dipl. Pol. Udo Walendy

Die Wannsee-Konferenz vom 20. 1. 1942

"Ich übernahm es, den Beschluß einer Beistandserklärung des Kongresses in Genf der englischen Regierung schriftlich und mündlich zu übermitteln."

Chaim Weizmann, "Memoiren — Des Werden des Staates Israel!", Zürich 1953, S. 610,

Chaim Weizmann war Präsident der Jewish Agency + der zionistischen Weltorganisation; der "Kongreß" war der Weltjudenkongreß, das Beschlußdatum der 25. 8.1939 = 6 Tage vor Kriegsbeginn, das Übergabedatum an die britische Regierung der 29.8.1939 = 3 Tage vor Kriegsausbruch, und der Beschluß hatte u.a. folgenden Wortlaut:

"In dieser Stunde einer außerordentlichen Krisis drängt mich das Bewußtsein, daß die Juden einen Beitrag zur Verteidigung der heiligen Werte zu leisten haben, diesen Brief zu schreiben. Ich möchte in der nachdrücklichsten Form die Erklärung bestätigen, welche ich und meine Kollegen während der letzten Monate, und vor allem in der letzten Woche getroffen haben: daß die Juden 'hinter Großbritannien stehen und an der Seite der Demokratien kämpfen werden'.

Unser dringender Wunsch ist es, dieser Deklaration Wirksamkeit zu verleihen. Wir beabsichtigen dies in einer Weise zu tun, die völlig in Einklang steht mit der Generallinie der britischen Aktion; und daher sehen wir unseren Platz, im Großen wie im Kleinen unter der koordinierenden Leitung der Regierung Seiner Majestät. Die Jewish Agency ist bereit, in unverzügliche Vereinbarungen zur Nutzbarmachung des jüdischen Menschenpotentials (man-power), seiner technischen Fähigkeiten, Reserven usw. einzutreten. ..."

Jewish Chronicle, 8.9.1939.

+ H.G. Adler, "Die verheimlichte Wahrheit — Theresienstädter Dokumente", Tübingen 1958, S. 321 - 322.

"Im April 1939 .... rief mich Botschafter W.C. Bullitt ... in die amerikanische Botschaft in Paris. ... erklärte er mir, daß der Krieg bereits eine beschlossene Sache sei. ... Als ich sagte, daß im Ergebnis Deutschland in die Arme Sowjetrußlands und des Bolschewismus getrieben würde, erwiderte der Botschafter: 'Was macht das schon. Da werden nicht mehr genug Deutsche übrigbleiben, wenn der Krieg vorüber ist, für die es lohnen würde, sie zu bolschewisieren.' " *)

"Machen Sie sich keine Sorge über die 5 oder mehr Millionen Deutscher. ... Stalin wird sich darum kümmern. Sie werden mit ihnen keine Schwierigkeiten haben: Sie werden zu existieren aufhören!" **)

Großbritanniens Außenminister, Lord Halifax (li.), im Gespräch mit Polens Außenminister, Oberst Beck. Ihre geheimen Absprachen haben 1939 "die Dinge zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vorangetrieben", — u.a. auch mit Lügen + Falschmeldungen!

Ihre Endlösung hieß *Krieg!*

Historische Tatsachen Nr. 35

—Wissenschaftliche Zeitschrift —

Dipl. Pol. Udo Walendy

Die Wannsee-Konferenz vom 20.1.1942

Dieses Heft ist vor Drucklegung juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialethische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen.

Verfasser + Verleger geben aus besonderer Veranlassung der neuen Strafrechtslage hiermit kund, keinerlei Zweifel über das Geschehen in Auschwitz oder anderswo zu äußern, sondern lediglich unter Bezugnahme auf das der Presse zustehende Recht auf freie Information für historische Chronisten unter Maßgabe strenger wissenschaftlicher Maßstäbe zu berichten.

Im übrigen stehen Verfasser + Verleger grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß es töricht wäre, an wirklich Geschehenem zu zweifeln, daß es aber zur ersten Pflicht eines Historikers gehört, die Beweislage nach allen Seiten umfassend zu prüfen.

"... Was die Zahl der sechs Millionen Holocaust-Opfer betrifft, so stammt sie von seriösen Berechnungen amerikanischer Statistiker nach dem Kriege. Inzwischen ist nach dem neuesten Stande der Wissenschaft von 'mehr als fünf Millionen' Todesopfern die Rede (z.B. bei Raul Hilberg "Die Vernichtung der europäischen Juden", Berlin 1982). Die genaue Zahl wird sich wahrscheinlich nie feststellen lassen. Eines aber steht dokumentarisch fest: Die national-sozialistische Führung hat sich für den Holocaust 11 Millionen jüdische Opfer vorgenommen, wie im Wannsee-Protokoll nachzulesen ist (dort auf Seite 5). ..."

Der Leiter des Presse- und Informationsamtes, Sprecher des Senats Berlin in einem Schreiben vom 15. September 1986

"Time"-Magazin, New York, bespricht Konferenz von Quebeck und Morgenthau-Plan:

"Clemenceau sagte, es seien 23 Millionen zuviel, Morgenthau wünscht 43 Millionen Deutsche ausgelöscht zu sehen."

Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hrsg.), "10 Jahre nach der Vertreibung", Bonn 1956 S. 359; — zitiert: *Time-Magazine*, New York 2.10.1944

"Israel betrachte das ganze deutsche Volk als verantwortlich für die Naziverbrechen."

Israels Außenminister Sharett
vor der Knesset am 8. Januar 1952

*) *Chicago Herald-American*, 23.4.1944 S. 18, Leitartikel von Karl von Wiegand. — Ausführl. Zitat in: Udo Walendy, "Europa in Flammen 1939 - 1945, Vlotho 1967, S. 120.

**) Winston Churchill zum exilpolnischen Ministerpräsidenten Mikolajcyk Mitte Februar 1944 anläßlich des Disputes über die "Westbewegung der polnischen Grenzen". — Udo Walendy "Wahrheit für Deutschland — Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 65.

Konten des Verlages: Postscheck Essen 116162 - 433
Kreissparkasse Herford 250 00 2532 (BLZ: 494 501 20)

ISSN 0176 - 4144

Druck: Kölle Druck, D-4994 Pr. Oldendorf

"Erinnerungs-Niederschrift" zur Wannsee-Konferenz

Seit 1945 wird der Welt zur brandmarkenden Belastung Deutschlands ein sogenanntes "Schlüsseldokument zur Endlösung der Judenfrage" vorgeführt: Das "Protokoll der Wannsee-Konferenz" vom 20. Januar 1942. Gerichte, "Historiker", "Gutachter", Politiker ziehen es seit "Auffinden" unverdrossen als "Beweis" für den Willen der Reichsführung zur Ermordung der europäischen Juden heran. Abgesehen von der schier unendlichen Vielzahl der diesbezüglichen Literaturvermerke seien zwei jüngste Auswirkungen zitiert:

a)

Bundeskanzler Helmut Kohl charakterisierte zum Jahrestag der Wannsee-Konferenz 1987 jene Zusammenkunft von 15 höheren Beamten der Reichsführung am 20.1.1942 als "mit bürokratischer Perfektion eingeleitete Ausrottung der Juden im deutschen Einflußgebiet". [1]

b)

Der Leiter des Presse- und Informationsamtes und Sprecher des Berliner Senats teilte in einem amtlichen Schreiben vom 15.9.1986 einem über die Einseitigkeit der offiziellen Berichterstattung besorgten Bürger mit, daß sich, "wie aus dem Protokoll der Wannsee-Konferenz dokumentarisch nachzuweisen sei, die ns-Führung für den Holocaust 11 Millionen Opfer vorgenommen" hätte. [2]

Dies sind — wie dies auch in der Umerziehungsliteratur ähnlich verlautet — so ungeheure Anklagen, die sich zudem auf alle zukünftigen Generationen des deutschen Volkes auswirken, daß der Historiker nicht umhin kommt, sich auch mit diesem "Dokument" eingehend zu befassen.

Am 28.1.1987 ist in Ulm als letzter der 15 Teilnehmer der Wannsee-Konferenz **Gerhard Klopfer**, ehemaliger SS-Obergruppenführer und Staatssekretär in der Parteikanzlei unter Martin Bormann, verstorben. Klopfer war 1945/1949 — was bei der Politik des "Automatic Arrest" für alle deutschen Führerpersönlichkeiten nicht verwunderlich war — inhaftiert und in Nürnberg der Kriegsverbrechen beschuldigt worden. Die Alliierten hatten jedoch ihre Anklage wegen fehlender Beweise wieder fallen lassen. Ausrottungsvorhaben und -kenntnis hatte Gerhard Klopfer geleugnet. [3]

1) *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung* 30.1.1987, S. 3.
2) Brief liegt dem Verlag vor.
3) Robert M.W. Kempner, "Eichmann und Komplizen", Zürich - Stuttgart Wien 1961, S. 153 - 155.

Nach Haftentlassung ist Gerhard Klopfer in der Bundesrepublik nicht mehr strafverfolgt worden, obgleich die Staatsanwaltschaft dies 1960 noch einmal versucht hatte. Das betreffende Ermittlungsverfahren wurde am 29.1.1962 unter dem Aktenzeichen AZ: 4 Js 15 929/60 mit der Begründung eingestellt, daß trotz Teilnahme an der Wannsee-Konferenz eine Straftat nicht nachgewiesen werden könne. Diese Tatsache läßt nur den Schluß zu, daß die Wannsee-Konferenz am 20.1.1942 nicht mit einem "Beschluß zur Endlösung der Judenfrage" im Sinne einer "Vernichtung der Juden" identifiziert werden kann. Gerhard Klopfer wurde sogar gestattet, als Rechtsanwalt tätig zu sein.

Ähnliches ist von **Dr. Georg Leibbrand** zu berichten, der in seiner Eigenschaft als Leiter der politischen Abteilung im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete an der Wannsee-Konferenz teilgenommen hatte. Auch er war nach Kriegsende unter den "Automatic Arrest" gefallen, wurde 1949 aus alliierter Haft entlassen und ist ohne weitere Behelligungen später verstorben.

Ebenfalls **Dr. Wilhelm Stuckart**: Seit 1944 SS-Obergruppenführer, 1949 im Wilhelmstraßen-Prozeß zu 3 Jahren und 10 Monaten Gefängnis verurteilt, ist nach Haftentlassung 1953 durch einen Autounfall ums Leben gekommen.

Würde es zutreffen, was seit 1945 der Wannsee-Konferenz vom 20.1.1942 nachgesagt wird, so wären diese drei genannten Teilnehmer von den Alliierten anders "zur Verantwortung gezogen" worden.

Der Verteidiger von Dr. Wilhelm Stuckart, **Dr. Curt Frhr. v. Stackelberg**, ergänzte im Wilhelmstraßenprozeß:

"Es muß in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen werden, daß keiner der übrigen Teilnehmer an der sogenannten Wannsee-Sitzung wegen dieser Teilnahme verurteilt worden ist. Das Urteil des Militärgerichts I im Fall 8 ("Volkstums-Prozeß") erwähnt die Teilnahme des Angeklagten Otto Hofmann an der Wannsee-Sitzung nicht einmal, obwohl sie von dem Gericht geprüft worden ist. Ein weiterer Teilnehmer, der frühere Staatssekretär beim Vierjahresplan, Neumann, der sich lange Zeit in amerikanischer Haft befunden hat, ist inzwischen in die Freiheit entlassen und als Minderbelasteter von der deutschen Spruchkammer eingestuft worden.

Gegen den Beauftragten des früheren Reichsleiters und Leiters der Parteikanzlei Bormann, Staatssekretär Klopfer, ist ebenfalls aus der Teilnahme an der Wannsee-Sitzung kein Vorwurf erhoben worden." [4]

4) Erwiderungsschriftsatz auf den Schlußbrief der Anklage vom 28.10. 1948, Rechtsanwälte Zwehl + Stackelberg, S. 85.

Unbekannte Herkunft

Doch erkundigen wir uns zunächst nach der Herkunft der über diese Konferenz Auskunft gebenden "Dokumentation":

Ein Protokoll ist überhaupt nicht geführt worden. Niemand war dazu beauftragt. In einem Schreiben des Instituts für Zeitgeschichte vom 8. Januar 1974 (unterzeichnet von Frau Dr. Ino Arndt) heißt es:

"Es ist längst bekannt, daß einige dieser Zahlen überschätzt sind (vgl. dazu etwa Hannah Arendt: Eichmann in Jerusalem — Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964, S. 149, Nora Lewin: The Holocaust — The Destruction of European Jews 1933 - 1945, New York 1968, S. 293, oder das vom ehemaligen Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Prof. Dr. Helmut Krausnick, für den Frankfurter Auschwitz-Prozeß abgegebene Gutachten: 'Judenverfolgung', abgedruckt im Band 2 der 'Anatomie des SS-Staates', Olten und Freiburg 1965, S. 393, auch als Taschenbuchausgabe im Deutschen Taschenbuchverlag, Nr. 462 und 463 erschienen.)

Das Protokoll — nach Eichmanns Erinnerung ein 'Extrakt' der von ihm und seinem Mitarbeiter Rolf Günther im Anschluß an die Besprechung gefertigten Niederschrift (vgl. das im Jerusalemer Eichmann-Prozeß vorgelegte Beweisdokument Nr. 1492, S. 74) — wurde mit einem von Heydrich unterzeichneten, vom 26. Januar 1942 datierten Begleitschreiben an die Konferenzteilnehmer verschickt." 5)

Robert Kempner, jüdisch-amerikanischer Hauptankläger im Wilhelmstraßen Prozeß 1947 - 1949 in Nürnberg (ehemaliger Regierungsrat in Preußen), schrieb zur Genesis dieses von ihm als "amtliches Protokoll" bezeichneten Papiers:

"Das im Nürnberger Wilhelmstraßen-Prozeß als Dokument (NG - 2586 G) eingeführte Sitzungsprotokoll, hier zum ersten Mal vollinhaltlich abgedruckt, hatte folgenden Wortlaut:" 6)

Wo und wie es aufgefunden wurde, auf welche Weise es "in den Prozeß eingeführt" werden konnte, — darüber schwieg sich Kempner aus. Niemand hat bis heute belegt, wie das Original eigentlich aussieht, wo es sich befindet, wer es gesehen hat. Selbst der Gutachter im Auschwitz-Prozeß, Dr. Krausnick, verwies lediglich auf eine Fotokopie. 7)

Die Behauptung Kempners, er habe das "Protokoll" erstmals abgedruckt, stimmt nicht: Der erste Abdruck, wenn auch mit einigen wenigen Abweichungen 8), war in abgedruckter Form erschienen bei Raimund Schnabel, "Macht ohne Moral", Frankfurt/M 1957, S. 496 - 506.

Keinem Historiker ist es bisher gelungen, "das aufgefundene Original" ausfindig zu machen und zu Gesicht zu bekommen. So konnte auch keine Prüfung des Papiers vorgenommen werden. Heinrich Härtle hat — ganz abgesehen von Archiven in der Bundesrepublik — selbst in den National Archives in Washington keine einzige solche "Ausfertigung" oder auch Hinweise, die auf diese "Wannsee-Konferenz" schließen lassen, gefunden, obgleich doch "30" solcher Papiere an Dienststellen verschickt worden sein sollen und andere Dokumente solcher Dienststellen einzusehen waren! 9)

Es ist auch unbekannt, in welcher Größe es vorliegt, obgleich "Kleinformat" behauptet wird. 9) Nicht ein-

"Im Senatsgästehaus eröffnete der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepken, die "internationale Tagung zum Haus der Wannsee-Konferenz". Rechts der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski; er erklärte: *"Nie in der Geschichte vor der Wannsee-Konferenz faßte ein menschlicher Kopf den Plan, ein ganzes Volk mitsamt aller seiner Angehörigen — Männer, Frauen, Greise, Kinder — systematisch und restlos auszurotten. Aus dem Tatort der Schreibtischtäter müsse ein würdiges Lehrhaus der Demokratie werden. Ziel eines Konzepts für die Wannsee-Villa sollte es sein, bei jungen Menschen Überzeugungen und Einstellungen zu festigen, die zum Widerstand gegen jedes Regime motivieren, das eines Völkermords fähig wäre."*

Zu den prominentesten Tagungsteilnehmern, die ein bereits erarbeitetes Konzept begutachten und ergänzen sollen, gehören der Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel, Mitglied und ehemaliger Vorsitzender des US-Holocaust Memorial Council, sowie Yitzhak Arad, der Leiter der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem.

Robert Kempner, ehemaliger amerikanischer Hauptankläger beim Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß, mußte seine Teilnahme an den Beratungen wegen Krankheit absagen. In einem Telegramm begrüßte er die geplante Einrichtung eines Gedenkhauses am Großen Wannsee 56 - 58. Als 'Mitentdecker' des in dem Haus beschlossenen 'mörderischen Protokolls vom 20. Januar 1942', schreibt er, ..."

Berliner Morgenpost, 10.11.1987

Beachtlich: Robert Kempner also "Mitentdecker des Protokolls"! So klar hatte er sich bis dahin nicht ausgedrückt. Doch wie im einzelnen sein "Mitentdecken" erfolgt war, wer die anderen "Mitentdecker" waren, blieb bis heute unbekannt.

5) Wolf-Dieter Rothe, "Die Endlösung der Judenfrage, — Zeugen" Bd. 1, Frankfurt 1974, S. 195.

6) Robert M.W. Kempner aaO. S. 132.

7) Hans Buchheim u.a., "Die Anatomie des SS-Staates" Bd. 2, Olten Freiburg 1965, S. 392, Fn. 189.

8) Hier bei Schnabel: handschriftlicher Vermerk "D. III. 29 g. Rs." (fehlt bei Kempner), "EK I" in dieser Schreibweise, bei Kempner falsch "EK 1".

9) Heinrich Härtle, "Was 'Holocaust' verschweigt", Leoni 1979, S. 25 + 27.

mal das in Deutschland übliche DIN-Format ist erkenntlich.

Jedenfalls steht fest: es trägt keinen Kopf, kein Aktenzeichen, keine Unterschrift, keine handschriftlichen Vermerke und besteht aus 15 Schreibmaschinenseiten. Dr. Wilhelm Stäglich vermerkt hierzu:

"An dieser (Kempners) Faksimile-Wiedergabe fällt jedoch besonders auf, daß im Kopfteil des Dokumentes weder die Dienststelle noch das Aktenzeichen erscheint, unter dem der Vorgang bei der ihn veranlassenden Dienststelle geführt wurde. Das widerspricht jeder behördlichen Gepflogenheit und ist um so unverständlicher, weil die Niederschrift durch Stempelaufdruck als 'Geheime Reichssache' deklariert wurde. Man kann wohl, ohne sich zu irren, sagen, daß ein amtliches Schriftstück einer Reichsbehörde, das — noch dazu unter Kennzeichnung 'Geheime Reichssache' — nicht einmal Dienststelle und Aktenzeichen der Behörde erkennen läßt, außerordentlich fragwürdig ist. Zwar enthält das Schriftstück auf der ersten Seite unten rechts die Kennzeichnung D. III. 29. g. Rs., was offenbar eine Art Aktenzeichen andeuten soll. Doch ist eine solche Kennzeichnung amtlicher Schriftstücke im deutschen Behördenwesen nicht üblich." [10)]

Robert Kempner führt nach Abdruck des Textes weiter aus:

"Formell war das Sitzungsprotokoll eine 'Geheime Reichssache'. Da aber zahlreiche Ressorts beteiligt waren, wurde es in dreißig Exemplaren ausgefertigt und an die beteiligten Stellen verteilt. Das Auswärtige Amt erhielt die sechzehnte Ausfertigung. Nach vorsichtiger Schätzung ist jede Ausfertigung mindestens von fünf bis zehn Beamten, das Protokoll also im ganzen von mehr als zweihundert Personen gelesen worden. Im Auswärtigen Amt lasen es außer den Spitzen auch andere Beamte, wie wir aus dem Nürnberger Wilhelmstraßen-Prozeß wissen. Außerdem unterhielten sich die Kollegen untereinander darüber.

Sogar bei den deutschen Dienststellen im Ausland wurde der Inhalt schnell bekannt." [11)]

Kempner schreibt nicht unvoreingenommen, daher ist auch nicht alles richtig, was er berichtet:

Er bringt keinerlei Beweis dafür, daß wirklich 30 Exemplare an Dienststellen versendet worden waren und Beamte den Inhalt des "Protokolls" zur Kenntnis bekommen und sich darüber auch noch unterhalten haben. Er leitet diese Behauptung aus dem getippten Vermerk ab: "30 Ausfertigungen, 16. Ausfertigung". Dies steht auf dem gleichen Papier wie der Text der "Erinnerungsniederschrift von Adolf Eichmann und Rolf Günther", ohne Unterschrift, ohne Aktenzeichen, ohne Herkunftsnachweis. Kein einziger Zeuge hat bestätigt, was Robert Kempner da aussagte. Mit anderen Worten: Wenn das ganze "Dokument" gefälscht ist, dann auch die Zahl mit den 30 Ausfertigungen.

Warum schließlich "30 Ausfertigungen", wenn nur 15 Teilnehmer anwesend waren, 12 Eingeladene in der Einladung benannt sind und im "Protokoll" kein Hinweis auf die nicht erschienenen Vertreter enthalten ist?

Und das bei "Geheimer Reichssache", wobei noch nicht einmal ersichtlich gemacht wurde, an wen die übrigen "Ausfertigungen" geschickt worden sein sollen. Dies widerspricht eindeutig der damals geltenden Verschlußsachenanordnung, wie übrigens auch das Fehlen des Aktenzeichens auf der Anlage, des Namens Reinhard Heydrich als Anwesender, der Briefnummer und personenspezifischer Geheimvermerke zur Sicherung gegen Geheimnisverrat, sowie Empfangsbestätigungen.

Wie konnte überhaupt ein gar nicht anwesender und nicht kenntnisbefugter "Rolf Günther" ein solches "Protokoll" im nachhinein mitverfassen? — Unmöglich!

Ankläger Kempner widerlegt sich selbst, wenn er anführt, "bei den deutschen Dienststellen im Ausland wurde der Inhalt schnell bekannt", und diese Behauptung mit einem Schreiben aus Paris "belegt", das sich nach dem Inhalt des Protokolls jener Konferenz erkundigt. Kempner vermischt die Kenntnis von der Konferenz mit der Kenntnis vom Inhalt des "Protokolls". Sein Bemühen ist allzu auffällig, glaubhaft erscheinen zu lassen, daß jener Text größere Kreise gezogen habe, was in Wirklichkeit gar nicht der Fall war.

Inzwischen gibt es "drei Originale der 16. Ausfertigung", die sich jeweils in den Schrifttypen von einander unterscheiden: (keine jedoch einer anderen Ausfertigung)

1.) eines in der "DDR",

2.) eines von Kempner als Faksimile abgedruckt,

3.) eines im Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn.

Der Inhalt der "Erinnerungs-Niederschrift" wird als Beweis für die zentrale Vernichtungsplanung der europäischen Juden seitens der Reichsführung ausgegeben. Dem Text ist das — mit Ausnahme eines einzigen super-ominösen und noch gesondert zu untersuchenden Absatzes — überhaupt nicht zu entnehmen. Hingegen ist von Evakuierung die Rede.

Soweit Textstellen eine Vernichtung anklingen lassen — Bezug: jener super ominöse Satz —, ist festzustellen, daß solche "Planungen" aus folgenden Gründen nicht bekanntgemacht worden sein konnten:

1.) Solche angeblichen Äußerungen Heydrichs [12)] hatten keinen Bezug auf die von den Teilnehmern erwartete Koordinierungsbereitschaft ihrer Ministerien.

2.) Als oberster Geheimhaltungsgrundsatz galt, daß niemand etwas von geheimzuhaltenden Kriegsmaßnahmen wissen durfte, was nicht in den Pflichtenbereich des Auszuführenden gehörte.

3.) Bereits vor Kriegsbeginn war in Berlin bekannt, daß selbst geheime Erörterungen im Kabinettskreis am Abend oder am nächsten Tag im Londoner Rundfunk wiedergegeben wurden. Das hatte sich natürlich auch bei Reinhard Heydrich längst herumgesprochen. Und daß 14 Staatssekretäre, die ja ihren Ministern zu berichten hatten — zumal sie ja laut Text "des Protokolls" noch

10) Wilhelm Stäglich, "Der Auschwitz Mythos", Tübingen 1979, S. 54 - 55.
11) Robert M.W. Kempner aaO. S. 148.

12) *"straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. ..."*

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

IV B 4 – 3076/41g (1180)

Berlin SW ..., 29. November 1941

Persönlich.

Auswärtiges Amt D III 709 g, 23. DEZ. 1941

Herrn
Unterstaatssekretär L u t h e r
im Auswärtigen Amt
B e r l i n.

Lieber Parteigenosse L u t h e r !

Am 31.7.1941 beauftragte mich der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, unter Beteiligung der in Frage kommenden anderen Zentralinstanzen alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht für eine Gesamtlösung der Judenfrage in Europa zu treffen und ihm in Bälde einen Gesamtentwurf hierüber vorzulegen. Eine Fotokopie dieser Bestellung lege ich meinem Schreiben bei.

In Anbetracht der außerordentlichen Bedeutung, die diesen Fragen zuzumessen ist und im Interesse der Erreichung einer gleichen Auffassung bei den in Betracht kommenden Zentralinstanzen an den übrigen mit dieser Endlösung zusammenhängenden Arbeiten rege ich an, diese Probleme zum Gegenstand einer gemeinsamen Aussprache zu machen, zumal seit dem 15.10.1941 bereits in laufenden Transporten Juden aus dem Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren nach dem Osten evakuiert werden.

Ich lade Sie daher zu einer solchen Besprechung mit anschließendem Frühstück zum 9. Dezember 1941, 12.00 Uhr, in die Dienststelle der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission, Berlin, Am ~~Kleinen~~ Großen Wannsee Nr. ~~16~~ 56-58, ein.

Ähnliche Schreiben habe ich an Herrn Generalgouverneur Dr. Frank, Herrn Gauleiter Dr. Meyer, die Herren Staatssekretäre Stuckart, Dr. Schlegelberger, Gutterer und Neumann, sowie an Herrn Reichsamtsleiter Dr. Leibbrandt, SS-Obergruppenführer Krüger, SS-Gruppenführer Hoffmann, SS-Gruppenführer Greifelt, SS-Oberführer Klopfer und an Herrn Ministerialdirektor Kritzinger gerichtet.

Heil Hitler!

Ihr

1 Anlage.

Dr. Robert Kempner
Hauptankläger
im Wilhelmstraßenprozeß

... nicht einmal auf Geheimhaltung verpflichtet worden waren —, bessere Gewähr für Diskretion bieten würden, als Gesprächsrunden des Führers, konnte Heydrich nicht erwarten.

4.) In der inzwischen sehr umfangreich angeschwollenen "Holocaust"-Literatur wird immer wieder die außergewöhnlich strenge Geheimhaltung aller Planungen und Maßnahmen betont, der es überhaupt zuzuschreiben wäre, daß das Ganze hätte realisiert werden können und daß tatsächlich selbst "Widerstandskämpfer" gegen Hitler so gut wie nichts davon in Erfahrung gebracht haben. Im Gegensatz hierzu wird nun die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 "an den Anfang der Planung" gestellt. Bereits dort sollen "30 Dienststellen" durch untergeordnete Beamte darüber unterrichtet worden sein, — ohne daß dies jemand im In- und Ausland bis Kriegsende erfahren hat. Eine solche Behauptung steht in einem zu krassen Widerspruch zur Realität, als daß sie ernstgenommen werden könnte!

"Begleitschreiben"

— Vgl. S. 15 oben rechts —

Robert Kempner führt weiter aus,

"das Besprechungsprotokoll stammte, wie die Akten des Auswärtigen Amtes beweisen, aus Eichmanns Judenreferat. Das Übersendungsschreiben, durch das die Ausfertigungen verteilt wurden, datiert vom 26. Januar 1942, trug sein Aktenzeichen: IV B 4 — 1456/41 g Rs. (1344). Er hatte es vorbereitet und seinem Chef Reinhard Heydrich zur Unterzeichnung vorgelegt.

Von noch größerer Bedeutung ist der Inhalt des Schreibens. Es heißt ausdrücklich, Obersturmbannführer Eichmann sei der zuständige Referent für alle weiteren sich aus der Konferenz ergebenden Detailbesprechungen." [13)]

Dieses Schreiben soll somit "beweisen", daß Eichmann auch "das Protokoll" geschrieben habe. Diese Schlußfolgerung ist jedoch nicht sachgerecht. Zwar könnte es sein, daß Eichmann eine Niederschrift aus dem Gedächtnis angefertigt hat, doch könnte sie einen ganz anderen Inhalt gehabt haben, den man verschwinden ließ und ausgetauscht hat. Beweismittel wäre nicht das "Begleitschreiben", sondern allein der Text der Niederschrift. — Doch gerade er trägt weder die Unterschrift von Heydrich noch ein Indiz von Adolf Eichmann. Und dies bei "Geheimer Reichssache"!

Jedenfalls haben wir uns neben der eigentlichen "Erinnerungs-Niederschrift" auch noch mit dem "Begleitschreiben vom 26.1.1942" auseinanderzusetzen, das anscheinend von Heydrich unterzeichnet ist. Zunächst fallen drei Merkwürdigkeiten auf:

a) Das Datum ist ungewöhnlich mit Handschrift notiert, alles andere mit Maschine,

b) der Eingangsstempel vom Auswärtigen Amt trägt das Datum 2. März 1942, also 34 Tage später als das Ausstellungsdatum. Solange soll das Schreiben gebraucht haben, um vom einen Amt zum anderen innerhalb Berlins zu gelangen? Dazu bei "einer so wichtigen Angelegenheit" und "Geheimen Reichssache"? Unmöglich!

c) Auch von dem "Begleitschreiben" gibt es — hier zwei — unterschiedliche, wenn auch textgleiche "Originale"; eines mit der auf S. 15 vorgestellten Schreibmaschinentype des Robert Kempner, eines mit einer anderen Schreibmaschinentype "aus den Akten des Auswärtigen Amtes", Bonn. [14)]

1.)

Für die Fälschung dieses Begleitschreibens spricht — abgesehen von dem Vorhandensein von zwei in den Typen der Schrift unterschiedlichen "Originalen" — ferner, daß Heydrich weder seinen Namen in die Teilnehmerliste noch das Aktenzeichen in die "Erinnerungs-Niederschrift" nachgetragen hat. Beide Schriftstücke hätten ihm ja gleichzeitig vorliegen müssen.

2.)

Das Schreiben vom 26.1.1942 bestätigt eine "Absprache" am 20.1. 1942. Die Tagung hingegen galt der Information durch Heydrich, nicht einer Absprache, hätte diese doch vorausgesetzt, daß die Teilnehmer sich auf das Konferenzthema hätten vorbereiten und entsprechende Vorschläge ihrer Ministerien zur "Absprache" mit einbringen können und sollen. Dies war jedoch nicht der Fall. — Ein grober Sachfehler! Für jeden sofort erkennbar, der der deutschen Sprache mächtig ist! Erst recht, wenn man berücksichtigt, daß im Dienstgebrauch solche Bedeutungsunterschiede besonders zu beachten sind.

General Telford Taylor
Hauptankläger der USA
im Wilhelmstraßenprozeß

In der ebenfalls beim Wilhelmstraßen-Prozeß "eingeführten" Einladung Heydrichs vom 29.11.1941 scheint dieser Sachfehler — das schlechte und grammatikalisch falsche Deutsch sowieso ("Auffassung ... an den ... Arbeiten" anstatt "über die Arbeiten") — erneut auf:

"In Anbetracht der außerordentlichen Bedeutung, die diesen Fragen zuzumessen ist und im Interesse der Erreichung einer gleichen Auffassung bei den in Betracht kommenden Zentralinstanzen an den übrigen mit dieser Endlösung zusammenhängenden Arbeiten rege ich an, diese Probleme zum Gegenstand einer gemeinsamen Aussprache zu machen."

Hier wird keine "Absprache", sondern "Aussprache" erwartet, was eine vorherige Abklärung des Themas voraussetzt. "Endlösung" war aber für keinen der Eingeladenen bis dahin ein Begriff. — Solche Sprachschnitzer sind nur verständlich, wenn ein längere Zeit mit der deutschen Sprache nicht mehr vertraut gewesener Ausländer Verfasser dieser "Schreiben" ist.

3.)

Das "Protokoll", so heißt es in dem Begleitschreiben vom 26.1.1942 weiter, habe "die Grundlinie hinsichtlich der praktischen Durchführung der Endlösung der Judenfrage festgelegt". — Der gleiche geschwollene und für deutsche Verhältnisse ungewöhnliche Stil und Vokabelschatz — "hinsichtlich", "praktische Durchführung", "der Endlösung der ..." —, im "Protokoll" angeblich von Eichmann und im Begleitschreiben

13) Robert M.W. Kempner aaO. S. 149.

14) Die Fotokopie dieses "Originales" liegt dem Verlag vor.

Geheime Reichssache!

- 2 -

30 Ausfertigungen
16. Ausfertigung

Besprechungsprotokoll.

I An der am 20.1.1942 in Berlin, Am Großen Wannsee Nr. 56/58, stattgefundenen Besprechung über die Endlösung der Judenfrage nahmen teil:

Gauleiter Dr. Meyer und Reichsamtsleiter Dr. Leibbrandt	Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
Staatssekretär Dr. Stuckart	Reichsministerium des Innern
Staatssekretär Neumann	Beauftragter für den Vierjahresplan
Staatssekretär Dr. Freisler	Reichsjustizministerium
Staatssekretär Dr. Bühler	Amt des Generalgouverneurs
Unterstaatssekretär Luther	Auswärtiges Amt
SS-Oberführer Klopfer	Partei-Kanzlei
Ministerialdirektor Kritzinger	Reichskanzlei
SS-Gruppenführer Hofmann	Rasse- und Siedlungshauptamt
SS-Gruppenführer Müller SS-Obersturmbannführer Eichmann	Reichssicherheitshauptamt
SS-Oberführer Dr. Schöngarth Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement	Sicherheitspolizei und SD
SS-Sturmbannführer Dr. Lange Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD für den Generalbezirk Lettland, als Vertreter des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD für das Reichskommissariat Ostland.	Sicherheitspolizei und SD

D. III. 29. g. Rs.

II. Chef der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Obergruppenführer H e y d r i c h , teilte eingangs seine Bestellung zum Beauftragten für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage durch den Reichsmarschall mit und wies darauf hin, daß zu dieser Besprechung geladen wurde, um Klarheit in grundsätzlichen Fragen zu schaffen. Der Wunsch des Reichsmarschalls, ihm einen Entwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Belange im Hinblick auf die Endlösung der europäischen Judenfrage zu übersenden, erfordert die vorherige gemeinsame Behandlung aller an diesen Fragen unmittelbar beteiligten Zentralinstanzen im Hinblick auf die Parallelisierung der Linienführung.

angeblich von Heydrich, deutet auf ein und denselben Verfasser.

Es ist aber allein auf Grund der "30" unterschiedlichen Dienststellen schlichtweg auszuschließen, daß der relativ kleine Referent Adolf Eichmann vom "Referat IV B 4" des Reichssicherheitshauptamtes, das in einem eigenen vierstöckigen Gebäude in der Kurfürstenstraße 116, nahe Wittenbergplatz/Zoo untergebracht war, auch noch die Briefe vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD mit dessen Briefkopf verfaßt hat. Selbst Robert Kempner schreibt über Adolf Eichmann:

> "Ein niedriger SS-Rang, der einem Oberstleutnant in der Armee entsprach. Seine Schlüsselfunktion wurde mit der niederen bürokratischen Ebene getarnt, auf der Eichmann wirkte: man hat ihn nicht einmal bis zum Regierungsrat kommen lassen." [15]

Der Inhalt ist sachwidrig, denn es wurde auf der Sitzung lediglich informiert, aber nichts "festgelegt", auch keine "Grundlinie". Auch konnte keine "völlige Übereinstimmung" geschlußfolgert werden.

Alles im "Protokoll" ist — im Gegensatz zur Aussage des "Begleitschreibens" — nebulös, unvollkommen, "ungelöst", widersprüchlich, "unpraktisch", oberflächlich und falsch angepackt und formuliert, außerdem total abgehoben von den rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen und ohne Hinweis auf die Anliegen der einzelnen Ministerien.

4.)

Das "Protokoll" soll die "völlige Übereinstimmung der hieran beteiligten Stellen" festgestellt haben. Dies ist in dem Papier jedoch mit keinem Wort niedergelegt worden. Es wurde dem "Protokoll" zufolge überhaupt nicht danach gefragt, welche Kenntnisse bei den

15) Robert M.W. Kempner, "Ankläger einer Epoche Lebenserinnerungen, Frankfurt - Berlin 1986, Ullstein, S. 445.

3 -

Die Federführung bei der Bearbeitung der Endlösung der Judenfrage liege ohne Rücksicht auf geographische Grenzen zentral beim Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei (Chef der Sicherheitspolizei und des SD).

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD gab sodann einen kurzen Rückblick über den bisher geführten Kampf gegen diesen Gegner. Die wesentlichsten Momente bilden

a/ die Zurückdrängung der Juden aus den einzelnen Lebensgebieten des deutschen Volkes,

b/ die Zurückdrängung der Juden aus dem Lebensraum des deutschen Volkes.

Im Vollzug dieser Bestrebungen wurde als einzige vorläufige Lösungsmöglichkeit die Beschleunigung der Auswanderung der Juden aus dem Reichsgebiet verstärkt und planmäßig in Angriff genommen.

Auf Anordnung des Reichsmarschalls wurde im Januar 1939 eine Reichszentrale für jüdische Auswanderung errichtet, mit deren Leitung der Chef der Sicherheitspolizei und des SD betraut wurde. Sie hatte insbesondere die Aufgabe

a/ alle Maßnahmen zur Vorbereitung einer verstärkten Auswanderung der Juden zu treffen,

b/ den Auswanderungsstrom zu lenken,

c/ die Durchführung der Auswanderung im Einzelfall zu beschleunigen.

Das Aufgabenziel war, auf legale Weise den deutschen Lebensraum von Juden zu säubern.

– 4 –

Über die Nachteile, die eine solche Auswanderungsforcierung mit sich brachte, waren sich alle Stellen im klaren. Sie mußten jedoch angesichts des Fehlens anderer Lösungsmöglichkeiten vorerst in Kauf genommen werden.

Die Auswanderungsarbeiten waren in der Folgezeit nicht nur ein deutsches Problem, sondern auch ein Problem, mit dem sich die Behörden der Ziel- bzw. Einwandererländer zu befassen hatten. Die finanziellen Schwierigkeiten, wie Erhöhung der Vorzeige- und Landungsgelder seitens der verschiedenen ausländischen Regierungen, fehlende Schiffsplätze, laufend verschärfte Einwanderungsbeschränkungen oder -sperren, erschwerten die Auswanderungsbestrebungen außerordentlich. Trotz dieser Schwierigkeiten wurden seit der Machtübernahme bis zum Stichtag 31.10.1941 insgesamt rund 537.000 Juden zur Auswanderung gebracht. Davon

vom 30.1.1933 aus dem Altreich	rd. 360.000
vom 15.3.1938 aus der Ostmark	rd. 147.000
vom 15.3.1939 aus dem Protektorat Böhmen und Mähren	rd. 30.000

Die Finanzierung der Auswanderung erfolgte durch die Juden bzw. jüdisch-politischen Organisationen selbst. Um den Verbleib der verproletarisierten Juden zu vermeiden, wurde nach dem Grundsatz verfahren, daß die vermögenden Juden die Abwanderung der vermögenslosen Juden zu finanzieren haben; hier wurde, je nach Vermögen gestaffelt, eine entsprechende Umlage bzw. Auswandererabgabe vorgeschrieben, die zur Bestreitung der finanziellen Obliegenheiten im Zuge der Abwanderung vermögensloser Juden verwandt wurde.

einzelnen Ministerien über das beabsichtigte Vorhaben vorhanden seien, welche Überlegungen man dort bereits angestellt, welche fachlichen Vorschläge oder Einwände man einzubringen, welche Meinung man dazu entwickelt habe.

Mit anderen Worten:

Das Begleitschreiben vom 26.1.1942 unterstellt dem "Protokoll" einen Inhalt, der in dreifacher Hinsicht gar nicht stimmt.

Wenn das "Begleitschreiben" echt ist, so ist aber schon hieraus ersichtlich, daß das als "beigefügt" behauptete "Protokoll" n i c h t echt ist!

Doch auch ein Stück Papier dieser Art mit Kopf "Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD", sogar mit Eingangsstempel "Auswärtiges Amt", Unterschrift und handschriftlichem Vermerk ließ sich nach Niederwerfung des Reiches mit Leichtigkeit herstellen. Das haben Sefton Delmer und Ellic Howe schon vorher perfektioniert und berufsmäßig betrieben.[16]

Und das jüdische DP-Lager[17] Föhrenwald-Wolfratshausen, 20 km von München, das von 1945 - 1948 die größten Fälscher- und Fotomontage-Ateliers in den westlichen Besatzungszonen beherbergte,[18] hatte Profis ans Werk gesetzt, die den während des Krieges betriebenen Lügenfeldzug gegen Deutschland für die Rache-"justiz" und die Geschichtsbücher ausweiteten.

An historische Beweise werden größere Anforderungen gestellt. Robert Kempner jedenfalls hatte außer

16) Sefton Delmer "Die Deutschen und ich", Hamburg 1961, S. 497 ff. + Ellic Howe, "Die schwarze Propaganda – Ein Insider-Bericht über die geheimsten Operationen des britischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg", München 1983.

17) DP = Displaced Persons = Verschleppte

18) J.G. Burg, "Sündenböcke", München 1979, S. 155.

Neben dem Reichsmark-Aufkommen sind Devisen für Vorzeige- und Landungsgelder erforderlich gewesen. Um den deutschen Devisenschatz zu schonen, wurden die jüdischen Finanzinstitutionen des Auslandes durch die jüdischen Organisationen des Inlandes verhalten, für die Beitreibung entsprechender Devisenaufkommen Sorge zu tragen. Hier wurden durch diese ausländischen Juden im Schenkungswege bis zum 30.10.1941 insgesamt rund 9.500.000 Dollar zur Verfügung gestellt.

Inzwischen hat der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Hinblick auf die Gefahren einer Auswanderung im Kriege und im Hinblick auf die Möglichkeiten des Ostens die Auswanderung von Juden verboten.

III Anstelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten.

Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind.

Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht, die sich wie folgt auf die einzelnen Länder verteilen:

Land	Zahl
A. Altreich	131.800
Ostmark	43.700
Ostgebiete	420.000
Generalgouvernement	2.284.000
Bialystok	400.000
Protektorat Böhmen und Mähren	74.200
Estland – judenfrei –	
Lettland	3.500
Litauen	34.000
Belgien	43.000
Dänemark	5.600
Frankreich / Besetztes Gebiet	165.000
Unbesetztes Gebiet	700.000
Griechenland	69.600
Niederlande	160.800
Norwegen	1.300
B. Bulgarien	48.000
England	330.000
Finnland	2.300
Irland	4.000
Italien einschl. Sardinien	58.000
Albanien	200
Kroatien	40.000
Portugal	3.000
Rumänien einschl. Bessarabien	342.000
Schweden	8.000
Schweiz	18.000
Serbien	10.000
Slowakei	88.000
Spanien	6.000
Türkei (europ. Teil)	55.500
Ungarn	742.800
UdSSR	5.000.000
Ukraine 2.994.684	
Weißrußland ausschl. Bialystok 446.484	
Zusammen: über	11.000.000

diesen Stücken Papier keine ergänzenden Belege zu bieten. Und seine inhaftierten Angeklagten haben ihn nicht bestätigt. Nicht einmal in den nach Kriegsende aufgefundenen Vernehmungsprotokollen der Verschwörer des 20. Juli 1944 war eine Aussage aufgetaucht, die auf die Wannsee-Konferenz als einer Judenvernichtungsabsprache hingewiesen hätte. Andererseits sind eine Fülle von Dokumenten gefunden, aber nicht etwa von der amerikanischen Anklagebehörde bekannt gemacht worden, die die Einrichtung von Arbeitslagern und Arbeitsprogrammen im Osten belegten.

In Wirklichkeit gab es auf der Wannsee-Besprechung so erheblichen Widerspruch und Widerstand gegen Heydrichs Bemühungen — wir kommen noch darauf zu sprechen —, daß ein "Protokoll", das davon überhaupt nichts berichtet, nicht authentisch sein kann.

Aufgabenstellung

Prüfen wir die Aufgabenstellung der Konferenz:

Zur Besprechung wurde geladen, um Klarheit in grundsätzlichen Fragen zu schaffen. Die beteiligten Zentralinstanzen sollen gemeinsam die organisatorischen, sachlichen und materiellen Belange der Juden in Deutschland behandeln, wie sie sich aus der sich ausweitenden Kriegslage ergäben. Die Einladung deutet die Erstellung eines Gesamtentwurfes und das Bemühen um Erreichung einer gleichen Auffassung an. Das "Protokoll" gibt als Aufgabenstellung an: "um Klarheit in grundsätzlichen Fragen zu schaffen", "einen Entwurf ... im Hinblick auf die Endlösung der europäischen Judenfrage zu übersenden" und "eine gemeinsame Be-

Bei den angegebenen Judenzahlen der verschiedenen ausländischen Staaten handelt es sich jedoch nur um Glaubensjuden, da die Begriffsbestimmungen der Juden nach rassischen Grundsätzen teilweise dort noch fehlen. Die Behandlung des Problems in den einzelnen Ländern wird im Hinblick auf die allgemeine Haltung und Auffassung auf gewisse Schwierigkeiten stoßen, besonders in Ungarn und Rumänien. So kann sich z.B. heute noch in Rumänien der Jude gegen Geld entsprechende Dokumente, die ihm eine fremde Staatsangehörigkeit amtlich bescheinigen, beschaffen.

Der Einfluß der Juden auf alle Gebiete in der UdSSR ist bekannt. Im europäischen Gebiet leben etwa 5 Millionen, im asiatischen Raum knapp 1/4 Million Juden.

Die berufsständische Aufgliederung der im europäischen Gebiet der UdSSR ansässigen Juden war etwa folgende:

In der Landwirtschaft	9,1 %
als städtische Arbeiter	14,8 %
im Handel	20,0 %
als Staatsarbeiter angestellt	23,4 %
in den pivaten Berufen – Heilkunde, Presse, Theater, usw.	32,7 %

Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.

Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe die Erfahrung der Geschichte.)

Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa vom Westen nach Osten durchgekämmt. Das Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren wird, allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstigen sozial-politischen Notwendigkeiten, vorweggenommen werden müssen.

Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangsghettos verbracht, um von dort aus weiter nach dem Osten transportiert zu werden.

Wichtige Voraussetzung, so führte SS-Obergruppenführer H e y d r i c h weiter aus, für die Durchführung der Evakuierung überhaupt, ist die genaue Festlegung des in Betracht kommenden Personenkreises.

Es ist beabsichtigt, Juden im Alter von über 65 Jahren nicht zu evakuieren, sondern sie einem Altersghetto – vorgesehen ist Theresienstadt – zu überstellen.

Neben diesen Altersklassen – von den am 31.10.1941 sich im Altreich und der Ostmark befindlichen etwa 280.000 Juden sind etwa 30 % über 65 Jahre alt – finden in den jüdischen Altersghettos weiterhin die schwerkriegsbeschädigten Juden und Juden mit Kriegsauszeichnungen (EK 1) Aufnahme. Mit dieser

■‡■‡■‡■‡■‡■‡■‡■‡■‡■‡■‡■‡■‡■‡■‡■‡

handlung aller beteiligten Zentralinstanzen im Hinblick auf die Parallelisierung der Linienführung" zu gewährleisten. [19])

Diese Aufgabenstellung wurde dem Text "des Protokolls" zufolge total verfehlt. Nicht einmal in den Ansätzen hat der Konferenzverlauf — dem Text des "Protokolls" zufolge — die selbst vom Ankläger Kempner hervorgehobene "unerhört komplexe Verwaltungsaufgabe" (S. 132) angepackt oder gar erfüllt, die der Konferenz übertragen worden war.

1. Beispiel: (Text: "Protokoll"-Seite 2)

Zu der Besprechung wurde — wie gesagt — geladen, "um Klarheit in grundsätzlichen Fragen zu schaffen".

Das Wort "Endlösung", das in der Niederschrift 12 mal wiederkehrt (das Wort "Lösung" ist geradezu ein Dauerbrenner!), mußte für sämtliche Teilnehmer total neuartig sein, wohingegen das Wort "Gesamtlösung" in jener Zeit sicher schon einmal verwendet worden sein dürfte. Doch ausgerechnet dieser Begriff, der bei den Teilnehmern als unbekannt vorausgesetzt werden mußte, wurde überhaupt nicht erörtert, definiert, abgegrenzt. So konnte doch wohl keine "Klarheit in grundsätzlichen Fragen geschaffen" werden!

2. Beispiel: (Text: "Protokoll"-Seite 3)

"Die Federführung bei der Bearbeitung der Endlösung der Judenfrage liege ohne Rücksicht auf geographische Grenzen zentral beim Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei (Chef der Sicherheitspolizei und des SD)."

Diese Formulierung gibt keine Klarheit. Liegt sie nun bei Himmler oder bei Heydrich? Göring hat Heydrich beauftragt, nicht Himmler. Göring hat Heydrich aber nicht mit der "Endlösung" beauftragt, sondern lediglich

19) Müßte heißen: "gleichartige (nicht: "gemeinsame") Behandlung durch alle beteiligten Zentralinstanzen". Man sagt ja auch nicht, "eine gemeinsame Behandlung aller Ärzte im Hinblick auf", sondern eine ... Behandlung aller Patienten durch die Ärzte".

\- 9 -

zweckmäßigen Lösung werden mit einem Schlag die vielen Interventionen ausgeschaltet.

Der Beginn der einzelnen größeren Evakuierungsaktionen wird weitgehend von der militärischen Entwicklung abhängig sein. Bezüglich der Behandlung der Endlösung in den von uns besetzten und beeinflußten europäischen Gebieten wurde vorgeschlagen, daß die in Betracht kommenden Sachbearbeiter des Auswärtigen Amtes sich mit dem zuständigen Referenten der Sicherheitspolizei und des SD besprechen.

In der Slowakei und Kroatien ist die Angelegenheit nicht mehr allzu schwer, da die wesentlichsten Kernfragen in dieser Hinsicht dort bereits einer Lösung zugeführt wurden. In Rumänien hat die Regierung inzwischen ebenfalls einen Judenbeauftragten eingesetzt. Zur Regelung der Frage in Ungarn ist es erforderlich, in Zeitkürze einen Berater für Judenfragen der Ungarischen Regierung aufzuoktroyieren.

Hinsichtlich der Aufnahme der Vorbereitungen zur Regelung des Problems in Italien hält SS-Obergruppenführer H e y d r i c h eine Verbindung Polizei-Chef in diesen Belangen für angebracht.

Im besetzten und unbesetzten Frankreich wird die Erfassung der Juden zur Evakuierung aller Wahrscheinlichkeit nach ohne große Schwierigkeiten vor sich gehen können.

Unterstaatssekretär L u t h e r teilte hierzu mit, daß bei tiefgehender Behandlung dieses Problems in einigen Ländern, so in den nordischen Staaten, Schwierigkeiten auftauchen werden, und es sich daher empfiehlt, diese Länder vorerst noch zu-

mit "Vorbereitungen für eine Gesamtlösung der Judenfrage und Erstellung eines Gesamtentwurfes über die Vorausmaßnahmen". Bereits die Initiative Görings mußte die Teilnehmer verwundern. Wie konnte ausgerechnet er, der zwar viele, sicherlich zu viele, Ämter innehatte [20]), Anweisungen solcher Größenordnung geben? Weder Himmler (Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei) noch Heydrich (Chef der Sicherheitspolizei und des SD) unterstanden ihm. Von einem Führerbefehl über die ganze Angelegenheit ist keine Rede. Das "Protokoll" schuf hier keine Klarheit. Und die Staatssekretäre fragten nicht.

20) Hermann Göring hatte folgende Positionen inne: Seit 1932 Präsident des Reichstages, 1933 Ministerpräsident von Preußen, gleichzeitig bis 1934 preußischer Innenminister, 1935 Reichsminister für Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1936 Beauftragter zur Durchführung des Vierjahresplanes, Reichsforstmeister und Reichsjägermeister, ab 30.11.1939 Vorsitzender des Ministerrates für die Reichsverteidigung.

\- 10 -

rückzustellen. In Anbetracht der hier in Frage kommenden geringen Judenzahlen bildet diese Zurückstellung ohnedies keine wesentliche Einschränkung.

Dafür sieht das Auswärtige Amt für den Südosten und Westen Europas keine großen Schwierigkeiten.

SS-Gruppenführer H o f m a n n beabsichtigt, einen Sachbearbeiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes zur allgemeinen Orientierung dann nach Ungarn mitsenden zu wollen, wenn seitens des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD die Angelegenheit dort in Angriff genommen wird. Es wurde festgelegt, diesen Sachbearbeiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes, der nicht aktiv werden soll, vorübergehend offiziell als Gehilfen zum Polizei-Attaché abzustellen.

IV. Im Zuge der Endlösungsvorhaben sollen die Nürnberger Gesetze gewissermaßen die Grundlage bilden, wobei Voraussetzung für die restlose Bereinigung des Problems auch die Lösung der Mischehen- und Mischlingsfragen ist.

Chef der Sicherheitspolizei und des SD erörtert im Hinblick auf ein Schreiben des Chefs der Reichskanzlei zunächst theoretisch die nachstehenden Punkte:

1) <u>Behandlung der Mischlinge 1. Grades.</u>

Mischlinge 1. Grades sind im Hinblick auf die Endlösung der Judenfrage den Juden gleichgestellt.

3. Beispiel: (Text: "Protokoll"-Seite 7)

"Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, ..."

"Klarheit" hätte erfordert, konkret zu benennen, wer "die entsprechende Leitung" hierfür übernehmen sollte, um welche Gebiete "im Osten" es sich handelt und was man sich darunter vorzustellen habe, "straßenbauend" jemanden "in diese Gebiete zu führen". Keiner hinterfragte solche mysteriösen Angaben? Wollte nicht Heydrich die Mitarbeit der entsprechenden "Zentralinstanzen" erreichen? Er hatte jedoch keinerlei Vorschläge, Fragen, Wünsche für dieses oder jenes Ministerium. Und die Anwesenden wollten offensichtlich auch keine "Klarheiten in grundsätzlichen Fragen".

4. Beispiel: (Text: "Protokoll"-Seite 10)

"Chef der Sicherheitspolizei und des SD erörtert im Hinblick

Von dieser Behandlung werden ausgenommen:

a) Mischlinge 1. Grades verheiratet mit Deutschblütigen, aus deren Ehe Kinder (Mischlinge 2. Grades) hervorgegangen sind. Diese Mischlinge 2. Grades sind im wesentlichen den Deutschen gleichgestellt.

b) Mischlinge 1. Grades, für die von den höchsten Instanzen der Partei und des Staates bisher auf irgendwelche Lebensgebieten Ausnahmegenehmigungen erteilt worden sind.
Jeder Einzelfall muß überprüft werden, wobei nicht ausgeschlossen wird, daß die Entscheidung nochmals zu Ungunsten des Mischlings ausfällt.

Voraussetzungen einer Ausnahmebewilligung müssen stets grundsätzliche Verdienste des in Frage stehenden Mischlings selbst sein. (Nicht Verdienste des deutschblütigen Eltern- oder Eheteiles.)

Der von der Evakuierung auszunehmende Mischling 1. Grades wird – um jede Nachkommenschaft zu verhindern und das Mischlingsproblem endgültig zu bereinigen – sterilisiert. Die Sterilisierung erfolgt freiwillig. Sie ist aber Voraussetzung des Verbleibens im Reich. Der sterilisierte ''Mischling'' ist in der Folgezeit von allen einengenden Bestimmungen, denen er bislang unterworfen ist, befreit.

2) Behandlung der Mischlinge 2. Grades.

Die Mischlinge 2. Grades werden grundsätzlich den Deutschblütigen zugeschlagen, mit Ausnahme folgender Fälle, in denen die Mischlinge 2. Grades den Juden gleichgestellt werden:

a) Herkunft des Mischlings 2. Grades aus einer Bastardehe (beide Teile Mischlinge).

b) Rassisch besonders ungünstiges Erscheinungsbild des Mischlings 2. Grades, das ihn schon äußerlich zu den Juden rechnet.

c) Besonders schlechte polizeiliche und politische Beurteilung des Mischlings 2. Grades, die erkennen läßt, daß er sich wie ein Jude fühlt und benimmt.

Auch in diesen Fällen sollen aber dann Ausnahmen nicht gemacht werden, wenn der Mischling 2. Grades deutschblütig verheiratet ist.

3) Ehen zwischen Volljuden und Deutschblütigen.

Von Einzelfall zu Einzelfall muß hier entschieden werden, ob der jüdische Teil evakuiert wird, oder ob er unter Berücksichtigung auf die Auswirkungen einer solchen Maßnahme auf die deutschen Verwandten dieser Mischehe einem Altersghetto überstellt wird.

4) Ehen zwischen Mischlingen 1. Grades und Deutschblütigen.

a) Ohne Kinder.
Sind aus der Ehe keine Kinder hervorgegangen, wird der Mischling 1. Grades evakuiert bzw. einem Altersghetto überstellt. (Gleiche Behandlung wie bei Ehen zwischen Volljuden und Deutschblütigen, Punkt 3.)

auf ein Schreiben des Chefs der Reichskanzlei zunächst theoretisch die nachfolgenden Punkte:
1) Behandlung der Mischlinge 1. Grades ....
2. Behandlung der Mischlinge 2. Grades ...."

Die Forderung nach "Klarheit schaffen" hätte geboten, daß ein Schreiben "des Chefs der Reichskanzlei" hätte vorgelegt und dessen Genesis sowie Inhalt hätte vorgetragen werden müssen, ehe Einzelheiten erörtert und "zur endgültigen Bereinigung des Mischlingsproblems" geschritten und geschlußfolgert werden konnte, daß "die Sterilisation freiwillig erfolgt". So abartig vermag doch nur ein Fälscher zu "protokollieren"!

Zur Aufgabenstellung "Klarheit schaffen" hätte gehört, Einzelheiten darüber zu erfahren, wie sich denn "die hohen Herren" in der Reichskanzlei oder im Reichssicherheitshauptamt derartige Sterilisierungen ohne Recht und Gesetz vorstellten, welche Ärzte solches hätten überhaupt durchführen können und dürfen. — Keiner fragte danach!

Fest steht jedenfalls, daß ein solches Schreiben aus der Reichskanzlei weder vorgetragen wurde, noch vorgelegen hat, noch nach Kriegsende bekannt geworden oder spezifiziert worden ist. Man hat nie ein solches Schreiben gefunden, auch keine Zusammenhänge für einen solchen "Verwaltungsakt".

Keiner scheint überhaupt danach gesucht zu haben, denn niemand drückte über das Fehlen dieses im "Protokoll" angegebenen Schreibens seine Verwunderung aus! Dafür war jedoch nachgewiesen, daß Dr. Lammers als Chef der Reichskanzlei keinerlei Kenntnis von der bevorstehenden Wannsee-Konferenz hatte, auch nicht von dem Thema (vgl. S. 29 ff). — Allein hieraus erweist sich die Fälschung des "Protokolls".

b) Mit Kindern.

Sind Kinder aus der Ehe hervorgegangen (Mischlinge 2. Grades), werden sie, wenn sie den Juden gleichgestellt werden, zusammen mit dem Mischling 1. Grades evakuiert bzw. einem Ghetto überstellt. Soweit diese Kinder Deutschen gleichgestellt werden (Regelfälle), sind sie von der Evakuierung auszunehmen und damit auch der Mischling 1. Grades.

5) Ehen zwischen Mischlingen 1. Grades und Mischlingen 1. Grades oder Juden.

Bei diesen Ehen (einschließlich der Kinder) werden alle Teile wie Juden behandelt und daher evakuiert bzw. einem Altersghetto überstellt.

6) Ehen zwischen Mischlingen 1. Grades und Mischlingen 2. Grades.

Beide Eheteile werden ohne Rücksicht darauf, ob Kinder vorhanden sind oder nicht, evakuiert bzw. einem Altersghetto überstellt, da etwaige Kinder rassenmäßig in der Regel einen stärkeren jüdischen Bluteinschlag aufweisen, als die jüdischen Mischlinge 2. Grades.

SS-Gruppenführer H o f m a n n steht auf dem Standpunkt, daß von der Sterilisierung weitgehend Gebrauch gemacht werden muß; zumal der Mischling vor die Wahl gestellt, ob er evakuiert oder sterilisiert werden soll, sich lieber der Sterilisierung unterziehen würde.

Staatssekretär Dr. S t u c k a r t stellt fest, daß die praktische Durchführung der eben mitgeteilten Lösungsmöglichkeiten zur Bereinigung der Mischehen- und Mischlingsfragen in dieser Form eine unendliche Verwaltungsarbeit mit sich bringen würde. Um zum anderen auf alle Fälle auch den biologischen Tatsachen Rechnung zu tragen, schlug Staatssekretär Dr. S t u c k a r t vor, zur Zwangssterilisierung zu schreiten.

Zur Vereinfachung des Mischehenproblems müßten ferner Möglichkeiten überlegt werden mit dem Ziel, daß der Gesetzgeber etwa sagt: ''Diese Ehen sind geschieden".

Bezüglich der Frage der Auswirkung der Judenevakuierung auf das Wirtschaftsleben erklärte Staatssekretär N e u m a n n , daß die in kriegswichtigen Betrieben im Arbeitseinsatz stehenden Juden derzeit, solange noch kein Ersatz zur Verfügung steht, nicht evakuiert werden könnten.

SS-Obergruppenführer H e y d r i c h wies darauf hin, daß diese Juden nach den von ihm genehmigten Richtlinien zur Durchführung der derzeit laufenden Evakuierungsaktionen ohnedies nicht evakuiert würden.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r stellte fest, daß das Generalgouvernement es begrüßen würde, wenn mit der Endlösung dieser Frage im Generalgouvernement begonnen würde, weil einmal hier das Transportproblem keine übergeordnete Rolle spielt

Als Vertreter von Dr. Lammers saß Ministerialdirektor Dr. Kritzinger unter den Teilnehmern, um sich von Heydrich informieren zu lassen, damit auch seine "Zentralinstanz zur gleichen Auffassung" gelange. Weder fragt ein Teilnehmer nach dem "Schreiben aus der Reichskanzlei" noch drückt Dr. Kritzinger seine Verwunderung hierüber aus. Dies ist um so merkwürdiger, als ja das gesamte Konferenzthema von diesem mysteriösen "Schreiben aus der Reichskanzlei" abgeleitet wird.

Bemerkenswert ist, daß die Anklage gegen Dr. Lammers dieses angeblich der Wannsee-Konferenz zugrundeliegende "Schreiben aus der Reichskanzlei" gar nicht mehr erwähnt hat. Gleiches geschah im Urteil. Auch die Verteidigung ist nicht darauf eingegangen, vermutlich weil es in der damaligen Situation für Verteidigung und Angeklagte nicht zweckmäßig erschienen war, von gefälschten Dokumenten zu sprechen, derer sich die Anklage im Bedarfsfalle bediente.

An diesem Beispiel wird besonders deutlich, daß der "Verfasser" des "Protokolls" ein mit der Sachlage in Deutschland nicht vertraut gewesener Fälscher gewesen ist, denn er hatte von der Aufgabenstellung der Reichskanzlei keinerlei Ahnung. Heydrich, selbst Eichmann hätten ihm ebenso sicher auf die Sprünge geholfen, wie der Verteidiger im Wilhelmstraßenprozeß 1949, Dr. Alfred Seidl, dem amerikanischen Militärtribunal:

"... Die Reichskanzlei ist ein reines Dienstbüro, das dazu geschaffen wurde, jene vielfältigen Einzelaufgaben zu erfüllen, die mit dem Amte des Reichskanzlers verknüpft waren. Sie ist ein Sekretariat. Sie ist das Büro des Kanzlers. Sie dient ihm im großen Stil wie das weniger durchorganisierte Büro eines Sekretärs dem Präsidenten der Vereinigten Staaten dient.

Die Reichskanzlei sammelt Nachrichten und Berichte für den Kanzler, stellt Untersuchungen für ihn an und versetzt ihn ganz allgemein in die Lage, sich über die Tätigkeit verschiedener Zweige der Regierung zu unterrichten. Sie ist die Verbindungsstelle zwischen dem Kanzler und den verschiedenen Ministerien. Alle Entscheidungen, Anweisungen und andere Mitteilungen des Kanzlers werden ordnungsgemäß durch die Reichskanzlei geleitet.

und arbeitseinsatzmäßige Gründe den Lauf dieser Aktion nicht behindern würden. Juden müßten so schnell wie möglich aus dem Gebiet des Generalgouvernements entfernt werden, weil gerade hier der Jude als Seuchenträger eine eminente Gefahr bedeutet und er zum anderen durch fortgesetzten Schleichhandel die wirtschaftliche Struktur des Landes dauernd in Unordnung bringt. Von den in Frage kommenden etwa 2 ½ Millionen Juden sei überdies die Mehrzahl der Fälle arbeitsunfähig.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r stellt weiterhin fest, daß die Lösung der Judenfrage im Generalgouvernement federführend beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD liegt und seine Arbeiten durch die Behörden des Generalgouvernements unterstützt würden. Er hätte nur eine Bitte, die Judenfrage in diesem Gebiet so schnell wie möglich zu lösen.

Abschließend wurden die verschiedenen Arten der Lösungsmöglichkeiten besprochen, wobei sowohl seitens des Gauleiters Dr. M e y e r als auch seitens des Staatssekretärs Dr. B ü h l e r der Standpunkt vertreten wurde, gewisse vorbereitende Arbeiten im Zuge der Endlösung gleich in den betreffenden Gebieten selbst durchzuführen, wobei jedoch eine Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden müsse.

Mit der Bitte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an die Besprechungsteilnehmer, ihm bei der Durchführung der Lösungsarbeiten entsprechende Unterstützung zu gewähren, wurde die Besprechung geschlossen.

"Begleitschreiben"

Der Chef
der Sicherheitspolizei und des SD

Auswärtiges Amt
D III 29. g. Rs.
Eing. 2. MRZ 1942

IV B 4 - 1456 41 gRs. (1344)

Geheime Reichssache!

An den
Herrn Unterstaatssekretär L[illegible]
im Auswärtigen Amt

Berlin W 8
Wilhelmstr. 74/76

Lieber Parteigenosse Luther!

Als Anlage übersende ich das Protokoll über die am 20.1.1942 stattgefundene Absprache. Da nunmehr erfreulicherweise die Grundlinie hinsichtlich der praktischen Durchführung der Endlösung der Judenfrage festgelegt ist und seitens der hieran beteiligten Stellen völlige Übereinstimmung herrscht, darf ich Sie bitten, Ihren Sachbearbeiter zwecks Fertigstellung der vom Reichsmarschall gewünschten Vorlage, in der die organisatorischen, technischen und materiellen Voraussetzungen zur praktischen Inangriffnahme der Lösungsarbeiten aufgezeigt werden sollen, zu den hierfür notwendigen Detailbesprechungen abzustellen.

Die erste Besprechung dieser Art beabsichtige ich am 6. März 1942, 10.30 Uhr, in Berlin, Kurfürstenstrasse 116, abhalten zu lassen. Ich darf Sie bitten, Ihren Sachbearbeiter zu veranlassen, sich dieserhalb mit meinem zuständigen Referenten, dem SS-Obersturmbannführer E i c h m a n n , ins Benehmen zu setzen.

H e i l H i t l e r !
Ihr

1 Anlage!

Man tritt an den Kanzler durch die Reichskanzlei heran. Kurz gesagt, die Reichskanzlei dient als Sekretariat des Kanzlers auf dem zivilen Verwaltungsgebiet. Offensichtlich hatte sie nichts mit der Wehrmacht zu tun.

Die Reichskanzlei bereitet für den Kanzler die von ihm benötigten Dokumente vor.

Die Reichskanzlei trifft keinerlei Entscheidungen in bezug auf die Politik der Regierung. Sie ist kein Ausführungsorgan und sieht deswegen nicht ihre Aufgabe darin, politische Entscheidungen durchzusetzen. Entscheidungen, die von der Reichskanzlei stammen, sind die des Reichskanzlers. Der Reichskanzler war Hitler.

Zu den Aufgaben der Reichskanzlei gehört es, Erlasse zu entwerfen, welche Gesetzeskraft hatten. LAMMERS als Chef der Reichskanzlei war für diese Aufgabe ganz besonders gut ausgerüstet. Er war Fachmann im Entwerfen von Gesetzen. Aber er erfüllte nur eine rein technische Aufgabe bei der Formulierung von Gesetzen und Erlassen. Der Inhalt der Gesetze und Erlasse stammte von anderen: Im Falle von Führererlassen von Hitler und im Falle von Reichsgesetzen von den Mitgliedern der Reichsregierung....

In der Regel hatte der Leiter der Reichskanzlei den Titel Staatssekretär und das war auch anfänglich LAMMERS Amtsbezeichnung....

Er hielt auch den Titel Chef der Reichskanzlei, aber das beeinflußte nur seine Bezeichnungen zu dem in der Reichskanzlei arbeitenden Personal. Seine Rechtszuständigkeit wurde dadurch nicht erweitert. ...

Ein Stabchef ist z.B. Berater seines Kommandeurs. LAMMERS war kein Berater Hitlers. Ein Stabchef ist der Stellvertreter des Kommandeurs, und in seiner Abwesenheit führt er für ihn das Kommando. LAMMERS war kein Stellvertreter Hitlers und erfüllte keine seiner Aufgaben während dessen Abwesenheit. Wenn ein Stabchef unter den erwähnten Umständen nicht schuldig befunden werden kann, dann kann a fortiori LAMMERS nicht schuldig befunden werden, weil er die Hitler-Erlasse formulierte. Des weiteren forderte der vom Stabchef unterzeichnete Befehl die Begehung eines Verbrechens bei seiner Durchführung. Bei den Erlassen, die LAMMERS unterschrieb, war dem nicht so."... [21][22]

21) "Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß", Schwäbisch Gmünd 1950, S. 315 - 316.

22) "Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. Nov. 1945 - 1. Okt. 1946", Nürnberg 1947 (= IMT), Bd. XI, S. 61 - 63.

Sprachstil

Der Sprachstil des von Robert Kempner vorgelegten und in den Wilhelmstraßen-Prozeß "eingeführten" "Protokolls" der Wannsee-Konferenz enthält so viele undeutschen Sprachschnitzer, die eine gesonderte Analyse notwendig machen. Sie belegen, daß schon vom Sprachgebrauch her das sogenannte "Dokument" nicht authentisch sein kann. Es muß vielmehr von Leuten zusammengestellt worden sein, die mit der deutschen Sprache zumindest keinen langjährigen Kontakt mehr hatten.

1. Beispiel: (Text: "Protokoll"-Seite 5)

"Um den deutschen Devisenschatz zu schonen, wurden die jüdischen Finanzinstitutionen des Auslandes durch die jüdischen Organisationen des Inlandes verhalten, für die Beitreibung entsprechender Devisenaufkommen Sorge zu tragen. Hier wurden durch diese ausländischen Juden im Schenkungswege bis zum 30.10.1941 insgesamt rund 9.500.000 Dollar zur Verfügung gestellt."

Ein Deutscher würde sich so nicht ausdrücken. Weder das Wort "verhalten" noch das Wort "Hier" passen. Das doppelte "wurde" stört. Die "Beitreibung entsprechender ...aufkommen" ist ebenso fremdländisch wie "im Schenkungswege". Daß "jüdische Finanzinstitutionen verhalten" oder was auch immer "wurden", ist ganz unmögliches Deutsch. Es wäre so zu formulieren:

Jüdische Organisationen des Inlandes haben unter Einschaltung jüdischer Banken des Auslandes auf dem Schenkungswege entsprechende Devisen ... hierfür zur Verfügung gestellt.

Der Sachstand ist auch inhaltlich falsch "vorgetragen", wenn lediglich Schenkungen von Auslands-Juden erwähnt gewesen sein sollten. Denn das wesentliche Devisenaufkommen für die Auswanderung der Juden aus Deutschland ist durch das Transfer-Abkommen geregelt gewesen,[23] das eine rein kaufmännische Handelsbasis mit Palästina beinhaltete. Es ist nicht glaubhaft, wenn Heydrich ausgerechnet diesem qualifizierten Teilnehmerkreis dieses Transfer-Abkommen verschwiegen und keiner der Anwesenden darauf hingewiesen haben sollte.

Bei diesem Beispiel vereinigt sich fremdländischer Sprachstil mit sachwidrigem Inhalt, der nur fremdländischen Dokumentenfälschern ins Konzept passen konnte. Auf die in diesen Text eingeflossene zehnfach überhöhte Zahl wird noch gesondert hingewiesen werden.

23) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 26.

2. Beispiel: (Text: "Protokoll"-Seite 5)

"Anstelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten."

Die Satzteile sind total durcheinander geraten. Es müßte heißen: *"Nach entsprechender ... Genehmigung durch den Führer ist nunmehr ... anstelle der Auswanderung die Evakuierung ... getreten."*

So verschwommen und fremdländisch — "als Lösungsmöglichkeit ... ist die Evakuierung getreten", das Wort "vorheriger" ist völlig überflüssig! — konnte nur jemand formulieren, der nicht genau über den Sachstand unterrichtet ist. Wäre er dies, so hätte er bereits gewußt ob der Führer die Evakuierung genehmigt hat oder nicht. Daß er in dieser Frage das letzte Wort hatte, war jedem Teilnehmer ohnehin klar. Doch da offensichtlich in keinem Ministerium ein aide memoire dieser Wannsee-Konferenz aufgefunden worden war — oder man nach 1945 kein solches hatte auffinden wollen, da von "Vernichtung der Juden" nichts dokumentiert war —, mußte ein Fälscher eine verschwommene Ausdrucksweise wählen, weil ja Teilnehmer als Zeugen noch lebten und Tatsachenbehauptungen womöglich hätten widerlegen können.

3. Beispiel:

Der nachfolgende Satz auf Textseite 5 widerspricht dem zuvor zitierten Satz. Dort hieß es, anstelle der Auswanderung sei als "weitere Lösungsmöglichkeit" die Evakuierung getreten. Nun seien "diese Aktionen" — also die Evakuierungen — "jedoch lediglich Ausweichmöglichkeiten" (unzulässiger Plural), also keine "endgültige Möglichkeit zur Lösung".

Fremdländisch sind "jedoch" und "doch" im Haupt- und Nebensatz, der Passus "im Hinblick auf die kommende Endlösung" anstatt "künftige" und "von wichtiger Bedeutung" (Doppelung).

4. Beispiel: (Text: "Protokoll-Seite 8)

"Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, ..."

Die Niederschrift eines Konferenzberichtes ist knapp und kann ohnehin nicht alle vorgetragenen Worte enthalten. Die vorgenannte Formulierung fällt aus dem

Rahmen einer normalen Diktion und ist nur verständlich für jemanden, der in einen Text etwas hineinmogeln und ausschmücken will. Die Wortkombination "allfällig endlich verbleibende Restbestand" ist im deutschen Sprachgebrauch nicht üblich, nicht einmal bekannt.

5. Beispiel: (Text: "Protokoll"-Seite 8)

"Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug ...'

So drückt sich ein Deutscher nicht aus, schon gar nicht ein höherer Offizier. Soll dieser Satz auf die Zukunft verweisen, so müßte er heißen: "Die zu evakuierenden Juden werden ...". Soll hingegen die Evakuierung schon stattgefunden haben, also die Vergangenheit betreffen, so bedürfte es keines auf die Zukunft verweisenden Wortes "werden". — Wir wissen nachzufühlen, daß die Grammatik einer fremden Sprache durchaus schwierig sein kann.

6. Beispiel: (Text: "Protokoll"-Seite 9)

"Bezüglich der Behandlung der Endlösung in den von uns besetzten und beeinflußten europäischen Gebieten ..." (S. 9 des Textes)

— auf S. 14 des Textes im gleichen undeutschen Stil:

"Bezüglich der Frage der Auswirkung der Judenevakuierung "

Wie will man eine "Endlösung" "behandeln"? Der Arzt behandelt einen Patienten, aber wie wollte er eine "Lösung" "behandeln"?

Allein die Formulierungen "im Hinblick auf" (= 8 x), "bezüglich" (= 2 x), "im Zuge" (= 5 x), "hinsichtlich" (= 2 x), "Lösung" (= 23 x), "Fragen" (= 17 x), "Problem" (= 8 x), "Bereinigen" (= 3 x) — zuweilen sogar mehrfach in ein und demselben Satz künden von einem so mangelhaften Wortschatz, daß ein Ausländer als Schreiber zu unterstellen ist. Dann die Ausdrücke wie "Lösung der Frage", "der Lösung zugeführt", "Lösungsarbeiten", "Regelung der Frage", "Regelung des Problems", "Lösungsmöglichkeiten zur Bereinigung der Mischlingsfragen", "Lösungsmöglichkeit des Problems", "restlose Bereinigung des Problems", "Mischlingsproblem endgültig zu bereinigen", "praktische Durchführung" (als ob es auch eine "unpraktische" Durchführung gäbe!) sind, zumal in unablässiger Wiederholung fremdländisch, aber nicht deutsch. Da werden tatsächlich "die wesentlichsten Kernfragen in dieser Hinsicht einer Lösung zugeführt", "die verschiedenen Arbeiten der Lösungsmöglichkeiten besprochen", da würde "mit der Endlösung dieser Frage im Generalgouvernement begonnen".

Da gibt es tatsächlich "eine wichtige Bedeutung", eine "Auswanderungsforcierung", eine "Parallelisierung der Linienführung", mehrfach "Zentralinstanzen" und "Instanzen der Partei", "Orientierung" und "irgendwelche Lebensgebiete". Vom undeutschen mehrfach hintereinander geschachtelten Genetiv wollen wir schon gar nicht weiter reden. — Und das ausgerechnet bei den Führungskräften der auf eine gute deutsche Sprache bedachten Partei!

Solche stilwidrigen Stolperschritte findet man in der Tat aufstoßend häufig bei vielen ähnlich gefälschten Papieren, so daß schon von daher auf ein und dieselben ausländischen "Schwarze-Propaganda-macher" im amtlichen Dienst zu schließen ist. Diese haben sich bekanntermaßen keinerlei Hemmungen in ihrer auf Lüge und Betrug ausgerichteten Fälscherarbeit auferlegt.

7. Beispiel: (Text: "Protokoll"-Seite 9)

"Zur Regelung der Frage in Ungarn ist es erforderlich, in Zeitkürze, einen Berater für Judenfragen der Ungarischen Regierung aufzuoktroyieren."

Würde man die überflüssigen Worte "zur Regelung der Frage" fortlassen, so wäre der erste Satzteil stilvoller und einem Protokoll gemäßer. Der zweite Satzteil ist grammatikalisch falsch zusammengesetzt (das Subjekt gehört an die erste, nicht die zweite Stelle) und enthält zwei im deutschen unübliche Worte ("Zeitkürze", "aufzuoktroyieren"); er müßte heißen: "*... der ungarischen Regierung kurzfristig einen Berater für Judenfragen zu oktroyieren*".

8. Beispiel: (Text: "Protokoll"-Seite 14)

"Zur Vereinfachung des Mischehenproblems müßten ferner Möglichkeiten überlegt werden mit dem Ziel, daß der Gesetzgeber etwa sagt: 'Diese Ehen sind geschieden'."

Stil und Aussage dieses Satzes sind unmöglich! Nur jemand, der sich in der deutschen Sprache nicht richtig ausdrücken kann, verfällt in eine solche Formulierung! Das Verb im Satz vorzuziehen "überlegt werden mit dem Ziel" ist typisch angelsächsischer Stil; im deutschen müßte es heißen: "mit dem Ziel überlegt werden". Der gesamte Satz müßte — deutschem Stil gemäß — anders formuliert werden, z.B. so: "*Ferner müßte — um das Problem zu vereinfachen — überlegt werden, inwiefern der Gesetzgeber Scheidungen in Fällen von Mischehen erleichtern könnte*".

Eine Anfrage bei Staatssekretär Dr. Freisler (RJM)

a) welche vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten für den Gegenstand der Erörterung vorliegen,

b) wie und wann der Gesetzgeber Neuregelungen treffen könnte,

c) welche Neuregelungen für angebracht gehalten würden,

in Verbindung mit dem Auftrag, das Ergebnis dieser Expertise dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD nebst Kopien an die Anwesenden zuzuleiten, wäre angebrachter gewesen als vorgenannte unrealistische Reaktionen.

Sachwidriger Inhalt

Neben der verfehlten Aufgabenstellung dieser Konferenz enthält der Text des sogenannten "Protokolls" eine Reihe von Sachfehlern, die für sich allein genommen diese "Erinnerungs-Niederschrift" eindeutig als Fälschung klassifizieren.

1. Beispiel:

Auf Seite 5 des Textes ist vermerkt, daß Heydrich vorgetragen haben soll, das Auslandsjudentum habe "im Schenkungswege" zwecks Förderung der Auswanderung aus Deutschland "bis zum 30. Oktober 1941 insgesamt rund 9.500.000 Dollar zur Verfügung gestellt". Das sind also 9,5 Millionen Dollar.

Wir haben diese Zahl überprüft: diese Summe ist falsch; sie ist um mehr als das Zehnfache vergrößert. Edwin Black, ein junger, arbeitssamer jüdischer Autor in Amerika, der nach langjährigen Forschungen im Jahre 1984 (New York) sein Buch "The Transfer Agreement — The Untold Story of the Secret Pact Between the Third Reich and the Jewish Palestine" herausgebracht hat, schreibt dort auf Seite 377:

"Auf diesem Wege wurden 71.000 Spenden aus allen Teilen der Welt mit einem Gesamtwert von fast 900.000 Dollar nach Palästina umgeleitet und mündeten in den Aufbau der jüdischen Heimstatt ein."

War es schon verdächtig, daß SS-Obergruppenführer Heydrich bei seinem historischen Rückblick der versammelten Prominenz nichts vom Transfer-Abkommen und dessen seit 1933 förderlichen Wirkungen für die Auswanderung von Deutschland nach Palästina berichtet haben sollte, so beweist diese falsche Zahlenangabe von "9.500.000 Dollar" einwandfrei, daß das sogenannte "Protokoll" eine Fälschung aus dem Lager des Gegners ist. Denn nur jene Leute konnten ein Interesse an der Aufblähung dieser Zahl um mehr als Zehnfache und dem Verschweigen des anderen Sachverhaltes haben.

2. Beispiel: (Text: "Protokoll"-Seite 5)

"Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht, die sich wie folgt auf die einzelnen Länder verteilen: ... England = 330.000, Irland = 4.000, Italien = 58.000, Portugal = 3.000, Schweden = 8.000, Schweiz = 18.000, Spanien = 6.000, Türkei = 55.000 ..."

Angeklagtenbank im Wilhelmstraßenprozeß 1948, Urteil am 14.4.1949. Angeklagt: 4 Minister des Dritten Reiches, 7 Staatssekretäre und weitere 10 höhere Beamte.
1. Reihe v.l.n.r. (in Klammern = Strafmaß des US-Mil.-Tribunals): v. Weizsäcker (7 J.), Steengracht (7 J.), Keppler (10 J.), Bohle (5 J.), Wörmann (7 J.), Ritter (4 J.), Erdmannsdorff (Freispruch), Veesenmayer (20 J.), Lammers (20 J.),
Stuckart (3 J. 10 Mon.), **Darré (7 J.).**

2. Reihe: Dietrich (7 J.), Berger (25 J.), Schellenberg (6 J.), Schwerin v. Krosigk (10 J.), Puhl (5 J.), Rasche (7 J.), Körner (15 J.), Pleiger (15 J.), Kehrl (15 J.).
Angeklagter Otto Meissner fehlt wegen Krankheit (Freispruch).

Wir haben hier lediglich jene Länder noch einmal erwähnt, die mit Sicherheit "im Zuge der Endlösung" nicht in Betracht kommen konnten, die der "Protokoll"-text jedoch auf Seite 6 ohne jedweden Unterschied zu den anderen Ländern aufführt. Doch diese Länder hatte Heydrich am 20.1.1942 mit absoluter Sicherheit **nicht** erwähnt haben können. Für solche Erwägungen fehlten jegliche Voraussetzungen. Und außerdem wußte Heydrich sehr genau — ebenso wie Chaim Weizmann [24]), daß seinerzeit in ganz Europa höchstens 6 Millionen Juden gelebt haben. Das wußten aber auch seine versammelten Staatssekretäre. Es wäre unverständlich, wenn sich bei einem solchen Punkt — sowohl was die behaupteten Zahlen als auch die angegebenen Länder betrifft — keine erregte Debatte entwickelt hätte, saßen doch nicht etwa Schulbuben am Tisch. Doch von einer solchen Debatte weiß das "Protokoll" nichts. Derartige Zahlen und Länder konnte nur jemand einfügen, der ein Interesse daran hatte, die Größenordnung des Vorhabens aufzublähen, um über die später zur "symbolischen Zahl" werdenden 6 Millionen hinaus noch eine eindrucksvolle Millionenziffer für Sterilisationsopfer und dergleichen zur Verfügung zu haben, wie wir dies aus einer Reihe anderer Dokumentenfälschungen her bereits kennen.

3. Beispiel: (Text: "Protokoll"-Seite 9)

Schwierigkeiten bei der "Behandlung des Problems" hielt Heydrich "besonders in Ungarn und Rumänien" für möglich. Doch ausgerechnet in jenen Ländern war eine anti-jüdische Stimmung virulent. Doch dort, wo Heydrich angeblich "keine Schwierigkeiten" sah — abgesehen von den vorgenannten Ländern wie England usw.! —, in Italien, Frankreich, besonders im unbesetzten Süd-Frankreich, Norwegen, Dänemark usw. mußten die erkennbaren Schwierigkeiten gewaltig sein.

4. Beispiel: (Text: "Protokoll"-Seite 7)

"Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt. ..."

Unter "straßenbauend in diese Gebiete geführt werden" ist dem deutschen Sprachgebrauch zufolge zu verstehen, daß diese "Hinführung" entsprechend den jeweils von den Hinzuführenden fertiggestellten Straßenabschnitten erfolgen sollte. Dies widerspricht jedoch dem Satz davor, der im Osten einen "Arbeitseinsatz in geeigneter Weise" beschrieb, sowie dem nachfolgenden 3. Absatz, der Transporte nach dem Osten angibt. Auch auf Seite 14 wird erwähnt, daß es begrüßt würde, im Generalgouvernement mit der "Endlösung" zu beginnen, "weil hier das Transportproblem keine übergeordnete Rolle spielt", nicht etwa deshalb, weil man hier "straßenbauend" die meisten Aufgaben zu bewältigen habe. Nein, "Juden müßten so schnell wie möglich aus dem Gebiet des Generalgouvernements entfernt werden". "So schnell wie möglich entfernen" und "straßenbauend hinführen" widerspricht sich jedoch. Niemanden hat dies jedoch zum Widerspruch oder zur Diskussion, nicht einmal zu einer einzigen Frage bewogen! Offenbar hatte Deutschland als Staatssekretäre nur Schwachsinnige aufzubieten!

Im übrigen ist auch nach dem Krieg nie eine Straße bekannt geworden, die durch "Hinführen von Juden" in Richtung Osten gebaut worden sein soll. Entsprechend gibt es keine Nachweise für solche Baukolonnen — weibliche Baukolonnen schon gar nicht! —, Unterkünfte, "Hinführungsbewegungen", Opferstätten.

5. Beispiel: (Text: "Protokoll"-Seite 8)

"Es ist beabsichtigt, Juden im Alter von über 65 Jahren nicht zu evakuieren, sondern sie einem Altersghetto — vorgesehen ist Theresienstadt — zu überstellen."

Wie kann man jemanden in ein Altersghetto überstellen, wenn man ihn nicht evakuiert und eine freiwillige Umsiedlung nicht zu erwarten ist? Dieser Terminus wird im sog. "Protokoll" sogar wiederholt. Der Begriff "evakuieren", der hier in einem Sinn, die unter 65jährigen Juden betreffend, verwendet wird, steht jedoch im Widerspruch zu den bereits vorgenannten Ausführungen des Textes.

Motorisierte Entlausungsanstalten, bereits 1939 im Polenfeldzug den Verbänden der Wehrmacht zur Bekämpfung der Flecktyphusgefahr zugeteilt.

24) Chaim Weizmann, "Reden und Aufsätze 1901 - 1936", jüd. Buchverlag Erwin Löwe, Berlin 1937, S. 274.

6. Beispiel: (Text: "Protokoll"-Seite 14)

"Staatssekretär Dr. Bühler stellte fest, daß das Generalgouvernement es begrüßen würde, wenn mit der Endlösung dieser Frage im Generalgouvernement begonnen würde. ..."

"Das Generalgouvernement würde es begrüßen" ist ohnehin eine ungebräuchliche Ausdrucksweise. Es hätte zumindest zum Ausdruck gebracht werden müssen, w e r es im Generalgouvernement begrüßen würde. Was das bisherige "Protokoll" an Information über die mysteriöse "Endlösung" hergibt, konnte die angebliche Reaktion Dr. Bühlers nicht ausgelöst haben, war es doch überhaupt nicht abgeklärt, ob nicht unter den Begriff "Gebiete im Osten" auch das Generalgouvernement fallen sollte. Hier hätte die erste Frage Dr. Bühlers ansetzen müssen, zumal doch die ersten Transporte mit deportierten Juden gerade dort ausgeladen und Arbeitseinsätze — als vorgetragene Aufgabe im Rahmen der "Endlösung" — organisiert worden waren. Heydrich teilte soeben eine neue Planungsmaßnahme der Reichsführung ohne Abstimmung mit Dr. Hans Frank mit, die weder Dr. Bühler noch dem Generalgouverneur bekannt war. Anstatt "den Beginn im Namen des Generalgouvernements" mit persönlichen Vorschlägen "zu begrüßen" — dafür hatte Dr. Bühler keine Kompetenz! —, wäre es normal gewesen, hätte er sich erkundigt, welche Bedeutung die neuen Erwägungen mutmaßlich für das Generalgouvernement haben sollten, damit er Dr. Frank davon unterrichten und ihn zu entsprechenden Entscheidungen bewegen könne. Auch wäre allenfalls noch sein fachlicher Rat gefragt gewesen, ob das Generalgouvernement seiner Kenntnis nach Möglichkeiten für die Aufnahme von Transporten und Arbeitseinsätze zur Verfügung stellen könnte, und wenn ja, in welchem Zeitraum und in welcher Region. Daß Juden "im Zuge der Endlösung" auch aus dem Generalgouvernement weiter nach Osten evakuiert werden sollten, davon hatte Heydrich kein Wort geäußert.

Auch bei diesem Sachbezug stellen wir Ähnliches fest, wie bei den anderen Punkten: Ein Teilnehmer bringt einen Beitrag in die Tagesordnung — als "Debatte" oder "Diskussion" kann man diese Einwürfe dem "Protokoll"-text zufolge ja nicht bezeichnen! — ein, der zur Schlußfolgerung überhaupt nicht berechtigte und abwegig war, und keiner der Teilnehmer findet das merkwürdig und hinterfragt Einzelheiten.

Dr. Bühler hatte zudem — stets dem "Protokoll"-text zufolge — für Diskussionen im Kameradenkreis ja noch reichlich mehr Stoff geliefert: Sein Hinweis, daß "die Mehrzahl der Fälle im Generalgouvernement arbeitsunfähig sei" (welches deutsch!), machte ja ausgerechnet sein Gebiet nicht geeignet, die Evakuierung der dortigen Juden zwecks "Arbeitseinsatz im Osten" als besonders vordringlich hervorzuheben, um die "Lösung der Frage" damit zu beginnen.

Die weiteren angeblichen Äußerungen Dr. Bühlers, daß "die Lösung der Judenfrage im Generalgouvernement federführend beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD liegt und seine Arbeiten durch die Behörden des Generalgouvernements unterstützt würden", können so gar nicht stimmen. Dr. Bühler hatte ja wohl keine Vollmacht, den Generalgouverneur Dr. Hans Frank eigens zu entmachten. Bisher wußte Dr. Bühler von einer solchen "Federführung" nichts, denn erst wenige Minuten zuvor hatte Heydrich — dem "Protokoll" zufolge — "seine Bestellung zum Beauftragten für die Vorbereitung ..." und seine "Federführung bei der Bearbeitung ..." (welches deutsch!) mitgeteilt.

Zu unterstellen, daß ein Staatssekretär bei einem so weiträumigen und diffizilen Thema nichts anderes zu äußern hat, als zu wiederholen, was Heydrich vorher als Versammlungsleiter und Beauftragter selbst gesagt hat, und zu beteuern, daß seine Behörden ihn unterstützen würden, zeugt von mangelndem Realitätssinn. Derartige Formulierungen sind nur verständlich für einen Dokumentenfälscher, der nichts Sachliches mehr zu fantasieren wußte, das "Dokument" jedoch zu verlängern wünschte, um es durch Umfang "glaubwürdiger" erscheinen zu lassen, und der wußte, daß Dr. Bühler anläßlich des IMT-Verfahrens sich als Zeuge des Ausdrucks bedient hatte, daß "die Federführung beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD liegt". Das aber war am 23. April 1946, und nicht am 20. Januar 1942.

Es ist sinnvoll, in die vorliegende Analyse Dr. Bühlers Aussage vom 23.4.1946 als Zeuge vor dem IMT in diesen Zusammenhang einzubringen:

"Dr. Bühler: ...

Im Laufe des Jahres 1940 und 1941 waren unheimliche Menschenmassen, meist Juden, gegen den Einspruch und die Proteste des Generalgouverneurs und seiner Verwaltung in das Generalgouvernement hereingeführt worden. Dieses völlig unerwartete, unvorbereitete und unerwünschte Hereinführen der jüdischen Bevölkerung anderer Gebiete hat die Verwaltung des Generalgouvernements in eine außerordentlich schwierige Lage gebracht.

Die Unterbringung dieser Menschenmasse, ihre Ernährung und ihre gesundheitliche Betreuung, wie Seuchenbekämpfung, gingen beinahe, oder man darf ruhig sagen, bestimmt über die Kraft des Gebietes. Besonders bedrohlich war die Ausbreitung des Fleckfiebers, nicht nur in den Ghettos, sondern auch unter der polnischen Bevölkerung und auch unter den Deutschen des Generalgouvernements. Es schien, als wolle sich die Seuche auch im Reich und im Osten an der Front, vom Generalgouvernement ausgehend, verbreiten.

In dieser Situation kam diese Einladung Heydrichs an den Generalgouverneur. Die Besprechung sollte ursprünglich bereits im November 1941 stattfinden, wurde dann aber mehrmals abgesetzt und dürfte stattgefunden haben im Februar 1942.

Ich hatte Heydrich wegen der besonderen Probleme des Generalgouvernements um eine Einzelbesprechung gebeten und er hat mich hierzu empfangen. Hierbei habe ich ihm unter vielem anderen besonders die katastrophalen Verhältnisse geschildert, die infolge des eigenmächtigen Hereinführens jüdischer Bevölkerung in das Generalgouvernement entstanden waren. Er hat mir daraufhin erklärt, daß er gerade deshalb den Generalgouverneur zu

dieser Besprechung eingeladen habe. Der Reichsführer-SS habe vom Führer den Auftrag erhalten, die gesamten Juden Europas zusammenzufassen und im Nordosten Europas, in Rußland, anzusiedeln. Ich fragte ihn, ob das bedeute, daß die weitere Hereinführung jüdischer Bevölkerung in das Generalgouvernement unterbleibe, und daß dem Generalgouvernement die vielen Hunderttausende von Juden, die ohne Erlaubnis des Generalgouvernements hereingeführt worden waren, wieder abgenommen würden. Heydrich hat mir beides in Aussicht gestellt. Heydrich hat weiter erklärt, daß der Führer Befehl erteilt habe, die Protektoratstadt Theresienstadt als Reservat einzurichten, in welchem weiterhin alte und kranke Juden und schwächliche Juden, welche den Strapazen einer Umsiedlung nicht mehr gewachsen seien, unterzubringen seien. Aus dieser Mitteilung habe ich die bestimmte Überzeugung mitgenommen, daß die Umsiedlung der Juden, wenn auch nicht den Juden zuliebe, so um des Rufes und des Ansehens des deutschen Volkes willen, in humaner Weise vor sich gehen würde. Die Aussiedlung der Juden im Generalgouvernement wurde in der Folgezeit ausschließlich durch die Polizei durchgeführt.

"Auch das war das Gesicht des Nationalsozialismus: unauffällig, bieder — die Banalität des Bösen. Abgeordnete der NSDAP auf dem Weg in den Preußischen Landtag."
Foto Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. August 1982

Und ein solcher Kommentar zu diesem Foto soll keine Volksverhetzung sein? Den Gesetzen und der Rechtspraxis in der Bundesrepublik zufolge ist sie das tatsächlich nicht! — An diesem "harmlosen" Beispiel wird jedoch deutlich, in welchem Ausmaß uns heute allerorten Verlogenheit und haßtriefende Interpretation begegnen, sobald irgendetwas vom Nationalsozialismus zur Sprache gebracht wird. Jemand sollte heute einmal wagen, ein analoges Foto Abgeordneter der CDU, SPD oder FDP mit einem solchen Kommentar zu versehen! Die Staatsanwaltschaft würde rotieren!

Ich darf noch ergänzen: Heydrich hat besonders verlangt die ausschließliche und ungestörte Zuständigkeit und Federführung in dieser Angelegenheit für sich, seinen Geschäftsbereich und seine Organe." 25)

7. Beispiel:

(Text: "Protokoll"-Seite 9)

"Der Beginn der einzelnen größeren Evakuierungsaktionen wird weitgehend von der militärischen Entwicklung abhängig sein ..."

Der Text des sogenannten "Protokolls" ist falsch.

Der Sachverhalt war hingegen so, wie er dem Text der im Wilhelmstraßen-Prozeß zitierten Einladung vom 29.11.1941 zu entnehmen ist:

"... zumal seit dem 15.10.1941 bereits in laufenden Transporten Juden aus dem Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren nach dem Osten evakuiert würden ."

Die Transporte waren tatsächlich schon angelaufen, ohne daß sich dies aus Görings Anweisungen folgern ließe. Heydrich hätte somit nicht auf einen zukünftigen "Beginn" verweisen können.

"Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Generalfeldmarschall Göring

Berlin, den 24. Januar 1939

An den
Herrn Reichsminister des Innern
in Berlin

Die Auswanderung der Juden ist mit allen Mitteln zu fördern.

Im Reichsministerium des Innern wird aus Vertretern der beteiligten Dienststellen eine Reichszentrale für die jüdische Auswanderung gebildet. Die Reichszentrale hat die Aufgabe, für das gesamte Reichsgebiet einheitlich

1.) alle Maßnahmen zur V o r b e r e i t u n g einer verstärkten Auswanderung der Juden zu treffen, u.a. eine zur einheitlichen Vorbereitung von Auswanderungsgesuchen geeignete jüdische Organisation ins Leben zu rufen, alle Schritte zu tun, um die Bereitstellung und zweckentsprechende Verwertung in- und ausländischer Geldmittel zu erwirken, und in Zusammenarbeit mit der Reichsstelle für das Auswanderungswesen geeignete Zielländer für die Auswanderung festzustellen,

2.) die Auswanderung zu l e n k e n , u.a. für eine bevorzugte Auswanderung der ärmeren Juden zu sorgen,

3.) die Durchführung der Auswanderung im E i n z e l f a l l zu beschleunigen, indem sie durch zentrale Bearbeitung der Auswanderungsanträge die für den einzelnen Auswanderer erforderlichen staatlichen Ausweise und Bescheinigungen schnell und reibungslos beschafft und den Vollzug der Auswanderung überwacht.

Die Leitung der Reichszentrale übernimmt der Chef der Sicherheitspolizei. Er bestimmt den Geschäftsführer und regelt die Geschäftsführung der Reichszentrale.

Über die Arbeit der Reichszentrale ist mir laufend zu berichten. Vor grundsätzlichen Maßnahmen ist meine Entscheidung einzuholen.

Außer den Vertretern der sonst beteiligten Dienststellen gehören dem Ausschuß der Gesandte Eisenlohr als Beauftragter für amtliche zwischenstaatliche Verhandlungen und der Ministerialdirektor Wohltat als der Beauftragte für die Verhandlungen über den Rublee Plan an.

gez. Göring" 26)

■□■□■□■□■□■□■□■□■□■□■

25) IMT aaO. Bd. XII, S. 79.

26) Dok. Nr. 630. — NO.Ng — 2586 — A —, Exh. Nr. 1443

"Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches
Beauftragter für den Vierjahresplan
Vorsitzender des Ministerrates für die Reichsverteidigung

Berlin, den 31.7.1941

An den Chef der Sicherheitspolizei und des SD
SS-Gruppenführer Heydrich
Berlin

In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlaß vom 24.1.1939 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigsten Lösung zuzuführen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa.

Sofern hierbei die Zuständigkeiten anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen.

Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.

gez. Göring" [27)]

Ungeachtet dieser Aufträge muß eine mündliche Anweisung Hitlers an Himmler und von diesem an Heydrich gegeben worden sein, die Juden aus dem Reichsgebiet zusammengefaßt zu evakuieren. Dazu bedurfte es keiner "Wannsee-Konferenz". Und dies haben auch alle anwesend gewesenen Zeugen so bestätigt.

Diese Zwangsevakuierung wurde — ebenfalls wie die Einführung des Judensterns (im Generalgouvernement gemäß Verordnung vom 23.11.1939, im Reichsgebiet gemäß Verordnung vom 2.9.1941) — auf mehrfaches intensives Drängen des Chefs der deutschen Abwehr, Admiral Canaris mit sicherheitspolitischen Notwendigkeiten und Hinweisen auf die zwangsweise konzentrierte Lagerhaft aller Deutschen in den vom Britischen Empire beherrschten Ländern begründet. Daß Admiral Canaris bereits damals Feindagent war und er alles in Ausnützung seines eminent wichtigen Amtes tat, was der Reichsführung schaden konnte und mußte, war Hitler seinerzeit nicht bekannt.

Richtig ist zwar, daß sich sämtliche Repräsentanten des international organisierten Judentums seit 1933 als im Krieg mit "Hitler-Deutschland" bzw. dem Nationalsozialismus befindlich betrachteten und mit Beginn des eigentlichen militärischen Konfliktes im September 1939 erneut den "Heiligen Krieg für alle Juden in der Welt gegen Deutschland" beteuerten[28)], und daß infolgedessen Deutschland nach Kriegsrecht zur Durchsetzung von Sicherungsmaßnahmen gegenüber den im deutschen Herrschaftsbereich lebenden Juden berechtigt war. Doch ebenso richtig ist auch, daß die Reichsführung nicht 1939, sondern erst 1941 nach Beginn des mörderischen Zweifrontenkrieges mit der Sowjetunion hektisch und so überzogen reagierte, daß sie der feindlichen Propaganda eine Munition lieferte, mit der diese bei der zu erwartenden gewissenlosen Anwendung das Dauerfeuer gegen alle künftigen deutschen Generationen einleiten konnte. Aus Evakuierungsmaßnahmen aus sicherheitspolitischen Gründen wurden so im Bewußtsein der anderen Völker Vernichtungsmaßnahmen, in die — abgesehen von den zusätzlich freien Erfindungen — auch alle sich aus einzelnen Kriegslagen des immer erbitterter werdenden Existenzkampfes ergebenden Übergriffe untergeordneter Organe eingestuft wurden. Daß dabei stets nur die deutsche Seite zur Sprache gebracht, alles andere mit Stillschweigen amnestiert und der Vergessenheit anheimgegeben wurde, versteht sich am Rande. Daß jedoch zur gleichen Zeit die "Großen Alliierten" die Existenzvernichtung Deutschlands als Kriegsziel verkündet haben und mit ihren militärischen Maßnahmen (Bombardierung der Zivilbevölkerung, Partisanenkrieg, Vertreibungspolitik usw.) zu "demonstrieren" pflegten, ist für die rechtliche Würdigung aller dieser Zusammenhänge sehr wesentlich.

8. Beispiel: (Text: "Protokoll"-Seite 13 - 14)

"Sterilisierung der Halbjuden + Mischehen-Juden"

Dieser Punkt "Sterilisierung der Halbjuden und Mischehen-Juden" ist umfangreicher zu untersuchen.

"SS-Gruppenführer Hofmann steht auf dem Standpunkt, daß von der Sterilisierung weitgehend Gebrauch gemacht werden muß; zumal der Mischling vor die Wahl gestellt, ob er evakuiert oder sterilisiert werden soll, sich lieber der Sterilisierung unterziehen würde."

"Von der Sterilisierung muß" also "weitgehend Gebrauch gemacht werden", — weil dadurch weniger evakuiert werden würden. — Nun ist aber Evakuierung zu einem geeigneten Kriegseinsatz in Kriegszeiten erheblich einfacher und zweckmäßiger, als Sterilisierung. Abgesehen von der grundsätzlichen Abartigkeit einer solchen "Alternative" stehen einer Sterilisation außerdem entgegen: Arbeitsausfall, mit Sicherheit zu erwartende dauerhafte Feindseligkeit jedes so "Behandelten", Überlastung und seelische Überforderung der Ärzte, zumal es für solcherart Vorhaben keinerlei gesetzliche Grundlagen gab und eine solche Erwägung, wie gesagt, grundsätzlich abartig ist. — Statt die Krankhaftigkeit und Sabotage der eigenen Kriegführung anzuprangern, führt das "Protokoll" weiter aus, daß Staatssekretär Dr. Stuckart noch einen Keil nachsetzt und sogar die "Zwangssterilisierung" forderte.

27) Dok. Nr. 635 – NO.Ng. – 2586 – E.
28) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 15, S. 40 + Nr. 26, S. 10 ff, 18, 27 ff.

Bekanntlich bestimmte die 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz den Begriff "Jude" dahingehend, daß Halbjuden, Mischlinge geringerer Grade sowie die in Mischehen lebenden, sogenannten privilegierten Juden grundsätzlich nicht von den Nürnberger Gesetzen mit Juden gleichgestellt waren.

Während Kempner das vorangehende Verhör auszugsweise, sozusagen als Protokoll wörtlich zitiert:

"Dr. Kempner: Sie haben früher gesagt, Sie wüßten nicht, was die Endlösung der Judenfrage heißt. Haben Sie es bei dieser Besprechung erfahren?

Stuckart: Nein, ich glaube nicht, daß ich mich täusche, daß von der Endlösung der Judenfrage in einem Sinne, wie er nunmehr in den Begriff hineingelegt wird, gesprochen worden ist.

Dr. Kempner: Heydrich hat in Ihrer Gegenwart klar erzählt, worum es sich handelt?

Stuckart: Das ist völlig ausgeschlossen, sonst wüßte ich es. "

bricht er diese Berichterstattung ausgerechnet bei diesem Thema ab und schildert in eigenen Worten:

"Nachdem daraufhin Stuckart das Protokoll der Wannsee-Konferenz vorgehalten worden war, ging er allmählich dazu über, die von ihm vorgeschlagenen Sterilisierungsmaßnahmen für Halbjuden als Milderung gegenüber den anderen Maßnahmen zu charakterisieren.

Dem Konferenzteilnehmer SS-Oberführer Gerhard Klopfer, zuletzt Staatssekretär in der Parteikanzlei Martin Bormann, fiel die Erinnerung an die Wannsee-Konferenz ebenfalls recht schwer. (Ende 1960 wurde gegen Klopfer ein Ermittlungsverfahren in Ulm eröffnet). Bei seiner Vernehmung am 23. April 1947 in Nürnberg erklärte er:

Dr. Kempner: Wann ist Ihnen dieses ganze Judenausrottungsprogramm bekannt geworden?

Klopfer: Von der Judenausrottung bin ich während meiner Tätigkeit nicht unterrichtet worden, sondern ich habe hierüber mal gerüchtweise davon gehört, und bin auch von Bormann beschwichtigt worden. ..."

Kempner verschleiert hiermit gerade das Wesentliche, was nämlich Dr. Stuckart konkret auf den Text des sogenannten "Wannsee-Protokolls" geantwortet hat, daß die Ermittlungsverfahren gegen Gerhard Klopfer und andere Teilnehmer an der Konferenz wieder eingestellt worden sind. [29)]

Kempner wußte nur noch zu berichten, daß "die meisten Teilnehmer der Wannsee-Konferenz sich fast ausnahmslos aufs Leugnen verlegten" (S. 151).

So ausgedrückt ist das total unwahrhaftig: sie haben nicht den Ablauf der Konferenz "geleugnet", sondern ihn im Gegenteil mehr oder weniger ausführlich und gleichlautend geschildert: sie haben nur den Text des angeblichen "Protokolls" als falsch bezeichnet.

Dabei hat Robert Kempner in seiner Berichterstattung ein großes Kapitel ausgespart, nämlich das des Verteidigungsvorbringens.

Hier ist von jedem Angeklagten oder Zeugen detailliert und sich gegenseitig bestätigend ausgesagt worden, was sich wirklich auf jener Konferenz zugetragen hat. Man braucht dies nur in den Verteidigungsprotokollen, den Zeugenaussagen oder in den Schlußplädoyers der Verteidiger nachzulesen. Der historischen Bedeutung wegen und auch, um Akzentverschiebungen zu vermeiden, sei aus den bisher nicht veröffentlichten Teilen des Wilhelmstraßen-Prozesses, hauptsächlich in bezug auf den Angeklagten Dr. Stuckart, zitiert.

Zunächst die damalige Dienststellung des Angeklagten Dr. Wilhelm Stuckart: 1935 wurde er als Leiter der Abteilung I ins Reichsinnenministerium berufen. Sein Aufgabengebiet: Verfassungs- und Verwaltungsorganistion. Er war Staatssekretär Pfundtner unterstellt, und er blieb dies auch 1938, als er selbst den Staatssekretärtitel erhielt. Zu keiner Zeit war Dr. Stuckart Vertreter des Reichsinnenministers. Auf Grund seiner Dienststellung war Dr. Stuckart zu keiner Zeit befugt, "für sein Ministerium" — das Innenministerium — an einer "Beschlußfassung" in einer Zusammenkunft mit Repräsentanten anderer Ressorts mitzuwirken. Im

Der Älteste der jüdischen Gemeinde in Lodz, Mordecai Chaim Rumkowski, während eines Besuches des Warschauer Ghettos 1941/1942.

Quelle: Lucjan Dobroszycki, "The Chronicle of the Lodz Ghetto 1941 - 1944", Yale University Press, New Haven and London 1984.

29) Vgl. Ausgang des Verfahrens S. 3.

übrigen war er nicht mit Maßnahmen, die Juden betrafen, befaßt, sondern nur mit Rechtsangelegenheiten, die Halbjuden und in gemischten Ehen lebende Juden betrafen.

Und gerade an diesem Punkt betrieb Dr. Stuckart bereits in der Sitzung vom 20.1.1942 gegen SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich eine auch später nachhaltig fortgesetzte Obstruktion mit dem Erfolg, daß diese Gruppen — also Halbjuden und privilegierte Juden — von der zwangsweisen Evakuierung nach Osten ausgespart blieben.

Die Mittel seiner Obstruktion waren jedoch keineswegs sachgemäß, angemessen und verantwortungsbewußt, sondern sie lieferten dem Gegner zündende Schlagworte für seine Nachkriegspropaganda.

Dr. Stuckart hat seine Verteidigung auf die Erklärung gestützt, Heydrich habe auf der Wannsee-Besprechung in die bereits seit dem 15. Oktober 1941 angelaufene Evakuierung der Juden nunmehr auch die Halbjuden und privilegierten Juden einzubeziehen versucht, wozu er weder einen Auftrag noch rechtliche Möglichkeiten hatte. Er bedurfte dafür der Zustimmung der Reichskanzlei und der übrigen Ministerien. Und diese Zustimmung hat er nie erhalten.

Dr. Stuckart gab in der Diskussion zu bedenken, daß zur rechtlichen Regelung solcher Maßnahmen verschiedene Ressorts zur Erörterung eingeschaltet werden müßten (neues Scheidungsrecht usw.), die Öffentlichkeit dadurch verunsichert und beunruhigt würde, die Arbeitsverhältnisse gefährdet würden usw. Ob nun sein hierzu noch nachgesetzter Keil als Sarkasmus gegenüber der grundsätzlichen Absurdität des ganzen Themas zu werten ist oder diesbezügliche Einflüsterungen aus Widerstandskreisen zugrundelagen, wird wohl nicht ganz zu klären sein. Jedenfalls ist es Tatbestand, daß Dr. Stuckart in der Sitzung vorgetragen hat, daß man die Halbjuden und privilegierten Juden eher sterilisieren lassen solle anstatt sie in die Evakuierungsmaßnahmen einzubeziehen. Nachgewiesen und bestätigt ist jedoch auch: Dr. Stuckart hatte sich darüber vergewissert, daß — zudem in der angespannten Kriegslage — eine Sterilisierung von ca. 70.000 in eine solche Kategorie fallenden Menschen aus rechtlichen und materiellen Gründen unmöglich war. Auch sein späteres Bemühen bestätigt, daß er mit seinen "Argumenten" versuchte, Zeit zu gewinnen, um einen solchen Blödsinn zu verhindern. Den Schaden jedoch, den er mit seinen Worten und auch später beibehaltenen Argumenten bis heute angerichtet hatte, ist und bleibt ungeheuer.

Dr. Hans Globke gab als Zeuge im Wilhelmstraßenprozeß zu Protokoll:

"Dr. Stuckart hat die Erstreckung des Juden-Begriffes auf die Halbjuden abgelehnt, sich auch gegen jede sonstige Verschlechterung der Rechtstellung der Halbjuden gewandt. In einer unter Vorsitz Heydrichs abgehaltenen Besprechung hat Dr. Stuckart erreicht, daß die erstrebte Gleichstellung der Halbjuden mit den Juden nicht weiter verfolgt, statt dessen vielmehr eine Sterilisierung der Halbjuden in Aussicht genommen würde. Dr. Stuckart hat sich aber durch Rückfrage bei Dr. Conti (Reichsärzteführer) vorher vergewissert, daß eine solche Sterilisierung während des Krieges nicht durchführbar war. Nachdem die Entscheidung Hitlers ergangen war, die Halbjudenfrage während des Krieges zurückzustellen, hat Dr. Stuckart in meiner Gegenwart geäußert, daß er damit erreicht habe, was er gewollt habe, da er ebenso wenig für die Sterilisierung der Halbjuden wie für ihre Abschiebung sei." (Dr. Wilhelm Stuckart — Dok. Nr. 642)

Dr. Curt Frhr. v. Stackelberg zitierte in seinem Abschlußplädoyer (S. 347) aus dem Protokoll — Dr. Stuckart — S. 24752:

"F.: Ihr Vorschlag, die Sterilisierung aller Halbjuden zu prüfen, diente also nur dazu, Heydrich von der Abschiebung abzubringen?

A. (Dr. Stuckart): Ja. Da ich Heydrichs Abschiebungsabsichten auf alle Fälle durchkreuzen wollte, habe ich als Ablenkungsvorschlag die Sterilisierung aller Halbjuden zur Erwägung gestellt.

F.: Sie haben also die Sterilisierung nicht ernstlich gewollt?

A.: Nein."

Wir zitieren weiter aus dem Schlußplädoyer Dr. Frhr. v. Stackelberg:

"Vor der Referentenbesprechung vom 6.3.1942, an der ein Hilfsreferent des Innenministeriums teilgenommen hat, hat Dr. Stuckart auch diesen noch einmal ausdrücklich über den Zweck seines Vorschlages in der Wannsee-Sitzung unterrichtet, nämlich die Absichten Heydrichs bezüglich der Halbjuden und der privilegierten Juden zu durchkreuzen. Zitat Dr. Stuckart (Protokoll S. 24761):

'Vor der Besprechung vom 6.3.42 habe ich den Referenten darüber unterrichtet, daß ich auf der Wannsee-Sitzung die Sterilisierung aller Halbjuden vorgeschlagen hatte, um ihre Einbeziehung in die Evakuierungsmaßnahmen Heydrichs zu verhindern. Ich habe ihm auch klargemacht, daß die Sterilisierung von mir nicht wirklich gewollt und daß sie technisch gar nicht durchführbar sei, daß also mein Vorschlag nur ein taktisches Manöver sei, um Heydrichs Absichten zu durchkreuzen. Ich wies meinen Referenten an, an diesem Vorschlag solange festzuhalten, als die Evakuierung der Mischlinge zur Erörterung steht, damit wir Zeit gewännen, um Heydrichs Pläne zu Fall zu bringen.' **(Closingbrief S. 348)**

" Nach der Wannsee-Sitzung hat Dr. Stuckart schließlich gegen die Evakuierung der Juden, insbesondere der Halbjuden und privilegierten Juden, in einem Schreiben an den Chef der Reichskanzlei, Dr. Lammers, Stellung genommen und dabei auf den Widersinn hingewiesen, der darin bestehe, deutsche Juden mit deutscher Bildung und deutschen Sprachkenntnissen als Arbeitskräfte nach dem Osten zu transportieren und umgekehrt Sowjetrussen ohne deutsche Sprachkenntnisse und ohne deutsche Bildung als Arbeitskräfte ins Reich zu holen. Er hat in diesem Schreiben Dr. Lammers dringend gebeten, eine neue Entscheidung Hitlers herbeizuführen, durch die die Evakuierung unterbunden würde. Lammers hat durch einen im Anschluß daran erfolgten Vortrag bei Hitler eine Stop-Entscheidung Hitlers herbeigeführt, nach der alle Maßnahmen gegen Juden, privilegierte Juden und Halbjuden bis Kriegsende zurückzustellen waren. Dr. Lammers hat diese Entscheidung dem Reichsministerium des Innern mitgeteilt. Als Dr. Stuckart dieses Schreiben

von seinem persönlichen Referenten vorgelegt wurde, hat er seiner besonderen Genugtuung über diesen erreichten Erfolg gegenüber dem Reichssicherheitshauptamt klar zum Ausdruck gebracht und mit Rotstift an das Schreiben der Reichskanzlei 'Bravo' geschrieben. Dies mag im Mai 1942 gewesen sein." (Closingbrief S. 356 - 357)

Verteidiger Dr. Frhr. v. Stackelberg ergänzte hierzu in seinem Erwiderungsschriftsatz auf den Schlußbrief der Anklage vom 28.10.1948 , S. 81:

"Die Prosecution meint, es sei absurd anzunehmen, daß Hitler eine derartige Stop-Entscheidung getroffen habe. Sie beweist damit nur ihre eigene Unfähigkeit, sich in die damalige Lage hineinzuversetzen. In Wahrheit war es schon aus rein militärischen Gründen vollkommener Wahnsinn, Millionen von Juden quer durch halb Europa zu transportieren und sie kriegswichtiger Arbeit in den Betrieben ihrer Heimat zu entziehen in einer Zeit, wo die Transportmittel und die Arbeitskräfte ohnehin kaum ausreichten, um den unmittelbarsten Bedarf der Truppe zu sichern. Nichts war daher natürlicher, als daß Hitler solchen Erwägungen, die gerade in Stuckarts Schreiben an Lammers dargelegt wurden, zugänglich war."

Insofern hat die Wannsee-Konferenz genau das Gegenteil dessen erbracht, was die alliierten Kriegsgegner Deutschlands ihr unterstellt haben: Statt den Beleg für die Entscheidung zur Judenvernichtung = Stop der Transporte nach Osten!

Nun wird argumentiert, Hitler habe seine Minister hintergangen, denn die Transporte seien ja insgeheim "bis zum Höhepunkt der Judenvernichtung im Jahre 1944" verstärkt weiter durchgeführt worden. Doch diese Argumente halten einer wissenschaftlichen Nachprüfung nicht stand und sind weitestgehend unwahrhaftiger Kriegspropaganda zuzurechnen. Es ist undenkbar, daß solche Maßnahmen nicht den zahllosen Widerstandskreisen, den ausländischen Geheimdiensten bekanntgeworden wären und daß alle dokumentarischen Unterlagen hierüber im Verlauf des Krieges vernichtet und somit nach Kriegsende nicht mehr auffindbar gewesen sein sollten. Weder gibt es für diese Argumente Dokumente aus den Archiven der ehemaligen Reichsbahn noch nachgewiesene Sabotageakte, noch konkret spezifizierte Einzelangaben. Zweifellos war die Reichsbahn bis Kriegsende unentwegt in Betrieb, und es sind auch Gefangene, Internierte, Fremdarbeiter und somit gewiß auch Juden weiterhin mit der Reichsbahn befördert worden, doch unter anderen Voraussetzungen und Bedingungen und Zielrichtungen als jene Sammel-Evakuierungstransporte vom 15. Oktober 1941 bis Mai 1942.

Eine Ghettobrücke in Lodz 1942/1943 zur Hauptverkehrszeit

*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*o*

Wir verweisen in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf den Verteidiger von Dr. Lammers, Rechtsanwalt Dr. Seidl (Seite 32), der vor dem amerikanischen Militärtribunal aussagte, Evakuierungstransporte seien trotz der Stop-Entscheidung weiter durchgeführt worden. Art und Umfang solcher späteren Transporte müßten noch genau untersucht werden, dafür fehlen uns z.Zt. die Überprüfungsmöglichkeiten. Zumindest machen wir darauf aufmerksam, daß andere Verteidiger sich derartigen Aussagen nicht angeschlossen haben. Bis heute stehen uns dafür jedenfalls keine Reichsbahndokumente zur Einsicht zur Verfügung.

Dr. Stuckart hat sich trotz der Kenntnis von der Einstellung der Evakuierungstransporte im Mai 1942 veranlaßt gesehen, die mancherorts fortgesetzten Erörterungen über die Halbjuden und die in Mischehe lebenden Juden endgültig abzustellen. Aus diesem Grunde richtete er am 19.9.1942 an Heinrich Himmler ein privates Dienstschreiben folgenden Inhalts:

"... Zusammenfassend darf ich bemerken, daß ich dem Mischlingsproblem und dem damit zusammenhängenden Problem der Mischehen keinesfalls die aktuelle Bedeutung zubilligen kann, die ihm von anderer Seite zugebilligt wird. Wenn diese Frage nicht immer wieder mehr oder weniger künstlich in den Vordergrund geschoben würde, wäre sie schon längst infolge ihrer inneren Bedeutungslosigkeit für Volk und Reich vergessen und erloschen. Es hat mir auch noch niemand überzeugend dartun können, inwiefern eine ernstliche Gefahr darin bestehen soll, daß ein Bevölkerungsteil, der noch nicht ein tausendstel der Gesamtbevölkerung des Reiches vom Sommer 1939 beträgt, und der sich völlig ruhig und loyal verhält, in seiner jetzt schon außerordentlich eingeengten rechtlichen und tatsächlichen Lage verbleibt, die ihn von jeder Art von Einfluß auf das öffentliche Leben fernhält.

Meines Erachtens erweist man unserer Sache einen schlechten Dienst, wenn man zu der Fülle der immer neu erwachsenden echten Probleme, die der Krieg bringt, auch alte, längst geregelte

Fragen wieder hervorzieht und damit nicht nur überflüssige Arbeit verursacht, sondern auch in weite Kreise der Bevölkerung noch zusätzliche Unruhe hineinbringt, ohne daß auch nur ein einziger stichhaltiger Grund für dieses ganze Vorhaben ersichtlich ist. Unter allen diesen Umständen muß aber gerade diese Beunruhigung behoben werden, die gerade deshalb besonders tief greift, weil auf dem Gebiet der Rassenpolitik, wenn sie überhaupt erst einmal auf das Gebiet der Mischlingsfrage übergegriffen hat, eine natürliche und logische Grenze für das Weitergreifen auf immer fernere Mischlingsgrade erkennbar ist. Eben deshalb aber sollte diese Grenze möglichst deutlich bald und endgültig gezogen werden, und zwar dort, wo die Rassenmischung aufhört, eine ernste Gefahr für Volk und Reich zu bilden.

Da ich zwar nicht der Mischlingsfrage an sich, wohl aber der um sie wieder neu entfachten Aktion kriegswichtige Bedeutung zumesse und ihre Einstellung je eher desto besser für nötig halte, möchte ich versuchen, die Sache bei der ersten sich bietenden Gelegenheit dem Führer vorzulegen, um entweder eine abschließende Entscheidung herbeizuführen, oder doch eine solche, durch die das Problem wenigstens bis zur Beendigung des Krieges zur Ruhe kommt."[30])

Dr. Stuckart hatte offensichtlich Erfolg damit. Sein Verteidiger konnte den US-Militärrichtern erklären:

"Tatsächlich sind diese Personen (Halbjuden und privilegierte Juden) in ihrer Rechtstellung nahezu unangetastet geblieben und damit gerettet worden."
(Closingbrief S. 356)

Im Urteil des Wilhelmstraßen-Prozesses heißt es hierzu:

"Dem Angeklagten ist zugute zu halten, daß er nach unserer Überzeugung lange Zeit gegen die Maßnahmen gegen die Mischlinge mutig gekämpft und versucht hat, für eine wohlwollende Behandlung der Mischehen einzutreten.

Der Entwurf des Briefes an Himmler, welcher im September 1942 abgefaßt worden ist (Beweisstück 2505, Dokumentenbuch 90 I), ist ein Beweis für STUCKARTS innere Überzeugung, auch wenn der Brief selbst vielleicht nicht abgeschickt worden ist. In diesem Brief wiederholt STUCKART zwar seinen auf der Wannsee-Besprechung gemachten Vorschlag über die Unfruchtbarmachung von Mischlingen, es ist aber nicht ganz eindeutig ersichtlich, ob dieser Vorschlag ernsthaft gemeint war oder ob STUCKART diese Lösung nur vorgeschlagen hat, weil er wußte, daß dieses Vorhaben infolge des Mangels an Ärzten und Betten für die Tausende, welche davon betroffen werden würden, doch nicht würde durchgeführt werden können, und weil er glaubte, durch einen solchen Vorschlag noch weitergehende Maßnahmen verzögern und verhüten zu können, so daß der ganze Plan schließlich aufgegeben werden würde. Wir sehen den Tatbestand nicht als zweifelsfrei geklärt an und entscheiden im Zweifel zugunsten STUCKARTS. Soviel steht aber fest, daß niemand die Unfruchtbarmachung als das kleinere Übel vorgeschlagen hätte, wenn er nicht vollständig überzeugt gewesen wäre, daß die Deportation das größere Übel gewesen wäre und den Tod bedeutet hätte."

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß der Angeklagte Dr. Wilhelm Stuckart nach Urteilsverkündung im "Wilhelmstraßen-Prozeß" sich seinen Mitangeklagten mit folgendem Antrag an das Militärtribunal zur Aufhebung der Urteile angeschlossen hat:

"Mit der Begründung,
daß Entscheidung und Urteil den Tatsachen, dem Recht und dem Gewicht der Beweisaufnahme widersprächen, daß dieses Gericht zur Verhandlung und Entscheidung über die vorgebrachten Anklagen nicht zuständig sei, daß weder die behaupteten noch ermittelten Tatsachen den Tatbestand einer Verletzung des Völkerrechts oder der Gesetze der Vereinigten Staaten von Amerika erfüllen und daß die getroffenen Entscheidungen im Widerspruch zu dem Grundsatz eines ordentlichen Gerichtsverfahrens, zu der Verfassung und den Gesetzen der Vereinigten Staaten, dem Völkerrecht und den auf Verfahren in Strafsachen allgemein Anwendung findenden Gesetzen stünden.

Ferner mit der Begründung,
daß die einzelnen Richter wegen Fehlens der Gerichtsbarkeit nicht tätig werden konnten, daß das Gericht als Ganzes niemals gesetzmäßig konstituiert wurde und die von ihm ergangenen Entscheidungen und Urteilssprüche einen Akt der willkürlichen Ausübung militärischer Macht über diese Angeklagten und somit eine Verletzung des Völkerrechts und der von den kriegführenden Mächten und anderen Ländern in bezug hierauf abgeschlossenen Verträgen darstellen."

Welche Mühe sich die Alliierten Militärtribunale auch immer bei der Eruierung der Fakten über die deutsche Politik gemacht haben mögen: sie blieben angewiesen auf das ihnen auferlegte Gerichtsstatut, die Kontrollratsbeschlüsse und das Londoner Statut vom 8. August 1945. Alle diese Verträge, Gesetze, Beschlüsse schrieben ihnen u.a. vor, "allgemein bekannte Tatsachen nicht zu überprüfen, sondern von Amts wegen zur Kenntnis zu nehmen" und sich nicht an normalerweise übliche Beweisregeln gebunden zu fühlen. Aus diesen "neuen Völkerrechtsregeln" (nach Beendigung der Prozesse wurden sie bekanntlich wieder aufgehoben) ging weiter hervor, daß zu den "allgemein bekannten Tatsachen" sämtliche ihnen seitens der alliierten Regierungen amtlich zugänglich gemachten, auch unzählige nachweislich gefälschte Schriftstücke gehörten.

So konnten die Militärtribunale gerade sehr wesentliche Beweisstücke — nämlich vorgelegte "deutsche Dokumente" — nicht auf ihre Authentizität hin überprüfen.

Sie wurden kurzerhand als echt unterstellt, wenn eine Regierung der "Großen Vier" oder auch die Anklagebehörde direkt solche Schriftstücke "in den IMT-Prozeß einführte". Da aus unzähligen Belegen bekannt ist, daß und in welcher Form Fälschungen in dieses Prozeßgeschehen auf diese Weise eingebracht worden sind, ergibt sich für die Geschichtswissenschaft die besondere Schwierigkeit, aus Informationen über Gerichtsverfahren, selbst aus Gerichtsurteilen und Urteilsbegründungen Sachverhalte in letzten Einzelheiten wirklich aufzuklären. Dies gilt insbesondere für jene Fälle, da Stellungnahmen der Verteidigung ***nicht zugänglich sind***.

Prüfen wir die Thematik unabhängig von Papieren, die seitens der Militärtribunale in den Rang von "Beweis-

30) Stuckart Exh. 400, Dok. 674, Bd. VI B, S. 70 + Closingbrief Frhr. v. Stackelberg S. 351.

stücken" erhoben worden sind: Professorin Gisela Bock hat in ihrer Habilitationsschrift "Zwangssterilisation im Nationalsozialismus", Opladen 1986, zweierlei in diesem Zusammenhang mitzuteilen:

a) Die Zahl jüdischer Sterilisationsopfer ist nicht bekannt (S. 357);

b) am 19. März 1942, also 2 Monate **nach** der Wannsee-Konferenz, ordnete ein Erlaß des Reichsinnenministers (auch unterzeichnet von Martin Bormann) an,

"daß Anträge auf Unfruchtbarmachung von Juden nicht mehr zu stellen sind". (S. 358)

Bezog sich dies zwar auf das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, so hatte dieser Erlaß jedoch darüber hinausgehend generelle Bedeutung. Weder gibt es irgendwelche amtlichen Verlautbarungen seitens der Reichsregierung, die unabhängig vom Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses Sterilisierungen von wem auch immer ermöglicht hätten, noch sind konkrete Maßnahmen solcher Sterilisierungen je nachgewiesen worden. Das gesamte Thema läßt sich auf jene seltsamen "Beweisstücke" der Nürnberger Militärtribunale eingrenzen.

Und dies besagt genug!

Aussagen von Zeugen

Hier die Aussagen einiger der Teilnehmer der Wannsee-Besprechung:

Dr. Gerhard Klopfer:

"Bedenken der Vertreter des Ostministeriums und des Generalgouverneurs, sie seien nicht in der Lage, so viele Juden in den von ihnen verwalteten Gebieten zusätzlich aufzunehmen, wies Heydrich durch den Hinweis auf eine Entscheidung Hitlers sowie durch den weiteren Hinweis zurück, die Festlegung des endgültigen Aufnahmegebietes werde von dem Fortgang der kriegerischen Operationen abhängig sein; es handele sich daher zunächst nur um ihre behelfsmäßige Unterbringung. Er erwähnte in diesem Zusammenhang auch, die nach dem Osten evakuierten Juden sollten bei der Durchführung öffentlicher Arbeiten eingesetzt werden. Aus seinen bei dieser Gelegenheit und auch sonst in seinem Referat getanen Äußerung war aber für mich nicht zu schließen, die Besprechung diene der Vorbereitung einer Judenvernichtungsaktion. Auch die Erwähnung der geplanten Einrichtung eines sogenannten 'Altersghettos' in Theresienstadt hätte einer solchen Annahme entgegengestanden. Dennoch fanden die von Heydrich in seinem Bericht geschilderten Maßnahmen nicht meine Billigung.

Heydrich führte ferner aus, eine endgültige Lösung der Judenfrage habe die Scheidung der deutsch-jüdischen Mischehen sowie eine schnelle Lösung der Frage der deutsch-jüdischen Mischlinge zur Voraussetzung. Er erörterte verschiedene Vorschläge zur Erweiterung der Nürnberger Gesetze und bat die Vertreter des Innenministeriums, Justizministeriums, der Reichskanzlei und der Parteikanzlei, auf deren Mitwirkung er bei dem Erlaß dieser Gesetze angewiesen war, seine Vorschläge zu prüfen. Ich weiß, daß ich in der Sitzung nicht Stellung genommen habe. Von Bormann hatte ich keine Weisungen. ... Ich selbst war niemals befugt, 'in Vertretung' des Leiters der Parteikanzlei derartige Entscheidungen zu treffen. ...

Irgendwelche 'Beschlüsse' konnten daher in der Sitzung nicht gefaßt werden und sind auch nicht gefaßt worden. ...

Ich erfuhr aber gewisse Zeit nach der Sitzung vom 6.3.1942 zunächst mündlich in der Reichskanzlei und hierauf durch ein mir von Bormann zugeleitetes Schreiben des Chefs der Reichskanzlei, Hitler habe auf Vortrag Dr. Lammers die 'Endlösung der Judenfrage' bis nach Ende des Krieges zurückgestellt. ...

Die in der Sitzung vom 20.1.1942 von Heydrich angeregten Gesetze wurden niemals erlassen. ... [31]

Dr. Gerhard Klopfer
Nürnberg 16.12.1947"

Zusätzliche Erklärung von Dr. Gerhard Klopfer im Internierungslager Langwasser bei Nürnberg am 12.6.1948:

"... Zusätzlich erkläre ich nochmals, daß die Vertreter des Innenministeriums, Justizministeriums, der Reichskanzlei und der Parteikanzlei nach Heydrichs Worten nur wegen der von ihm gewünschten Erweiterung der Nürnberger Gesetze zu der Wannsee-Sitzung zugezogen worden waren. ...

Welche Äußerung Dr. Stuckart in der Sitzung vom 20.1.1942 im einzelnen getan hat, ist mir nicht mehr in Erinnerung. Er galt aber als ein Gegner der offenbar schon bald nach dem Erlaß der Nürnberger Gesetze von verschiedenen Seiten geforderten Gleich-

August 1944: Ghetto-Räumung, Lodz-Marysin

31) Eidesstattliche Versicherung Dr. Gerhard Klopfer, — Dok. Nr. 656, Dok.-Bd. VI für den Angeklagten Otto Hofmann, Fall 8, Hofmann Dok. Nr. 136 a

stellung der Halbjuden mit den Juden. Ich kann mich erinnern, im Laufe des Jahres 1942 mit Dr. Stuckart über die Frage der Gleichstellung der Halbjuden mit den Juden gesprochen zu haben. Wir stellten damals Erörterungen an, mit welchen Argumenten den Befürwortern dieser von uns beiden abgelehnten Auffassung am wirksamsten entgegnet werden könne. Dabei gelangten wir zu dem Ergebnis, man müsse den Befürwortern einer Gleichstellung möglichst mit Argumenten begegnen, wie sie gelegentlich von Hitler oder Himmler selbst gebracht worden seien. Nach unserer Erinnerung war in früherer Zeit die angeblich von Hitler oder Himmler aufgestellte These verbreitet worden, man müsse beachten, daß die Halbjuden zur Hälfte Deutsche seien; schließe man sie aus der deutschen Volksgemeinschaft aus, so werde der in ihnen unterdrückte und daher um so stärker wirksame deutsche Blutsteil sie zu geborenen Führern aller gegen das deutsche Volk gerichteten Bestrebungen machen. Nur durch solche Gesichtspunkte könne man die aktivistischen Verfechter des Gedankens der Gleichstellung der Halbjuden mit den Volljuden gewissermaßen mit ihren eigenen, früher geäußerten Gedankengängen schlagen. ...

Es zeigt mir, daß wir damals überhaupt nicht an die Möglichkeit gedacht haben, daß die nach Heydrichs Worten befohlene und bereits laufende Evakuierung der Juden nach dem Osten deren Vernichtung bedeuten könnte."

Dr. Gerhard Klopfer
Langwasser, den 12.6.1948

Eidesstattliche Aussage von Ministerialdirektor und Leiter der Hauptabteilung "Politik" in Alfred Rosenbergs Ministerium für die besetzten Ostgebiete,

Georg Leibbrandt:

"Ich war bei der Zusammenkunft am 20. Januar 1942 in Berlin-Wannsee betreffend Judenfrage als Begleiter meines Vorgesetzten, Staatssekretärs Mayer, anwesend. Ich war vorher mit der Sache nicht befaßt. ... Ich habe auch später mit der Sache nichts zu tun gehabt.

Die Zusammenkunft fand in einer inoffiziellen, gelockerten Form statt, indem die Teilnehmer an verschiedenen Tischen saßen und so das Treffen schon äußerlich nicht den Charakter einer Ministerialsitzung hatte. Es bestand in der Hauptsache aus einem informativen Referat Heydrichs. Dieser gab bekannt, daß ihm bereits vor längerer Zeit von Hitler und Göring umfassende Vollmachten in der Judenfrage erteilt worden seien und er die alleinige Zuständigkeit hierfür ohne Rücksicht auf territoriale Grenzen habe.

Da derzeit keine Auswanderung ausreichend möglich sei, habe Hitler die Verbringung der Juden nach dem Osten und die Bildung eines autonomen Reservats befohlen, wo sie unter eigener Verwaltung leben und arbeiten sollten. Die Verbringung sei bereits nach seinen Richtlinien im Gange.

Bei der Zusammenkunft wurde kein Wort von Judenvernichtung gesagt. Es wurde auch keine Andeutung gemacht, aus der ich hätte schließen können, daß mit dem Wort 'Endlösung' Vernichtung gemeint sein könne.

Als Bühler gegen die laufenden Evakuierungen ins Generalgouvernement Einspruch erhob, hat Mayer Einwände gegen die eventuell zukünftige Verbringung der Juden in die besetzten Ostgebiete geltend gemacht, wohin bis dahin meines Wissens keine Transporte aus dem Reich stattgefunden hatten.

Der von Heydrich geäußerten Absicht, die Halbjuden in die Verbringung mit einzubeziehen, wurde von Stuckart widersprochen.

Irgendwelche Beschlüsse sind bei dem Treffen nicht gefaßt worden. Nach meinen Eindrücken verfolgte Heydrich mit ihm den Zweck, die geladenen Ressorts über seine umfassenden Vollmachten zu informieren, um so irgendwelchen Einwänden der anderen Ressorts vorzubeugen. ...

Am Schluß der Zusammenkunft sprach ich mit Stuckart. Er war einer der wenigen, die ich von den Anwesenden kannte. Ich hatte aus seinen Äußerungen den Eindruck gewonnen, daß er gegen die Fortsetzung der Evakuierung war. Ich äußerte schwere Bedenken gegen die Verbringung der Juden, da es jetzt im Kriege dringendere Aufgaben gebe. Ich würde meinen Minister bitten, daß er geeigneten Orts ihre Abstellung verlange. Darauf erklärte mir Stuckart, daß er die Bedenken voll teile und ebenfalls Schritte dagegen zu unternehmen gedenke.

Ich habe meinen Staatssekretär anschließend und den Minister beim nächsten Vortrag gebeten, gegen die bei der Zusammenkunft von Heydrich zur Sprache gebrachten Maßnahmen Einspruch zu erheben. Der Minister hat bei dem Chef der Reichskanzlei Vorstellungen erhoben, der dann auch, wie ich gelegentlich später erfuhr, etwa April - Mai 1942 mitgeteilt hat, daß Hitler auf seinen Vortrag entschieden habe, daß die Durchführung aller dieser Maßnahmen bis Kriegsende zurückzustellen sei."

gez. Georg Leibbrandt
Nürnberg, den 4. Juni 1948

Dr. Wilhelm Stuckart:

"... Nein. Heydrich hat mit keinem Wort davon gesprochen, daß die evakuierten Juden durch Arbeit vernichtet werden sollen. Es sind auch keine Redewendungen gefallen, die auch nur im entferntesten so verstanden werden können. Das sogenannte Protokoll ist auch insoweit falsch. Heydrich hat nur davon gesprochen, daß die Juden in dem Judenreservat zu großen Arbeitsvorhaben herangezogen würden. Ich hatte freilich den Eindruck, daß die Evakuierten in harte Bedingungen kommen würden. ...

Die Aufzeichnung gibt den Inhalt der Besprechung, an der ich teilgenommen habe, in einer ganzen Reihe von Punkten entstellt und frisiert wieder. Es fehlen Punkte, die behandelt worden sind, dagegen sind auch Dinge aufgezeichnet, die überhaupt in der Sitzung nicht erwähnt wurden. ...

Ich habe der Änderung des gesetzlichen Juden-Begriffes widersprochen. Dann habe ich mich mit aller Deutlichkeit gegen die Abschiebung der Mischlinge ausgesprochen. Dabei habe ich zum Ausdruck gebracht, daß nach meiner Überzeugung ein Volkskörper von 80 Millionen Deutschen ohne nennenswerte Beeinträchtigung der vielleicht 100.000 Halb- und Vierteljuden aufnehmen und verkraften könne." (Stuckart Protokoll S. 24744/5 sowie Closingbrief Dr. Stackelberg S. 342)

Ernst v. Weizsäcker

Selbst Staatssekretär Ernst v. Weizsäcker vom Auswärtigen Amt, hat das sogenannte "Wannsee-Protokoll" zu seiner Amtszeit nicht zu sehen bekommen. Sein Amt wäre bestimmt eines jener "30 Dienststellen" gewesen, die laut Vermerk dafür vorgesehen gewesen sein mußten. Und Herr v. Weizsäcker hätte es sicher im Wilhelmstraßen-Prozeß 1948 zugegeben, wie dort ja überhaupt erst seine langjährige Widerstandstätigkeit gegen die Reichsführung bekannt geworden ist. [32])

So hat z.B. die Witwe von Admiral Canaris zu jener Zeit ausgesagt:

"Ich bezeuge unter meinem Eid, daß Herr Staatssekretär a.D.

von Weizsäcker zu dem Kreis derer gehörte, die von meinem Mann mit rückhaltloser Offenheit über die wahre Kriegslage orientiert und in seine Pläne zur Verhinderung zuerst, sodann zur möglichst raschen Beendigung des Krieges, später zur Befreiung vom nationalsozialistischen Regime eingeweiht wurden. Herr von Weizsäcker hat meinem Mann jahrelang die wertvollsten Informationen geliefert, die meinem Mann in seiner gegen die nationalsozialistische Führung gerichteten Arbeit, die ein besseres Deutschland vorbereiten sollte, entscheidende Unterstützung gab." 32)

Dr. Hans-Heinrich Lammers:

"Durch Dr. Seidl:

F: Herr Zeuge, hat Sie der Aktenvermerk des Ministerialrates Boley nicht alarmiert, und was haben Sie daraufhin getan?

A: Gewiß, das bloße Stattfinden der Sitzung, von deren näherem Verlauf ich keine Kenntnis hatte, veranlaßte mich schon dazu, in Verbindung mit dem Aktenvermerk von Boley und wahrscheinlich einer Randbemerkung von Kritzinger. Ich meldete den Vortrag an und bekam ihn nach einiger Zeit. Es sind Wochen vergangen. Es gelang mir dann, auf Grund eines eingehenden Vortrages beim Führer dessen Auffassung kennenzulernen, denn sonst konnte ich ja unmöglich Stellung nehmen. Der Führer ließ sich auch diesmal auf eine Erörterung der Frage mit mir nicht ein und schnitt mir einen in Aussicht genommenen, längeren Vortrag mit den Worten ab, die etwa dahin gingen, ich wünsche während des Krieges keine Vorträge mehr in den Judensachen, ich habe jetzt wichtigeres zu tun, andere sollten es auch haben. Und er sagte dann mit ziemlicher Deutlichkeit, daß er wünsche, daß mit allen diesen Judensachen nun endlich Schluß gemacht werde. Er fügte dem an, daß er nach dem Kriege eine endgültige Entscheidung treffen werde, wohin die Juden kommen. Und ich habe noch in Erinnerung, daß er dazu sagte, dann wird es im Osten genug Raum geben oder an anderer Stelle, wo die Juden ihr Unterkommen finden werden. Das war dieser Vortrag beim Führer.

F: Was haben Sie nach diesem zweiten Vortrag beim Führer veranlaßt?

A: Diese eben erwähnte Führerentscheidung war ein endgültiger Stop der Behandlung der Endlösungsfrage für die Dauer des Krieges, und ich habe sofort eine entsprechende Mitteilung herausgesandt an Goering, an den Innenminister, an das Reichssicherheitshauptamt. Ich weiß auch, daß ich Schlegelberger und Stuckart davon Kenntnis gegeben habe und wahrscheinlich noch einer Reihe von anderen Stellen, von denen ich in jener Zeit angegangen worden war in dieser Frage, und die ich immer nur damit vertrösten konnte, daß ich dem Führer Vortrag halten würde.

F: Und wie haben Sie die Äußerung Hitlers aufgefaßt, daß er nach dem Krieg bestimmen werde, wohin die Juden kommen sollten?

A: Ich habe darin eine Anspielung erblickt auf die verschiedenen Projekte über die Schaffung eines eigenen Territoriums für die Juden, die Schaffung einer Art autonomen Judenstaates, eines Reservats, oder wie man das nennen will. Über solche Projekte ist damals viel gesprochen worden, und ich habe das gehört, ohne daß ich mich nachher mit dieser Frage befaßt habe.

F: Haben Sie nach Ihrem erwähnten Vortrag beim Führer und nach seiner Entscheidung auch Weisungen gegeben an Ihre Mitarbeiter in der Reichskanzlei?

A: Ja, ich habe den maßgebenden Herren Kenntnis gegeben von der Führerentscheidung, und alle meine Herren haben diese Führerentscheidung aufgefaßt als einen ausgesprochenen Sieg über das Reichssicherheitshauptamt. Ich habe dann angeordnet, daß zunächst ein etwaiges Ersuchen des Reichssicherheitshauptamtes um Stellungnahme unbeantwortet zu bleiben habe, da ja eine Stellungnahme sich nunmehr erübrigte, nachdem der Führer entschieden hatte, und diese Entscheidung dem Reichssicherheitshauptamt mitgeteilt worden war. Ich habe ganz allgemein damals noch jede Stellungnahme verboten und angeordnet wiederum, daß, wenn jemand an Besprechungen teilnimmt, er sich nur als Horchposten zu betätigen habe, und daß er bei solcher Gelegenheit hinzuweisen habe in erster Linie auf die Führerentscheidung, und im übrigen also nur zuzuhören habe, ohne Erklärungen abzugeben.

31. März 1935 in Moskau: Konferenz auf höchster Ebene: V.l.n.r.: Der britische Lordsiegelbewahrer Anthony Eden, der sowjetische Diktator Stalin, Molotow (Vorsitzender des Rats der Volkskommissare), Maisky (Londoner Sowjetbotschafter), Lord Chilston (brit. Botschafter in Moskau) und Litwinow (sowj. Außenkommissar). Associated Press

Im Communique für die Weltöffentlichkeit heißt es: "In keiner einzigen Hauptfrage der internationalen Politik bestehen zwischen den Interessen der beiden Regierungen Widersprüche". — In der Praxis jedoch bereitete Eden die Unterstützung Londons für den sowjetisch-französisch-tchechischen Bündnisvertrag vor, der einen deutlichen Einkreisungseffekt gegenüber Deutschland haben sollte. So hat diese Konferenz "die Dinge vorangetrieben" — um die späteren Worte des britischen Premiers Neville Chamberlain zu verwenden —, die 1939 in den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges mündeten. Flankiert wurde jene Konferenz seinerzeit mit der verlogenen Behauptung des britischen Außenministers John Simon, Deutschland hätte die Rückgabe des Korridors, des Sudetenlandes, der Kolonien, eine starke Flotte und ein Landheer in der eineinhalbfachen Stärke des französischen gefordert. Die französische Presse beschwor gleichzeitig die Kriegsgefahr für Europa durch Deutschland.

Keesing: Archiv der Gegenwart 1935, 31.3.1935, 1964-E

Die Zielsetzung zur Fortsetzung der Weltrevolution bis hin zur bolschewistischen Weltherrschaft redete Eden dem sowjetischen Generalsekretär nicht aus. Das war kein Thema für die "Interessen der beiden Mächte".

32) Weizsäcker Exh. 273; — Dok.-Buch 5 — Plädoyer Rechtsanwalt Hellmut Becker, Fall 11, S. 43 + 63.

F: Hat das Reichssicherheitshauptamt nun aber nicht auf eine Stellungnahme gedrängt?

A: Aus einem bestimmten Anlaß ist mir genau in Erinnerung, daß einige Wochen nach der Sitzung vom 6. März ein Mahnschreiben des Reichssicherheitshauptamtes eingegangen ist. Das ist mir deshalb noch in Erinnerung, weil dieses Mahnschreiben recht unfreundlich abgefaßt war, sozusagen vorwurfsvoll, es hätten die Ressorts gezeichnet, was vom Reichssicherheitshauptamt eine Unhöflichkeit mir gegenüber war, und ich habe dann angeordnet, daß einer meiner Herren — wer es gewesen ist, weiß ich nicht — von sich aus antwortete dem Reichssicherheitshauptamt, daß ich eine Stellungnahme ablehne.

F: Und mit welcher Begründung wurde diese Stellungnahme abgelehnt?

A: Die Begründung weiß ich nicht genau. Eine Begründung ist aber sicher gegeben worden, und das wird davon abgehangen haben, ob ich schon damals die Führerentscheidung hatte oder ob ich sie noch nicht hatte.

Im ersteren Falle wird die Begründung gelautet haben, daß ich die Stellungnahme ablehne, weil ich dem Führer Vortrag halten müsse.

Wenn aber das Mahnschreiben eingegangen ist nach der Führerentscheidung, dann nehme ich an, daß in dem Antwortschreiben die Ablehnung begründet worden ist mit der Führerentscheidung oder unter Bezugnahme auf die bereits dem Reichssicherheitshauptamt zugegangene Führerentscheidung.

F: Hat ein weiterer Schriftwechsel stattgefunden in diesem Stadium der ganzen Angelegenheit?

A: Ich kann mich entsinnen, daß ich noch einen Schriftwechsel gehabt habe mit dem Staatssekretär Schlegelberger im Reichsjustizministerium und dem Staatssekretär Stuckart im Innenministerium. Der muß aber gelegen haben vor dem letzterwähnten Vortrag beim Führer und vor dem Erlaß, der von mir erwähnten Stop-Entscheidung.

F: Auf die Einzelheiten werden wir eingehen bei der Behandlung dieser Dokumente, und ich frage Sie jetzt, haben Sie erfahren, daß trotz dieses von Ihnen erwähnten Stop-Erlasses durch den Führer die Evakuierungen von Juden weiterliefen?

A: Ja, darüber kamen mit dem Lauf der Zeit Gerüchte an meine Ohren. Eigene Wahrnehmungen habe ich darüber nicht gemacht. Vor allem wurde mir bekannt, daß das RSHA trotz der erwähnten Führerentscheidung an der Judenfrage weiter arbeitete. ..." [33]

F. Was haben Sie daraufhin unternommen?

A: Als ich davon gehört hatte, habe ich mich — das muß im Sommer 1942 wohl gewesen sein, — erneut an Himmler gewandt und habe ihn gefragt, warum denn eigentlich nach der Führerentscheidung nun noch beraten würde. Himmler war sehr zögernd und sehr ausweichend und erwiderte mir, daß er für die Evakuierungen allein verantwortlich sei....

A: Bei einem erneuten Vortrag beim Führer — Sommer oder Herbst 1942 — wies ich auf die stattfindende Besprechung und die Gerüchte über die Evakuierungen hin. Da erhielt ich vom Führer die Antwort, es bleibt bei meiner Entscheidung, aber gegen bloße Beratungen des Problems habe ich keine Bedenken, meinetwegen soll beraten werden. Der Führer fügte dem an, ich wünsche aber während des Krieges keine Vorträge mehr in dieser Sache, verantwortlich ist mir Himmler, und Sie brauchen sich um diese Sache nicht zu kümmern. ...

F: ... Sie haben nun gesagt, daß Ihnen die Evakuierung von Juden bekannt geworden war. Wurden Ihnen denn nicht auch, wie wir heute wissen, größere Zahlen von Tötungen von Juden bekannt?

A: Nein, davon ist mir nichts bekannt geworden.

F: Haben Sie nicht in Einzelfällen Beschwerden erhalten wegen der Evakuierung und auch wegen Tötungen, und was haben Sie daraufhin veranlaßt?

A: Ich möchte hier unterscheiden zwischen Evakuierungen und Tötungen. Von Tötungen war mir damals nichts bekannt. Dagegen habe ich aus einigen Beschwerden wegen der Evakuierungen und gegen die Evakuierung ersehen, daß tatsächlich diese Evakuierungen noch weiter liefen. Auf meinen Hinweis Himmler gegenüber auf die Stop-Entscheidung, da berief er sich wieder, ohne darauf näher einzugehen, darauf, er hätte den Befehl vom Führer und den müßte er ausführen, und er sagte dann etwa noch zu mir, *'Ach lassen Sie die Finger davon weg, das geht Sie nichts an, ich bin dem Führer dafür allein verantwortlich'*. Damit wurde mir im Jahre 1943 klar, daß trotz der Stop-Entscheidung weitere Evakuierungen stattfanden. Ich habe die bei mir eingehenden Einzelbeschwerden stets an Himmler geschickt und ich habe bei ihm eigentlich in fast allen Fällen eine entgegenkommende Entscheidung erreicht, in dem die betroffenen Personen, für die ich mich verwandte, von der Evakuierung ausgenommen wurden. ...

F: Haben Sie sich mit dieser Erklärung durch Himmler beruhigt?

A: Nein. Ich habe den bei Himmler angekündigten Vortrag beim Führer gesucht und nach vielen Wochen erhalten. Der Führer gab mir etwa die gleiche Antwort, wie sie mir Himmler gegeben hatte und fügte erneut wieder an, daß er mit diesen Sachen während des Krieges nicht befaßt zu werden wünsche. Er werde später bestimmen, wohin die Juden kommen sollten. Ich hatte den Eindruck, daß Himmler inzwischen beim Führer gewesen ist und ihm wohl gesagt hat, ich würde ihm einen Vortrag halten wollen wegen dieser Gerüchte. Der Führer verlangte bei dieser Gelegenheit von mir auch die Bedingung, positives Beweismaterial für behauptete Judentötungen und die Namhaftmachung der Gerüchtemacher. ....

F: Können Sie den Anlaß und das Ergebnis dieses Vortrages beim Führer schildern? Das wäre dann etwa der fünfte Vortrag in dieser Angelegenheit gewesen.

A: Ich glaubte zwar damals, nach meinen Vorstößen bei Himmler und dann beim Führer, alles getan zu haben, wozu ich verpflichtet war, denn eigene Ermittlungen konnte ich ja nicht anstellen, und in den Himmler'schen Geschäftsbereich konnte ich überhaupt nicht eingreifen. Aber ich habe die Angelegenheit dauernd im Auge behalten und mir vorgenommen, sie bei nächster bietender Gelegenheit wieder zur Sprache zu bringen. Und so war es mir dann schließlich einmal möglich, den Führer dazu zu bringen, daß er sich wieder auf eine Unterhaltung mit mir einließ, und zwar aus Anlaß eines ganz bestimmten krassen Falles, mit dem ich sein Interesse zu gewinnen glaubte, und das gelang mir.

F: Was war das für ein krasser Fall, und welches Ergebnis hatte Ihr erneuter Vortrag beim Führer?

A: Der krasse Fall, den ich auch erfolgreich erledigte, war folgender: Ein Jude, ein privilegierter Jude, also, der in Mischehe lebte, war nur privilegiert für die Dauer der Ehe. War die Frau tot, hörte das Privilegium auf. Waren Kinder vorhanden, dann bestand das Privilegium noch. Waren die Kinder gestorben, dann hörte das Privilegium auf. Nun war folgender Fall eingetreten: Ein Jude gehörte zu den privilegierten Juden, weil sein Sohn als Soldat im Felde stand. Dann war der Sohn gefallen. Da erklärte irgendeine Dienststelle von Himmler, jetzt ist das Privilegium beendet, und da habe ich den Führer den Unsinn dieses Falles vorgestellt, der ja doch zweifellos vorliegt, daß man ein Privilegium gibt, wenn der Sohn im Felde steht, es aber für erledigt hält, das Privilegium, wenn der Sohn im Kampfe für Deutschland gefallen ist. Und dieser krasse Fall, in dem mir der Führer recht gab, der veranlaßte ihn nochmals dazu, mir zu sagen: *'Nun stoppen Sie mir also*

33) Fall 11, KV-Prozesse, Protokoll Dr. H. Lammers S. 21470 -73.

Adolf Hitler während seiner Reichstagsrede am 6.10.1939, als er nach Beendigung des Polenfeldzuges Großbritannien erneut den Frieden anbot. An seiner rechten Seite Reichsminister und Chef der Reichskanzlei Dr. Hans-Heinrich Lammers.

endlich mal diese verdammte Endlösung der Judenfrage'.Und ich habe dann den Einzelfall Bormann übermittelt, und zu der nochmaligen Wiederholung der Stop-Entscheidung fügte der Führer noch hinzu: *'Ich nehme an, daß Sie mit der Partei Fühlung genommen haben?'* Diese Frage habe ich bejaht.

F: Was haben Sie daraufhin unternommen?

A: Ich war mir klar darüber, daß der Führer mit Fühlung mehr gemeint hatte, nämlich Einverständnis. Ich habe mich gehütet, mit Bormann oder Himmler noch zu sprechen und habe sofort wieder an alle beteiligten Stellen nochmals die Stop-Entscheidung wiederholt, etwa in der Form, wie sie der Führer mir gegeben hat.

F: Dann sind also zwei Stop-Entscheidungen ergangen, wenn ich Sie recht verstanden habe, und diese beiden Stop-Entscheidungen des Führers sind also wohl der Grund, weshalb Sie schon früher und auch in diesem Saal behauptet haben, Sie hätten im Endergebnis – und ich betone das Wort Endergebnis – 150 bis 200.000 nichtarischen und nicht rein arischen Menschen das Leben gerettet?

A: So ist es. Im Endergebnis 150 bis 250.000 Menschen, nämlich den Halbjuden und den sogenannten privilegierten Juden, die ja Himmler in die Evakuierung einbeziehen wollte. Ich möchte aber keinen Zweifel darüber lassen, gesagt habe ich früher nur, ich habe diese Leute vor der Evakuierung bewahrt und habe daraus im Hinblick auf die Kenntnis der heutigen Tatsachen nur den Schluß gezogen, daß ich sie damit wahrscheinlich im Endergebnis vor dem Tode bewahrt habe. Mehr habe ich früher nicht gesagt, und wenn man diese meine Worte mir nachher im Munde umgedreht hat und behauptet hat, meine Angaben, ich hätte dieser Zahl von nichtarischen Leuten das Leben gerettet, bewiesen, daß ich ja Kenntnis von Tötungen gehabt hätte, so heißt das, meine Worte entweder mißverstehen oder umdrehen zu wollen. Ich habe nicht mehr gesagt, Bewahrung vor Evakuierung und meine heutige Schlußfolgerung daraus, im Endergebnis kann das gewesen sein eine Lebensrettung.

F: Ergingen besondere Weisungen bezüglich der nicht rein arischen oder nicht rein arisch versippten Beamten, und welche Rolle haben Sie dabei gespielt?

A: Im Sommer 1944 erhielt ich über Reichsleiter Bormann nur eine Anordnung des Führers, die dahin ging, daß aus den obersten Reichsbehörden alle Beamten, die jüdische Mischlinge seien oder die mit nicht rein arischen Frauen verheiratet seien, sofort aus den Reichsbehörden entfernt werden sollten. Diese Anordnung erschien mir hart und unerwünscht. Ich hatte zunächst eine Fühlungnahme mit Bormann, über die ich hinweggehen will, und habe die Angelegenheit dilatorisch behandelt, weil ich der Auffassung war, daß hierzu eine gesetzgeberische Regelung, mindestens ein Führererlaß, notwendig war, weil diese Anordnung des Führers mit dem Beamtengesetz nicht im Einklang stand. Ich habe also, damit etwas geschah, erst einmal statistische Erhebungen angestellt, um welche Beamte es sich handelte, und einen entsprechenden Führererlaß vorbereitet. Es ist nachher, das habe ich hingehalten bis zu dem Zusammenbruch, zu einer Entscheidung des Führers nicht mehr gekommen. ...

F: Herr Zeuge, bei der Bedeutung der ganzen Angelegenheit muß ich noch einmal auf die Frage Ihrer Kenntnis von Judentötungen zurückkommen. Ich muß Sie fragen: Haben Sie nicht durch ausländische Sender von diesen Massentötungen von Juden Kenntnis erlangt, von denen wir heute nun wissen, daß sie tatsächlich vorgekommen sind?

A: Ich habe in der Tat während meiner ganzen Amtszeit ausländische Sender nicht gehört, weil ich keine Zeit dazu hatte, weil ich nicht über die nötigen Sprachkenntnisse verfügte. Ich hatte weder in meinem Amtszimmer, noch sonst einen Rundfunkapparat, und ich habe in meinem Hause privatim auch nicht ausländische Sender gehört, weil ich meinen Hausgenossen darin kein schlechtes Beispiel geben wollte. Ich habe erst angefangen, ausländische Sender zu hören in den letzten Tagen des April 1945, kurz vor dem Zusammenbruch, und da habe ich erst gehört von Judentötungen und von Grausamkeiten in Konzentrationslagern und ähnlichen Dingen. Ich habe aber auch diesen Meldungen damals noch keinen Glauben geschenkt, denn es waren für mich Behauptungen, und ausländischen Sendern habe ich nie Glauben geschenkt, denn ich habe zu viel Greuelnachrichten in ausländischen Sendern gelesen in Zusammenstellungen, die ich aus Rundfunkberichten hatte, die alle unwahr waren. ...

F: ... Woher wissen Sie, daß die Evakuierung der Juden bereits zu der Zeit der Wannsee-Sitzung vom 20. Januar 1942 in der Durchführung begriffen war, und was haben Sie da in zuverlässiger Weise erfahren?

A: Ich habe es erfahren durch die Feststellung des IMT-Urteils. Ich habe es aber auch im besonderen noch feststellen können durch ein Schreiben, das der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, der am 29. November 1941 mit einer Einladung des Chefs des Rasse- und Siedlungshauptamtes Hofmann, zu der berüchtigten Wannsee-Sitzung vom 20. Januar 1942 versandt hat. Allerdings mit einer Verlegung des Datums. Und da war es mir von Bedeutung, daß da gesagt ist, daß seit dem 15. Oktober 1941 bereits in laufenden Transporten Juden aus dem Reichsgebiet einschließlich des Protektorates Böhmen und Mähren nach dem Osten evakuiert wurden.

F: Herr Zeuge, ich muß Sie unterbrechen. Wann haben Sie das erfahren?

---

34) Militärgerichtshof Nr. IV, Fall XI, Dr. Lammers, 16.9.1948, S. 21470 - 21493.

A: Das habe ich jetzt aus den Dokumenten erfahren, die hier vorliegen. Aus dem Dokument 709-PS. Sie werden wohl den Band und die Exhibitnummer wissen.

F: Wir werden später darauf zurückkommen. Ich wollte nur klar machen, daß Sie das jetzt erst erfahren haben aus den von der Anklage vorgelegten Dokumenten. ..." [34])

Im Abschlußplädoyer für Dr. Hans-Heinrich Lammers hat sein Verteidiger, Dr. Alfred Seidl, dem amerikanischen Militärtribunal u.a. zusätzlich vorgetragen:

Dr. Seidl für Dr. Lammers:

" ...Die Anklagevertretung konnte nicht einmal den Nachweis erbringen, daß der Chef der Reichskanzlei nachträglich von diesen Aktenvermerken (Bezug: die Konferenzen vom 20.1.1942, 6. März 1942 und 27. Oktober 1942) Kenntnis erlangt hat. Die Beweisaufnahme hat darüber hinaus ergeben, daß der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei den in diesen Sitzungen gemachten Vorschlägen nicht nur nicht zugestimmt hat, sondern im Gegenteil sich gegen die Vorschläge ausgesprochen hat. ...

Der Angeklagte Dr. Lammers hat im Gegenteil in dieser Frage dem Führer fünf Vorträge gehalten, eine Stop-Entscheidung des Führers erwirkt und alles getan, was im Hinblick auf seine damalige Kenntnis von ihm erwartet werden konnte. ... (Closingbrief S. 192 - 193)

d) Während der Angeklagte mit der Durchführung der Nürnberger Gesetze grundsätzlich nicht befaßt war, waren ihm doch durch spezielle und generelle Weisungen des Führers die Ausnahmebewilligungen von den Nürnberger Gesetzen zur Bearbeitung übertragen. Wie die Beweisaufnahme ergeben hat, hat er diese ihm erteilte Ermächtigung stets und trotz aller Widerstände und Anfeindungen in entgegenkommender und großzügiger Weise gehandhabt und auch damit seine gemäßigte Einstellung in der Judenfrage bewiesen und praktisch betätigt sowie in tausenden Fällen Gutes gestiftet. ... (Closingbrief S. 197)

Denn eine solche Mitwirkung (an der sogenannten Endlösung der Judenfrage) würde ja geradezu in diametralem Gegensatz stehen zu seiner Gesamthaltung und deren Betätigung in zahlreichen Einzelfällen, so daß der Schluß gerechtfertigt ist, daß seine Beteiligung an der Endlösungsfrage, soweit eine solche überhaupt stattgefunden hat, doch keine strafbare Mitwirkung war, weil sie sich g e g e n beabsichtigte und vollzogene Maßnahmen richtete und stets hindernder und hemmender Art war. ... (Closingbrief S. 198)

b) Die Anklagebehörde beschuldigt den Angeklagten, an der Aufstellung eines Programms zur Austreibung und Ausrottung aller europäischen Juden sowie an der Durchführung dieses Programms teilgenommen zu haben. Sie war nicht in der Lage, Beweise hierfür zu erbringen, weder für das eine noch für das andere. ...

c) Das Schreiben Görings an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Heydrich, vom 31.7.1941, durch das diesem der Auftrag zur Vorbereitung einer Gesamtlösung der Judenfrage gegeben wurde, ist dem Angeklagten während seiner Amtszeit nie zur Kenntnis gekommen. ... (Closingbrief S. 199)

Hierzu (Wannsee-Besprechung) ist folgendes zu bemerken, was in tatsächlicher Hinsicht durch die Beweisaufnahme festgestellt und nicht widerlegt ist:

aa) Der Angeklagte hat an dieser Sitzung nicht teilgenommen. Er war damals nicht in Berlin. Er hatte von dem Stattfinden der Sitzung überhaupt keine vorherige Kenntnis.

bb) Die Einladung zur Sitzung war an den damaligen Ministerialdirektor in der Reichskanzlei, Kritzinger, gerichtet. Dieser nahm an der Sitzung teil, ohne vorher von dem Angeklagten irgendwelche Instruktionen eingeholt zu haben.

cc) Kritzinger hat in der Sitzung weder das Wort ergriffen, noch sonstige Erklärungen abgegeben.

dd) Er hat dem Angeklagten, wenn überhaupt, so nur einen ganz kurzen Vortrag über die Besprechung gehalten ohne jede Andeutung darüber, daß von der Ausrottung der Juden die Rede gewesen ist. Denn davon hatte er ja selbst nichts gehört. Er hat es noch im Jahre 1947 mit aller Entschiedenheit in Abrede gestellt.

ee) Das Protokoll über die Besprechung ist nie in die Reichskanzlei gelangt und nie zur Kenntnis des Angeklagten oder auch nur eines Beamten der Reichskanzlei gekommen. Im besonderen hat der zuständige Sachbearbeiter, Dr. Ficker, wie dessen Zeugnis ergibt, es nie zu Gesicht erhalten. Da das Protokoll keinen Verteiler aufweist, ist überhaupt nicht anzunehmen, daß es an alle Teilnehmer der Sitzung versandt worden ist. ... (Closingbrief S. 200 - 201)

... so erreichte der Angeklagte von ihm (dem Führer im Mai 1942) doch die Entscheidung, daß die Endlösung der Judenfrage, die nach der damaligen Lage bestand in

aa) der Evakuierung der Juden,

bb) der Frage der künftigen Behandlung der Halbjuden,

cc) der Frage der künftigen Behandlung der sogenannten privilegierten Juden,

bis nach dem Ende des Krieges zurückgestellt werden sollte. Die Herbeiführung dieser Stop-Entscheidung des Führers und ihr Inhalt sowie ihre Behandlung in der Reichskanzlei hat der Angeklagte in seiner Aussage (engl. Prot. S. 21603 - 21607, dt. Prot. S. 21470 - 21473) eingehend geschildert. ...(Closingbrief S. 203)

k) Nachdem dem Angeklagten im Jahre 1943 allmählich klar geworden war, daß das Reichssicherheitshauptamt die Stop-Entscheidung des Führers vom Mai 1942 nicht respektierte und daß jedenfalls die Evakuierungen der Juden weitergelaufen waren und noch weiterliefen, inzwischen auch Gerüchte über Tötungen von Juden zu seinen Ohren gelangt waren, ... unternahm er wiederum das, was ihm im Rahmen seines Aufgabenbereiches geboten erschien und möglich war. Nach einem erneuten Vorstoß bei Himmler, der die weiterlaufenden Evakuierungen zwar zugab, die Tötungen aber entschieden bestritt, sowie nach einem weiteren Vortrag beim Führer, der dem Angeklagten die gleichen Antworten wie Himmler gab, gelang es dem Angeklagten schließlich bei einem darauf folgenden Vortrag, den Führer zu einer Bestätigung und nochmaligen Wiederholung der früheren Stop-Entscheidung zu bringen. ... (Closingbrief S. 204)

m) Soweit die Endlösungsfrage hier bisher behandelt ist, hat die Beweisaufnahme keine schuldhafte Mitwirkung des Angeklagten an den getroffenen Maßnahmen ergeben, auch nicht die geringste aktive Förderung der Ziele des Endlösungsproblems, wohl aber das Gegenteil hiervon. ... (Closingbrief S. 206)

56.) a) Einer besonderen Prüfung bedarf die ihm von der Anklagebehörde zur Last gelegte Kenntnis von Judentötungen. Der Angeklagte hat mit Entschiedenheit bestritten, von systematischen Massentötungen von Juden vor dem Zusammenbruch Kenntnis erlangt zu haben. Seine nächsten Mitarbeiter haben dies durch ihre Zeugenaussagen bestätigt. ... Die Anklagebehörde war nicht in der Lage, dem Angeklagten eine solche Kenntnis nachzuweisen. ...

Hinsichtlich der Massentötungen von Juden ... ist gegenüber dem Angeklagten auf Grund seiner eigenen Aussage lediglich festgestellt, daß G e r ü c h t e , d.h. behauptete, aber keinesfalls erwiesene Tatsachen ihm zugänglich wurden durch anonyme oder pseudonyme Briefe, die keinen Beweiswert hatten, oder durch Mitteilungen von Privatpersonen, die keinen Beweis antreten

Im Ghetto Lodz 1942/1943 Eine Metallwerkstatt (oben links), eine Elektrowerkstatt (links), eine Werkstatt für Damenunterwäsche (rechts). Fotos entnommen der jüdischen Chronik:
Lucjan Dobroszycki, "The Chronicle of the Lodz Ghetto 1941 - 1944", Yale University Press, New Haven and London 1984.

konnten oder wollten. Ausländische Sender hat der Angeklagte nicht gehört, ganz abgesehen davon, daß deren Meldungen im Hinblick auf die zahlreichen von ihnen gebrachten unwahren Greuelnachrichten keinesfalls als authentisch betrachtet werden konnten." (Closingbrief S. 206 - 207)

Franz Rademacher, Legationsrat im Auswärtigen Amt, leitete von Beginn 1940 bis März 1943 das sogenannte Juden-Referat der Deutschlandabteilung, das in Juden-Angelegenheiten die Verbindung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem RSHA sowie anderen Dienststellen innehatte. Er bekundete am 10. März 1948 in Nürnberg eidesstattlich: 35)

"Nach der Besprechung in Wannsee vom 20.1.1942, an der ich selbst nicht teilgenommen habe, teilte mir Luther mit, daß Heydrich auf der Sitzung bekannt gegeben hatte, daß dem RSHA die Endlösung der Judenfrage in Europa übertragen sei, in deren Verfolg die Bildung eines autonomen Reservats im Osten für die Juden vorgesehen sei.

Um eine jüdische Meinung über ein jüdisches Reservat zu hören, habe ich einen Vertrauensmann der jüdischen Kultusgemeinde zu mir gebeten. Ich glaube, er hieß Dr. Jacobson. Ich sagte ihm, er möge mir offen seine Meinung mitteilen. Dr. Jacobson begrüßte eine solche Lösung. Er wies darauf hin, daß vor allem die deutschen Juden in diesem Reservat Aussicht hätten, wieder entsprechend ihrer Vorbildung in der Verwaltung usw. tätig zu sein, was von Vorteil gegenüber dem derzeitigen Zustand in Deutschland sei. Über diese Besprechung unterrichtete ich auch meinen Vorgesetzten.

Luther hat mir, nachdem er von der Wannsee-Konferenz gekommen war, kein Wort von Vernichtung oder natürlicher Verminderung der Juden gesagt. Ich kam auch deswegen nicht auf diesen Gedanken, da ausdrücklich von einem Reservat die Rede war.

Ergänzend bemerke ich zu der territorialen Lösung der Judenfrage folgendes:

Der Verlauf des Frankreich-Feldzuges ließ das RSHA den Plan aufgreifen, auf der Insel Madagaskar, die von Frankreich dafür im Friedensvertrag gefordert werden sollte, ein autonomes Judengebiet einzurichten. Von Luther erfuhr ich im Laufe des Jahres 1941, daß Botschafter Abetz zu ihm gesagt habe, Hitler habe den Madagaskar-Plan gebilligt. Darauf verließ ich mich, bis ich von Luther die in der Wannsee-Besprechung von Heydrich bekanntgegebenen Entscheidungen Hitlers über die territoriale Lösung im Osten erfuhr.

Nürnberg, den 10. März 1948 36)
gez. Rademacher"

35) Gerald Reitlinger, "Die Endlösung", Berlin 1953, S. 83 + 413 schreibt über Franz Rademacher:
"... aber Rademacher hatte nach dem Krieg unglaubliches Glück. Er entging der Anklage, weil er als Zeuge gebraucht wurde, wurde aber als Zeuge nicht verhört, weil sein Prozeß bevorstand. Anfang 1950 kam zutage, daß Rademacher in der Stellung eines Privatsekretärs des Hamburger Zigarettenfabrikanten Philip Reemstma auf freiem Fuß war. Rademacher wurde erst im Jahre 1952 vor das Nürnberger Schwurgericht gebracht, das ihn am 17. März zu 3 Jahren und 7 Monaten Gefängnis verurteilte. ...
Rademacher legte Berufung ein und floh unter Preisgabe der erlegten Kaution vor der Berufungsverhandlung."

36) Ng. NO. Dok. 659.

Resümee

Von Anbeginn an war das sogenannte "Wannsee-Protokoll" schon allein auf Grund seines zeitgerechten Erscheinens, der Anonymität des "Finders" und des "Fundortes" sowie der ohne Überprüfung erfolgten "Einführung in den Prozeß" durch den an jedweden Lügen gegen Deutschland interessierten jüdisch-amerikanischen, früher mit deutscher Staatsbürgerschaft ausgestatteten Ankläger Robert Kempner suspekt. Von Robert Kempner ist bekannt, daß er Angeklagte und Zeugen zuweilen mit erpresserischen Mitteln genötigt und zu falschen, verlogenen Aussagen veranlaßt und in anderen Fällen dies versucht hat.[37] Auch waren ihm gefälschte Dokumente für seine Anklagen willkommen.

In den *Salzburger Nachrichten* vom 8.12.1950 beschrieb Felix Haen die Tätigkeit Dr. Kempners:

> "Es ist sein Verdienst, die These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes gleichsam hintenherum bewiesen zu haben, indem er nach einander alle Führungsschichten des deutschen Volkes unter Anklage stellte: Wilhelmstraßenprozeß, Generalprozeß, Industriellenprozeß und Ärzteprozeß waren – nachdem die nationalsozialistische Führungsschicht bereits im Hauptkriegsverbrecherprozeß abgeurteilt wurde – die Stationen seiner Beweisführung. Daß er bei der Wahl der Mittel, seine Beweisführung zu unterbauen, nicht immer wählerisch war, zeigte der Fall des einstigen Rechtsberaters des Auswärtigen Amtes, Dr. Friedrich Gauß, den er sich dadurch gefügig machte, daß er ihn mit der Auslieferung an die Russen bedrohte."

Nach Abwägen von Herkunft, Form, Inhalt, Sachfehlern und Stilwidrigkeiten ist die gesamte angebliche "Erinnerungs-Niederschrift" unzweideutig als Nachkriegsfälschung einzustufen. Für den Historiker ist keineswegs belegt, daß, ob und in welcher Weise sich der angeklagte, eingekerkerte Adolf Eichmann in Jerusalem als Verfasser dieser "Niederschrift" bekannt hat. Man sagt es ihm nach, er habe sich dazu bekannt. Doch dies ist etwas anderes, als wenn er es getan hat.

Wir haben eine Reihe Bücher überprüft:

"Ich, Adolf Eichmann", Leoni 1980, 545 Seiten, angebliche Niederschrift als freier Mann in Argentinien.[38] Man entnimmt diesem Buch zwar, daß Eichmann seit 1935 ständig Vorträge, "bisweilen auch vor Generalstabsoffizieren, Kreisleitern. ..." gehalten und Reden für Heydrich ausgearbeitet hat, die "zwei- oder dreimal ausgefeilt" werden mußten (S. 445), doch über die Wannsee-Konferenz nichts, auch nichts über seine Autorenschaft für das sogenannte "Protokoll".

Der Name seines angeblichen "Mitverfassers" Rolf Günther ist in dem ganzen Buch überhaupt nicht erwähnt, obgleich im Personenregister mit seinem Namen Fußnote 51 auftaucht, die jedoch im Text gar nicht enthalten ist. Absichtliche Täuschung des Lesers mit Rücksicht auf bereits vorher in Umlauf gesetzte Versionen über das "Wannsee-Protokoll"?

Dov. B. Schmorak, "Der Prozeß Eichmann", Wien - Stuttgart - Basel 1964: Die Wannsee-Konferenz und die angebliche Autorenschaft Eichmanns für das sog. "Protokoll" bleiben unerwähnt.

Hannah Arendt, "Eichmann in Jerusalem — Ein Bericht von der Banalität des Bösen", München 1965: Hier erfährt man über die Wannsee-Konferenz, abgesehen von einigen "Protokoll"-Ausführungen, lediglich, daß die Konferenz 1 bis 1 ½ Stunde gedauert habe und Staatssekretär Dr. Wilhelm Stuckart als der Mann bekannt war, "der sich gegenüber 'radikalen' Parteimaßnahmen sehr zurückhaltend und zögernd verhielt" (S. 148 - 149). Von Eichmanns angeblicher Autorenschaft für das "Protokoll" oder Einzelheiten darüber nichts.

Jochen von Lang, "Das Eichmann-Protokoll — Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre", ohne

Foto: Samisdat/Eugen Ernst

David Irving

Der namhafte englische Historiker ist im Zeugenstand in Toronto/Kanada am 26. April 1988 unter Eid von zahlreichen bisherigen Behauptungen in seinen Büchern auf Grund neuer Erkenntnisse abgerückt und schließt einen offiziellen deutschen Plan zur Vernichtung der Juden aus.

37) Peter Kleist, "Aufbruch und Sturz des Dritten Reiches", Göttingen 1968, S. 346.

38) Dieses Buch ist in den *Historischen Tatsachen* Nr. 18, S. 7 - 10 bereits besprochen worden.

Ort + Jahr (Severin + Siedler) [39] (Erscheinungsjahr etwa 1984): Die "nur einen Bruchteil der Protokolle" umfassende Zusammenstellung (S. 263) ist unbefriedigend und für den Historiker zur Abklärung historischer Sachverhalte unzuverlässig. Allzu offensichtlich formuliert Eichmann — er selbst?, wer will das prüfen in einem Verfahren, in dem es keine unparteiische Justiz gab? — im Sinne seiner Ankläger. Dies auch bei Sachverhalten, die er gar nicht beurteilen konnte, die er auch nicht zu beweisen brauchte. Hierzu nur ein Beispiel (S. 84):

Der israelische Staatsanwalt Less bezog sich auf Dr. Bühlers Aussage laut "Wannsee-Protokoll", wonach *"die Juden so schnell wie möglich aus dem Generalgouvernement entfernt werden müßten und die Mehrzahl von ihnen überdies arbeitsunfähig sei".* Seine anschließende Frage an Eichmann: *"Was will man damit andeuten?"* beantwortete der Angeklagte mit den Worten:

"Da will er andeuten, daß sie getötet werden sollten."

— Woher wollte Eichmann das wissen? Er wurde nicht danach gefragt, und er brauchte es nicht zu begründen. Dabei weiß man aus dem Prozeßverlauf in Jerusalem, daß Eichmann keine Kenntnis hatte, die ihm erlaubt hätte, Deportationen mit Tötung zu assoziieren. [40]

Die Hinweise selbst in diesem Buch auf die Wannsee-Konferenz sind dürftig und geben dem Historiker keinen Aufschluß.

Auch weitere Bücher über Adolf Eichmann bringen uns in dieser Frage nicht weiter. Ein sehr merkwürdiges Schweigen!

Als Ergebnis jedenfalls ist festzuhalten: Auf der Wannsee-Konferenz ist kein Protokoll geführt worden. Kein Teilnehmer hat etwas von einem Protokoll gewußt. Offensichtlich sind auch in den Akten der Reichsbehörden nach Kriegsende keine Schriftstücke entdeckt worden, die auf diese Konferenz Bezug nehmen. Kein Teilnehmer hat je ein Exposé über diese Konferenz während seiner Amtszeit zu Gesicht bekommen. [41]

Daß die Fälscher dieses "Dokumentes" eine Vernichtungsabsicht nicht deutlicher zum Ausdruck gebracht haben, ist verständlich: als dieses "Protokoll" in den Wilhelmstraßenprozeß "eingeführt" wurde, sollten ja ehemalige Teilnehmer jener Konferenz damit öffentlich konfrontiert werden. Daher mußten Formulierungen gewählt werden, die nicht sofort, einhellig und leicht begründbar hätten widerlegt werden können. Das hätte der politischen Absicht geschadet.

39) Jochen von Lang ist ein neu zugelegter Name. Leute, die nichts zu verbergen haben, ändern doch nicht einen klangvollen Geburtsnamen! Der Mann hieß früher, d.h. bis Kriegsende, Piechocki und war Vertreter der SS im Reichspropagandaministerium. Seit seiner Flucht aus dem Berliner Bunker am 2. Mai 1945 betätigt er sich als journalistischer Umerzieher.

40) Bernd Nellessen, "Der Prozeß in Jerusalem", Düsseldorf - Wien 1964, S. 168.

41) Closingbrief Dr. Frhr. v. Stackelberg, Verteidiger von Dr. Wilhelm Stuckart, S. 342.

So entstanden dann umfangreiche, wenig aussagekräftige Allgemeinplätze, verbunden mit einem glaubhaft erscheinenden Erörterungskatalog, geschrieben von einem der deutschen Sprache nicht ganz mächtigen und durch fehlenden Überblick über die behandelten Sachverhalte ausgewiesenen "Schwarze-Propaganda-Macher". Dieser stand sicherlich auch unter Zeitdruck, um das Papier noch rechtzeitig "in den Prozeß einzuführen". Zudem: Der Geheimhaltung wegen (Sefton Delmer: *"Die Öffentlichkeit weiß nichts davon")* [42] konnte sich dieser Fälscher nicht ausreichend bei Sachkennern informieren. In der Hektik des schon seit Jahren betriebenen Prozeßgeschehens fielen die Mängel "des Protokolls" nicht so auf; zumal die "wohlwollende" Presse das Vorhaben im Sinne der Anklage unterstützte, während die Angeklagten einschließlich des gesamten Volkes an den Pranger der Welt gestellt und zu weitgehendem Schweigen verurteilt waren.

Der Historiker ist verpflichtet, diese Sachverhalte richtigzustellen.

Als beachtlich bleibt festzuhalten: Die Alliierten haben nicht die ab 15. Oktober 1941 angelaufenen Transporte zur Konzentrierung der Juden nach Osteuropa mit Vernichtungsabsicht gleichgesetzt, sondern eine erst später mit untergeordneten Staatssekretären unter Vorsitz von Reinhard Heydrich stattfindende Konferenz sowohl für die Deportationen verantwortlich gemacht als auch ihr eine damit verbundene Vernichtungsplanung unterstellt. Beides ist nachgewiesenermaßen falsch. Waren die Deportationen auch zweifellos harte Kriegsmaßnahmen, so doch keine Planausführungen für Völkermord!

Beachtenswert in diesem Zusammenhang ist, daß ein amtlicher israelischer Notenwechsel (Note vom 12. März 1951 an die Siegermächte), der schließlich 1952 in das Wiedergutmachungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Jewish Claims Conference einmündete, eine Übersiedlung von 500.000 den deutschen Herrschaftsbereich während des Krieges überlebende Juden nach Israel anerkannt hat. [43] Die unzähligen Juden, die nach 1945 in andere Länder der Welt ausgewandert sind, sind zwar statistisch nicht erfaßt bzw. in ihrer Anzahl der Öffentlichkeit nicht bekannt, doch als historisches Faktum unbezweifelbar.

Über die schon ein Jahr vor der Wannsee-Konferenz und noch vor Eintritt der USA in den Krieg — 1941 — vom "Präsidenten der amerikanischen Friedensliga", Theodore Nathan Kaufmann, in den USA hochstilisierte "biologische Endlösung für das deutsche Volk" wird in einer künftigen Nr. der ***Historischen Tatsachen*** zu berichten sein. Diese sah tatsächlich Völkermord vor und fand die Unterstützung des US-Präsidenten F.D. Roosevelt!

42) Sefton Delmer, "Die Deutschen und ich", Hamburg 1962, S. 632.

43) Inge Deutschkorn, "Israel und die Deutschen", Köln 1983, S. 17 - 18

Unbestrafbare Volksverhetzung:

"In 90 Minuten den Volksmord geplant"

"Paul Mommertz und Heinz Schirk haben die 'Wannsee-Konferenz' als TV-Spiel rekonstruiert. – Konferenz der Unmenschen: (von links) Luther (Hans Werner Bussinger), Müller (Friedrich G. Beckhaus), SS-Obergruppenführer Heydrich (Dietrich Mattausch), Eichmann (Gerd Böckmann) und Lange (Martin Lüttge).

Nur eineinhalb Stunden brauchten am 20. Januar 1942 vierzehn hochrangige Hitler-Gefolgsleute, um in einer idyllisch gelegenen Villa am Berliner Wannsee die 'Endlösung der Judenfrage' zu besprechen und zu beschließen: Bei erlesenem Cognac und Häppchen fällten die Teilnehmer jener 'Wannseekonferenz' das Todesurteil über Millionen jüdischer Mitmenschen. In Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Dachau und den anderen Konzentrationslagern des Deutschen Reiches wurden die dort beschlossenen Maßnahmen zur Vernichtung des jüdischen Volkes dann rigoros durchgeführt.

42 Jahre nach diesem unvorstellbaren Treffen können die ARD-Zuschauer jetzt als Zeuge vor dem Bildschirm an dieser Sitzung teilnehmen: Anhand der erhaltenen Originalprotokolle rekonstruierten Paul Mommertz (Buch) und Heinz Schirk (Regie) den Ablauf der 'Wannseekonferenz' und zwar so authentisch wie möglich. ...

'Fünfzehn Spitzenfunktionäre diskutierten mehr oder minder unbeteiligt die Ermordung von elf Millionen Menschen, das Für und Wider diverser Vernichtungsmethoden, die organisatorische Mehrarbeit, das Transportproblem, die seelischen Belastungen und die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Ministerialbürokratien', kommentiert die BR-Redaktion.

Die Sprache des Unmenschen geht den Teilnehmern leicht über die Lippen: man bereinigt, räumt auf, arbeitet weg, macht judenfrei, bringt zur allfälligen Endlösung. Es geht nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie. Das Judentum wird eine statistische Größe, der Holocaust ein Aktenvorgang, der Genozid ein Transportproblem. ..."

Berliner Morgenpost, 19. Dezember 1984, S. 8

Zusammenarbeit der "demokratischen Massenmedien" in der von ihnen verstandenen "Bewältigung der deutschen Vergangenheit"

Nebenstehender Bericht steht in der *Berliner Morgenpost*. Sie i nur e i n e Zeitung. Und man mag sich trösten, in der "Demokratie" nehme sie das Recht auf ihre Meinungsfreiheit wahr, und andere können dies ja auf ihre andere Weise auch tun. Doch wir erleben das seltsame Phänomen, daß trotz "pluralistischer Gesellschaft" nahezu sämtliche Tageszeitungen, Wochenmagazine, Illustrierten, zusätzlich die Filmwirtschaft, die Buchverlage und Fernsehgesellschaften nur die eine hier in der *Berliner Morgenpost* sich beispielhaft offenbarende "Meinung" tolerieren, genau wissend, daß ihnen hier ein juristisch abgesegnetes Feld zur Diffamierung der deutschen Geschichte und somit des deutschen Volkes freigegeben ist, auf dem sie sich ungehindert austoben können.

Dieserart Lügen sind zweifellos den "Rechtsgrundlagen", also den Gesetzen und richtungweisenden Richtersprüchen in der Bundesrepublik zu danken. Doch haben wir auch die Personalstruktur und die wirtschaftlichen Machtverankerungen aller derer zu beachten, die in der Medienwirtschaft tätig sind. Auch *Der Spiegel* weiß, daß sich "die öffentliche Meinung" nicht aus der "Meinung des Volkes" bildet, sondern von ganz bestimmten Machtpositionen innerhalb der "demokratischen Gesellschaft" gesteuert wird, schrieb er doch unlängst die ihm wie selbstverständlich von den Lippen gehende Feststellung:

"Die Frage, die ... Berthold Brecht immer wieder stellte, war, ob 'die Öffentlichkeit dies akzeptiert' oder nicht. Mit der 'Öffentlichkeit' waren hier natürlich diejenigen gemeint, die darüber entschieden, was die Öffentlichkeit akzeptierte. In Hollywood wie in Washington war es mehr oder weniger amtlich, daß die Juden ein Nebenproblem in dem großen Kampf zwischen Freiheit und Diktatur seien.
Hier stand also Lang, selber jüdischer Herkunft, und mahnte Brecht, den Goi, daß ihr Film über die Nazis keine Juden zeigen dürfe, die als Juden verfolgt würden. Und das im Jahre 1942, ..." 42)

42) *Der Spiegel*, 4.4.1988, Nr. 14/1988, S. 145.

Doch analysieren wir kurz die Lügen der *Berliner Morgenpost*:

1. Lüge: Auf der Wannseekonferenz sei ein Volksmord geplant worden. — Weder wurde "geplant" noch beschlossen, schon gar kein Volksmord. Die Teilnehmer waren weder zu dem einen noch dem anderen befugt.

2. Lüge: Die Formulierung "Konferenz der Unmenschen" widerlegt sich allein dadurch, daß kein Teilnehmer dieser Konferenz — mit Ausnahme von Stuckart aus anderen Gründen —, der das Kriegsende überlebt hat, von den alliierten Militärtribunalen wegen Teilnahme an der Konferenz bestraft worden war. Und die den "Automatischen Arrest" gegen sämtliche deutschen Führungskräfte verfügenden Alliierten Sieger waren keineswegs zimperlich in der Verhängung von "Kriegsverbrecher"-Urteilen. Deutsche, speziell deutsche Staatssekretäre als "Unmenschen" zu charakterisieren, entspricht dem Stil einer entwürdigenden Kriegspropaganda; *Die Berliner Morgenpost* bedient sich eines solchen unqualifizierten und diffamierenden Ausdrucks mitten in Friedenszeiten und mitten in Deutschland.

3. Lüge: Weder ist auf der Wannseekonferenz "die Endlösung der Judenfrage" beschlossen worden noch wurde dort "das Todesurteil über Millionen von jüdischen Mitmenschen" gefällt.

4. Lüge: Weder in Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Dachau und den anderen Konzentrationslagern wurden "Maßnahmen zur Vernichtung des jüdischen Volkes rigoros durchgeführt", die "auf der Wannseekonferenz beschlossen" wurden. Denn weder wurde auf der Wannseekonferenz überhaupt etwas beschlossen noch standen Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Dachau oder andere Konzentrationslager zur Debatte. Auf der Konferenz am 20.1.1942 ist keiner dieser Namen gefallen. Auch hätte sie keiner der Teilnehmer mit "Mordstätten" in Verbindung bringen können.

5. Lüge: ARD-Zuschauer könnten nunmehr auf Grund des TV-filmes "als Zeuge vor dem Bildschirm an dieser Sitzung teilnehmen". — Es ist schon absurd, auf diese Weise "Augenzeugen" zu produzieren; aber für die Mentalität solcher Schreiberlinge handelt es sich sicherlich um eine in ihrer Abartigkeit gar nicht mehr auffallende Wortwahl.

6. Lüge: "Anhand der erhaltenen Originalprotokolle". — Als ob es mehrere Protokolle, dazu noch "originale" geben würde! Es gibt nur eine einzige, als "Protokoll" bezeichnete spätere Niederschrift, und die ist auch noch gefälscht! In Wirklichkeit war kein Protokollant benannt, kein Protokoll vorgesehen worden. Eine authentische Niederschrift ist nie gefunden worden. Auch ist nicht aktenkundig geworden, daß es eine solche je gegeben hätte! Selbst das auf Seite 15 abgedruckte "Begleitschreiben vom 26.1.1942" ist zweifelhaft.

7. Lüge: 15 Spitzenfunktionäre hätten "die Ermordung von elf Millionen Menschen, das Für und Wider diverser Vernichtungsmethoden diskutiert". — "11 Millionen Juden" hatten in Europa niemals gelebt, und auch deutsche Staatssekretäre wußten das. Daher konnten sie eine solche Zahl weder erwähnt noch diskutiert haben; — von "diversen Vernichtungsmethoden" ganz zu schweigen, davon steht selbst im gefälschten "Protokoll" nichts.

Übrigens: *Der Spiegel*-Artikel, dem das oben erwähnte Zitat entnommen ist, trägt die bezeichnende Überschrift: "Markt der schönen Lügen — Wie Hollywood den Zweiten Weltkrieg erlebte". Dieser "Markt" wurde nach 1945 auch auf das besiegte und zerstückelte Deutschland ausgedehnt. Freilich dürfte dieser Lügenmarkt nur von unverantwortlichen Mediengestaltern als "schön" empfunden werden. Die von ihm betroffenen Völker wissen um die grauenvollen Auswirkungen.

Kriegsgegner UdSSR

Bei der Thematik "Gesamt-" oder "Endlösung der Judenfrage" bzw. der Deportation der Juden ab Mitte Oktober 1941 wird vielfach der Zusammenhang mit den Kriegszielen und -maßnahmen der Gegner Deutschlands unberücksichtigt gelassen. Diese Unterlassung findet sich selbst zuweilen bei den Angeklagten in Nürnberg 1945 - 1949. Nun, diese waren bekanntlich nicht die Veranlasser der verschärften Politik gegenüber den Juden, und sie bekamen damals Umfang und Härte der gegnerischen Aktivitäten wohl auch nicht ganz zu hören, um sie vor Defaitismus zu bewahren!

Zwar wußten auch sie, daß Chaim Weizmann als Präsident des Weltzionistenverbandes und der Jewish Agency, gestützt auf einen in Genf am 25. August 1939 gefaßten Beschluß des jüdischen Weltkongresses, der britischen Regierung noch vor Kriegsbeginn (am 29.8.1939) die vorbehaltlose Unterstützung des internationalen Judentums zugesagt hat [43]), und daß insofern die Reichsregierung nach Kriegsrecht berechtigt war, Schutz- und Abwehrmaßnahmen gegenüber den Juden zu ergreifen. Die Reichsregierung hatte indessen zunächst zwei Jahre gewartet, ja bis Ende 1940 Juden

43) *Jewish Chronicle*, 8. September 1939. — Vollständiger Text in: H.G. Adler, "Die verheimlichte Wahrheit — Theresienstädter Dokumente", Tübingen 1958, S. 321 - 322. — Vgl. auch: Chaim Weizmann, "Memoiren — Das Werden des Staates Israel", Zürich 1953, S. 610.

noch aus Deutschland ausreisen lassen, obgleich sie längst in Erfahrung gebracht hatte, daß Großbritannien in seinen Empiregebieten bereits alle Deutschen kurz nach Kriegsbeginn eingesperrt hatte.

Der Rußlandfeldzug erst hatte ab 22. Juni 1941 existenzvernichtende Verhältnisse in völlig neuer Dimension geschaffen, wobei daran zu erinnern ist, daß Stalin sich bereits ein Jahr früher – im Mai/Juni 1940! — "zum Krieg und zur Vernichtung des Faschismus entschlossen" hatte. [44]) Dies war zweifellos spätestens im Herbst 1940 im Führerhauptquartier bekannt geworden!.

Da sind einmal die bestialischen Kampf- und Vernichtungsmethoden der sowjetischen Truppen, speziell der Kommandos des NKWD, gegenüber Soldaten und Zivilpersonen zu nennen, die mit keinerlei Kriegsregeln zu vereinbaren waren (Liquidierung und Deportation ganzer Bevölkerungsgruppen im Baltikum, in Polen, in der Ukraine, der Befehl zur grundsätzlichen Ermordung gefangener Soldaten usw.).

Zum anderen hat Adolf Hitler aber auch die Zwangsdeportation und Existenzvernichtung von 650.000 - 750.000 Rußlanddeutschen, vornehmlich der gesamten Wolgadeutschen, ansetzend unmittelbar nach Beginn des Rußlandfeldzuges, im Juli 1941, stark betroffen. Der schnelle deutsche Vormarsch hatte nur wenige deutsche Volksgruppenteile vor diesem drakonischen Zugriff Stalins retten können. Immerhin war das Führerhauptquartier darüber informiert, daß jene Deportationen unter der Regie des NKWD nach vorbereiteten Listen systematisch, ohne Rücksicht auf Menschlichkeit, Rechte, Eigentum, Familiengemeinschaften, Menschenleben durchgeführt, daß vielfach die Führungskräfte dieser deutschen Volksgruppen entsprechend Stalins langjähriger Praxis an Ort und Stelle erschossen wurden. Es war weiterhin bekannt geworden, daß auf den z.T. monatelangen Transporten in den hohen Norden sowie nach Sibirien und Kasachstan ebenfalls keine humanen Rücksichten der Sowjets zu erwarten waren, mithin ganze Volksgruppen gezielt der Vernichtung preisgegeben wurden. Allein die Totaldeportation der Wolgadeutschen erfaßte nahezu 400.000 Menschen unter extremen Bedingungen der geschilderten Art.

Nicht nur, daß das Präsidium der Sowjets am 28.8.1941 einen solchen Beschluß gefaßt und am 2.9.1941 u.a. in den "Nachrichten des Obersten Sowjet der UdSSR" veröffentlicht hatte: Im Führerhauptquartier war damals bereits bekannt, daß jene Deportationen Ende August 1941 bereits seit 2 Monaten in vollem Gange waren. Sie sind tatsächlich, selbst in Bereichen östlich des Dnjepr, nördlich des Asow'schen Meeres, der Krim und des Kaukasusgebietes bereits Ende September 1941 nahezu überall abgeschlossen gewesen.

Der Oberste Sowjet hat am 7.9.1941 die (vorwiegend deutsch besiedelt gewesene) Wolgarepublik aufgelöst und ihre Rayons angrenzenden Verwaltungsbezirken zugeschlagen. Dies sollte die Endgültigkeit der Maßnahme festlegen und damit eine zukünftige Rückkehr der Menschen in ihre Heimat vereiteln.

Auch dies hatte Hitler gewußt: Bereits im Jahre 1935 hatte Stalin in einem 100 Kilometer Grenzstreifen eine Totalaussiedlung aller deutschen Dörfer und Gemeinden durchgesetzt. Hinzu kamen dann die Zwangsdeportationen ab Ende September 1939 im ostpolnischen Gebiet, dann jene in den annektierten baltischen Ländern im Jahre 1940. Solche Liquidierungen und Massendeportationen waren geradezu ein systemtypisches Kennzeichen sowjetischer Expansion und Machtergreifung. Schon Lenin hatte ja nicht etwa als Humanist seinen politischen Weg begonnen!

Jedenfalls hat Alfred Rosenberg als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete nach Bekanntwerden der sowjetamtlichen Proklamation Mitte September 1941 zur Weiterleitung an den Führer zwecks Genehmigung eine Rundfunkmitteilung für die Öffentlichkeit der Welt verfaßt, in der angedeutet wird, daß Deutschland im Fall der Durchführung des Sowjetbeschlusses

> **"das Judentum im deutschen Herrschaftsbereich, das heute immer noch weitgehende Rechte genießt, ebenfalls in die östlichsten Gebiete deportieren werde."**

Dieses Schreiben Alfred Rosenbergs datiert vom 13.9.1941. [45]) Es ist mit ziemlicher Sicherheit zu unterstellen, daß dieses sowjetische Vorgehen gegen die Rußlanddeutschen Hitler mit bewogen hat, dem mit ganz anderen Motiven genährten Drängen seines Abwehrchefs (in Wirklichkeit Feindagenten) Admiral Canaris nachzugeben und die Evakuierung und Konzentrierung der Juden innerhalb des deutschen Herrschaftsbereiches zu befehlen.

Was hingegen damals sicherlich Geheimnis Moskaus geblieben war, hingegen heute als nachgewiesen gilt: Diese Listen über die Deutschstämmigen in der Sowjetunion ließ Stalin bereits im Jahre 1934 anfertigen und hatte sie bereits Ende 1934 vorliegen!

Das Institut für Zeitgeschichte in München mißt dem Erfahrungsbericht der russisch-jüdischen Professorin Jevgenija Evel'son, die 1934 als seinerzeitige Studentin an der Planung und Aufstellung jener Listen beteiligt war und interne Zusammenhänge niedergelegt hat, beweiskräftige Bedeutung bei. Die zweifellos sehr beachtliche Niederschrift schließt mit den Worten:

> **"Zusammenfassend wiederhole ich: Das ZK der KPSS der UdSSR hatte Ende 1934 die genauesten Angaben über die Zahl und die dienstliche Beschäftigung aller in der Sowjetunion lebenden Deutschen vorliegen.**
>
> **Die gesamte spätere geheimdienstliche Arbeit, die Repressionen wurden anhand der Angaben durchgeführt, die wir bearbeitet und gesammelt hatten." [46])**

44) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 14, S. 27 - 28.

45) *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, München 1982, S. 314.

46) *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1982: Ingeborg Fleischhauer, "Unternehmen Barbarossa und die Zwangsumsiedlung der Deutschen in der UdSSR", S. 299 - 321; Bericht J. Evel'son = S. 319 - 321.

Kriegsgegner Großbritannien

Der Holocaust gegen Frauen und Kinder war am 20.1.1942 längst im Gange. Entgegen allen völkerrechtlichen Grundsätzen hat Englands neuer Kriegspremier Winston Churchill ihn am 11. Mai 1940 freigegeben. Die Royal Air Force war darauf bereits seit 1936 eingerichtet worden. Niemand spricht von jener Rüstungsplan-Konferenz 1936, niemand von Winston Churchills Kriegskonferenzen, in denen Hitlers Friedensinitiativen brüsk abgelehnt, statt dessen ohne die geringsten moralischen Vorbehalte sowohl der völkerrechtswidrige Partisanenkrieg als auch die grundsätzliche Vernichtungsstrategie gegenüber dem deutschen Volk zu den Mitteln seiner Politik erklärt wurden. Diese britischen – um nur diese hier zu benennen – Konferenzen fanden J a h r e v o r der "Wannsee-Konferenz" vom 20.1.1942 statt! Man möge auch die Dimensionen dieser Beschlüsse miteinander vergleichen!

Großbritannien ehrte vor einigen Jahren seine "Fliegerhelden" in den nachstehend abgebildeten Briefmarken. Sie seien hiermit vorgestellt:

17p – LORD DOWDING / HURRICANE

Air Chief Marshall Hugh Dowding, – Lord
Oberbefehlshaber des britischen Jägerkommandos

22p – LORD TEDDER / TYPHOON

Air Chief Marshall Tedder
– Lord

Als Stellvertreter des US-Oberkommandierenden in Europa, General Dwight D. Eisenhower, befehligte er die britisch-amerikanischen Luftstreitkräfte, die die Totalverwüstung der deutschen zivilen Städte bis hin zu den Katastrophenangriffen auf Dresden im Februar 1945 und darüber hinaus bis unmittelbar vor Kriegsende in blutigsten Einsätzen, zumeist bei Tage, durchführten.

29p – LORD TRENCHARD / DH 9A

Hugh Trenchard – Lord
Begründer der Konzeption des totalen Luftkrieges in den 20iger und 30iger Jahren. Ziel der Bombardierungen sollten unaufhaltsame Flüchtlingswellen zwecks Demoralisierung der feindlichen Zivilbevölkerung sein.

31p – SIR ARTHUR HARRIS / LANCASTER

zweithöchster Wert: 31 Penny

Sir Arthur Harris
Luftmarschall des Strategischen Bomberkommandos
Seit dem 23.2.1942 leitete er die Flächenbombardierung gegen zivile Städte Deutschlands mit Phosphor und Luftminen ein, entfachte bisher nie gekannte Feuerstürme und rottete ganze Stadtbevölkerungen aus in Größenordnungen von jeweils über 10.000 und 100.000 Menschen. Auf sein Konto sind über 1 Million deutsche und andere europäische Ziviltote verbucht. Für ihn gab es weder völkerrechtliche Grundsätze noch moralische Hemmungen. Für ihn gab es auch keinen Kriegsverbrecher-Prozeß, wie überhaupt für keinen seiner "Mitstreiter".

34p – LORD PORTAL / MOSQUITO

höchster Wert: 34 Penny

Air Chief Marshall Portal – Lord
Er wünschte sich einen Termin, um Berlin ebenso wie Hamburg vernichten zu können, wo zuvor in dem "Unternehmen Gomorrha" über 50.000 Menschen, meist Frauen und Kinder im Phosphor-Feuersturm mörderisch verbrannt waren.

In dieser Briefmarkenserie fehlen drei markante Personen:
Winston Churchill, der Hauptverantwortliche, Professor Frederik A. Lindemann, der spätere Lord + Viscount Cherwell, Churchills persönlicher Berater in naturwissenschaftlichen + technischen Fragen, und Luftfahrtminister Archibald Sinclair ("Nur durch bewußtes Lügen über die Angriffsziele der RAF waren die Nachfragen der britischen Öffentlichkeit zufriedenstellend zu beantworten"). Sie waren sich einig in der Vernichtung der deutschen Städte, vorwiegend der Wohnviertel. Lord Cherwell trieb in nahezu jedem Ausschuß

oder Beraterstab sein Unwesen. Nicht nur die völlige Zerstörung Deutschlands mit allen Mitteln des Luftkrieges geht auf seinen Rat zurück, sondern er drängte auch Churchill, den Morgenthau-Plan gegen Kriegsende zu unterschreiben, der weitere 40 Millionen Deutsche das Leben gekostet hätte, wäre er später auch in allen Konsequenzen durchgeführt worden.

Die Toten dieser Holocaust-Politiker und -Bomber-Marschälle sind in unzähligen Dokumentationen nachweisbar. Man kennt die Befehlsgeber, die strategischen Zielvorstellungen, die Einsatzpläne, die Zielorte, die Daten, die Opfer, die Trümmer, die Fotografien, die Folgewirkungen. – Doch kein Gericht hat bisher diese Mordverantwortlichen zur Rechenschaft gezogen, niemand sie als Kriegsverbrecher eingestuft, niemand ihre "Konferenzen" als Anklagen gegen ihr Volk und gegen die zukünftigen Generationen ihres Volkes an den Pranger der Weltöffentlichkeit gestellt!

Doch genau wie dieser Fall wäre Unzähliges andere auf die weltpolitische Bühne zu stellen, was die Waffengefährten dieser Bomberkommandierenden während des Zweiten Weltkrieges als Uniformträger der amerikanischen oder der Roten Armee oder als Partisanen an Kriegsverbrechen begangen und hinterlassen haben. Es wird Zeit, daß diese weltpolitische Bühne in allen ihren Teilen und Zusammenhängen mit dem gleichen Schweinwerferlicht erhellt wird, wie das Geschehen auf deutscher Seite, das ohnehin nur als Reaktion auf den damaligen Kriegswillen der Führungskräfte in London, aber auch in Washington und Moskau zurückzuführen ist.

Nur wenn alle diese Zusammenhänge – auch Frankreichs Kriegserklärung an Deutschland – berücksichtigt und gleichrangig eingestuft werden, kann ein neutrales Urteil über Völker und Einzelmaßnahmen von Regierungen sachgerecht ausfallen.

Winston Churchill
hatte nichts von einer Vernichtung der Juden durch die Deutschen gewußt! Alle seine politischen und militärischen Maßnahmen gegen das Reich hatten andere als humanitäre Motive!
Seine Endlösung
hieß schon 1939:
Tod den Deutschen!

Sogar bei wichtigen Konferenzen und Befehlen war er betrunken!

Bild: *Time*, 4.9.1944, S. 15.;

POLAND

Polnische Amerikaner nehmen aus dem Munde des US-Präsidenten F.D. Roosevelt zur Kenntnis, welche Grenzen Polen im Osten, Norden, Westen und Süden und welchen neuen "Befreier" es laut Ratschluß "der Großen Drei" haben soll. Sie haben sich ebenfalls damit abzufinden, daß am Konferenztisch der "Großen" die "Kleinen" nichts zu suchen haben. Polen haben nur "zu kämpfen – gegen die Barbaren". "Vorwärts christliche Soldaten" heißt es im weltweiten Kreuzzug. Von einer Vernichtung der Juden durch die Deutschen wußte F.D. Roosevelts ihnen nichts zu berichten, die amerikanischen Polen ihrem Präsidenten aber auch nicht. Man sprach über Völkerverschiebungen aus "Kompensationsgründen" und einer Vertreibung von Millionen Menschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat bei Inkaufnahme von Millionen Opfern. Man sprach auch über "Ablenkung der Öffentlichkeit" mittels einer gegen Deutschland verstärkt aufzuziehenden Greuelpropaganda. – Kriegsverbrechen sind das alles nicht? Bild: *Time*, 23.10.1944, S. 1.